

2. Sozialdemokratische Partei Europas

2.1. Historische Entwicklung

Während die Konzeption der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl unter den Regierungen ihrer späteren sechs Gründungsmitglieder verhandelt wurde, befanden sich in diesen Ländern alle heutigen SPE-Mitgliedsparteien in der Opposition. Nachdem in den sechziger und siebziger Jahren Sozialdemokraten zahlreiche Regierungen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft bildeten, stellten die Christdemokraten erneut die Mehrheit, als die Europäische Union gegründet wurde. Erstmals dominierten Sozialdemokraten und Sozialisten eine Regierungskonferenz am 26. Februar 2001, als in Nizza die konsolidierte Fassung des Vertrags über die Europäische Union paraphiert wurde.

Der Mangel an Mitgestaltungsmöglichkeiten bei den maßgeblichen Schritten der europäischen Einigung bildete eine ungünstige Ausgangssituation für die Herausbildung des europäischen Zusammenschlusses von Sozialdemokraten, Sozialisten und Arbeiterparteien. Diese drei Strömungen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Europas sind allerdings nicht nur auf europäischer Ebene, sondern schon deutlich länger international miteinander verbunden.

Arbeitervereine aus unterschiedlichen europäischen Staaten entwickelten um die Mitte des 19. Jahrhunderts Kontakte, die 1864 zur Gründung der I. Sozialistischen Internationale führten. Ihre dritte Neugründung bildet in ideologischer und rechtlicher Hinsicht bis heute den Rahmen für die Kooperation dieser Parteienfamilie auf der europäischen Ebene. Hierin liegt die Relevanz begründet, den Untersuchungsbeginn dieses Kapitels hundert Jahre vor der europäischen Einigung anzusetzen. (III.2.1.1.)

Die Intensität der Kooperationen in Parteienzusammenschlüssen zunächst auf internationaler und seit den 1950er Jahren auch auf europäischer Ebene lassen sich an den jeweiligen Organisationsformen und ihren Selbstbezeichnungen festmachen: Die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene war erstmals mit dem sogenannten „Verbindungsbüro“ (gegründet 1957) institutionalisiert worden. (III.2.1.2.) Dessen Weiterentwicklung führte 1974 zu dem auf deutsch als „Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG“ bezeichneten Zusammenschluß. (III.2.1.3.) Seine Eigenschaften werden auch deshalb näher zu untersuchen sein, weil ihm jede Mitgliedspartei nach ihren Präferenzen einen eigenen Namen geben konnte. Diese begriffliche Vielfalt wurde schließlich 1992 mit der Gründung der Sozialdemokratischen Partei Europas beendet. (III.2.1.4.) In den jeweiligen Abschnitten werden sowohl die Eigenschaften der Verbände als auch historische Parallelen zur nationalstaatlichen Parteienentwicklung aufzuzeigen sein.

2.1.1. Die Sozialistischen Internationalen

Die Anfänge der internationalen Kooperation zwischen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien gehen auf die Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück.¹¹⁶⁶ Daß der Ursprung der Zusammenarbeit unter politischen Parteien mehrerer Länder hier und nicht etwa bei den bürgerlichen Liberalen, Konservativen oder Christdemokraten liegt, resultiert aus der damaligen Perspektive der Arbeiterklasse: Der Nationalstaat wurde als „ein Instrument im Interesse der herrschenden Klasse“¹¹⁶⁷ wahrgenommen. Durch das gemeinsame Ziel seiner Umgestaltung waren die sozialistischen Parteien zur internationalen Solidarität prädestiniert.¹¹⁶⁸ Wie im I. Teil dieser Arbeit erörtert, (I.2.1.) bezogen sie dabei

¹¹⁶⁶ Vgl.: Hrbek 1979: 315.

¹¹⁶⁷ Hrbek 1979: 315.

¹¹⁶⁸ Vgl.: Gresch 1976: 155.

ihre Legitimation erstens aus der „Interessenrepräsentation“¹¹⁶⁹ bestimmter sozialer Bevölkerungsgruppen und zeigten zweitens eine Antwort zu der Legitimationskrise des monarchischen Herrschaftsmodells auf. Drittens fügten sich internationale Kontakte in das theoretische Konzept dieser Parteien ein, „eine universale Konzeption gesellschaftlicher Veränderung zu erstellen.“¹¹⁷⁰

Die berühmten Dekrete der französischen Constituante¹¹⁷¹ und des Konvents (1790/92) brachten als erste internationale Ziele zum Ausdruck: „Bis jetzt haben Sie in Frankreich und für Frankreich beraten, von nun an werden Sie für die ganze Welt und in der ganzen Welt beraten. Ich wage zu sagen, Sie werden die Versammlung der Nationen einberufen.“¹¹⁷² Zur politischen Bewegung wurde der Internationalismus jedoch erst sieben Jahrzehnte später, als sich zeitgleich in Deutschland, Frankreich und England „in den Jahren 1861 bis 1864 ein Wiedererwachen der Arbeiterbewegung bemerkbar“¹¹⁷³ gemacht hatte.

Parallel zu dieser Entwicklung knüpften französische Arbeiterdeputierte auf der Londoner Weltausstellung 1862 erste Kontakte zu englischen Gewerkschaftern, die zu einer Konferenz in der letzten Septemberwoche 1864 in London führten. „Hinsichtlich der sozialen Zusammensetzung besaßen die Arbeiter eindeutig die Mehrheit; man nahm aber auch Rechtsanwälte, Politiker und andere Persönlichkeiten auf, die radikal-demokratischen Kreisen mit kosmopolitischen Zielen nahestanden.“¹¹⁷⁴ Im Rahmen der Konferenz hielten die Teilnehmer am 28. September eine öffentliche Kundgebung ab und proklamierten die Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation (I. A. A.) mit der Zielsetzung, „in allen europäischen Ländern Sektionen unter Führung eines Zentralkomitees zu errichten.“¹¹⁷⁵ Dieses „provisorische“ Komitee „bestand aus 21 Engländern, 10 Deutschen, 9 Franzosen, 6 Italienern, 2 Polen und Schweizer Emigranten.“¹¹⁷⁶ Seinen Sitz hatte es fortan in London.

Unter den zehn deutschen Mitgliedern des Zentralkomitees war auch Karl Marx,¹¹⁷⁷ der mit der Abfassung eines Manifests und der Satzung beauftragt wurde. Oberstes Gremium wurde der satzungsgemäß jährlich zusammentretende Kongreß,¹¹⁷⁸ der „die für das erfolgreiche Wirken der Internationalen Arbeiterassoziation notwendigen Maßnahmen“¹¹⁷⁹ ergreifen sollte und den Generalrat ernannte. Letzterer setzte sich aus Vertretern der nationalen Organisationen zusammen und hatte die Aufgabe, „aus seiner Mitte Schatzmeister, Generalsekretär und die ‚korrespondierenden Sekretäre‘ in den einzelnen Ländern“¹¹⁸⁰ zu bestimmen. Hierfür mangelte es ihm jedoch an finanziellen Mitteln: „Es gelang dem Generalrat kaum jemals, die Miete und das ohnehin geringe Gehalt für den Generalsekretär aufzubringen.“¹¹⁸¹

¹¹⁶⁹ Krippendorff 1962: 65.

¹¹⁷⁰ Kriegel 1975: 185.

¹¹⁷¹ Dies war die Nationalversammlung der Französischen Revolution, die das Recht der Verfassungsgebung für sich in Anspruch nahm.

¹¹⁷² Kriegel 1975: 185.

¹¹⁷³ Beer 1931: 570.

¹¹⁷⁴ Kriegel 1975: 191.

¹¹⁷⁵ Kriegel 1975: 191.

¹¹⁷⁶ Beer 1931: 570; vgl. auch: Kriegel 1975: 192. Günsche/Lantermann (1977: 26) nennen die Zahl von insgesamt 32 Mitgliedern aus den besagten Ländern.

¹¹⁷⁷ Karl Marx (05.05.1818-14.03.1883), Studium der Rechtswissenschaften und Philosophie in Bonn und Berlin, 1842/43 Chefredakteur der liberal-oppositionellen „Rheinischen Zeitung“ in Köln, 1845-1848 in Brüssel, 1847 mit F. Engels Beitritt zum Bund der Kommunisten und 1848 Autoren des „Kommunistischen Manifest“, 1848/49 Chefredakteur der radikal-demokratischen „Neuen Rheinischen Zeitung“ in Köln, 1849 Emigration nach London, 1859 „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, 1864 Mitgründung der Internationalen Arbeiterassoziation (Internationale), 1867 „Das Kapital“, 1875 „Kritik des Gothaer Programms“ der SPD.

¹¹⁷⁸ Die Kongresse fanden statt: 1866 in Genf, 1867 in Lausanne, 1868 in Brüssel, 1869 in Basel und 1872 in Den Haag; vgl.: Beer 1931: 571.

¹¹⁷⁹ Zit. nach: Günsche/Lantermann 1977: 31.

¹¹⁸⁰ Günsche/Lantermann 1977: 31.

¹¹⁸¹ Günsche/Lantermann 1977: 32.

Problematischer als die finanzielle Situation wirkten sich auf die I. Internationale allerdings die programmatischen Gegensätze ihrer Mitglieder aus. In den Statuten konnte man sich lediglich darauf verständigen, „daß alle Gesellschaften und Individuen, die sich ihr [der Assoziation] anschließen, Wahrheit, Gerechtigkeit und Sittlichkeit anerkennen als die Regel ihres Verhaltens zueinander und zu allen Menschen, ohne Rücksicht auf Farbe, Glaube oder Nationalität.“¹¹⁸² Darüber hinaus waren die Grundgedanken der I. A. A. überwiegend technischer Art: „Organisation des Proletariats zur selbständigen politischen Partei, Ausbau der Arbeiterschutz- und Fabrikgesetzgebung, Gründung von Genossenschaften, unermüdlicher Kampf gegen die intrigierende, völkerverhetzende Diplomatie, Zusammenschluß der Proletarier aller Länder, Vernichtung der Klassenherrschaft, ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse.“¹¹⁸³

Auch wenn angesichts der vielfältigen Ziele der einzelnen Sektionen deren Zusammenhalt als gering eingeschätzt wird,¹¹⁸⁴ bildeten sich 1869/70 zahlreiche nationale und lokale Gruppen der I. A. A. So war es auch „Karl Marx´ größte organisatorische Tat, die Zusammenfassung der Arbeiterparteien unterschiedlicher Prägung über die nationalen Grenzen hinweg“¹¹⁸⁵ erreicht zu haben. Die I. Internationale blieb dennoch mehr ein „Banner als eine massive Kraft“.¹¹⁸⁶ Schließlich konnten internationale Aktionen die mannigfaltigen Interessen nicht mehr bündeln, Differenzen wurden zunehmend offensiver ausgetragen; der russische Revolutionär Michael Bakunin gründete, nachdem er 1868 der I. A. A. beigetreten war, innerhalb dieser eine Organisation: Seine „Alliance Internationale“ spaltete die I. A. A. auf dem Kongreß in Haag (1872). Daraufhin verlegte man den Sitz nach New York, bevor sie 1876 endgültig aufgelöst wurde.¹¹⁸⁷

Die einmal geknüpften Beziehungen zwischen Gewerkschaftern und Politikern der Arbeiterklasse überdauerten jedoch das Scheitern der I. Internationale und führten auch in den Folgejahren zu mehreren Kongressen. Während diese „keinen einheitlichen Charakter hatten und von keinem gemeinsamen Mittelpunkt ausgingen“,¹¹⁸⁸ bildete sich in den Jahren 1888/89 die zweite Arbeiterinternationale.¹¹⁸⁹ Wiederum parallel zu einer Weltausstellung, im Juli 1889 in Paris, tagten „zwei sozialistischen Arbeiterkongresse, einer von den Possibilisten (Reformisten), der andere von den Marxisten einberufen“.¹¹⁹⁰ Gemeinsam gründeten sie die II. Sozialistische Internationale (SI).

Im Gegensatz zur ihrer Vorgängerin, die man analog zu den nationalen Organisationen mit Gremien ausgestattet hatte, bestand die II. Internationale elf Jahre lang nur in ihren Kongressen.¹¹⁹¹ Erst 1900 beschloß man die Einrichtung eines Internationalen Sozialistischen Bureaus (ISB),¹¹⁹² das mindestens einmal im Jahr tagte und sich aus je zwei Delegierten aller Mitgliedsparteien zusammensetzte. Aus Mitgliedern der belgischen Delegation wurde ein Exekutivkomitee mit Sitz in Brüssel gebildet, dem als Präsident der Vorsitzende der belgischen Arbeiterpartei, Emile Vandervelde, (bis zum Ende der II. SI) vorstand.¹¹⁹³ Nachdem

¹¹⁸² Günsche/Lantermann 1977: 31.

¹¹⁸³ Beer 1931: 570.

¹¹⁸⁴ Vgl.: Kriegel 1975: 193, 197.

¹¹⁸⁵ Günsche/Lantermann 1977: 48.

¹¹⁸⁶ J. Dhondt nach: Kriegel 1975: 198.

¹¹⁸⁷ Vgl.: Beer 1931: 571.

¹¹⁸⁸ Beer 1931: 581.

¹¹⁸⁹ Vgl.: Beer 1931: 583.

¹¹⁹⁰ Beer 1931: 581.

¹¹⁹¹ Die II. Internationale hielt acht Kongresse ab: 1. Kongreß 1891 in Brüssel, 2. Kongreß 1893 in Zürich, 3. Kongreß 1896 in London, 4. Kongreß 1900 in Paris, 5. Kongreß 1904 in Amsterdam, 6. Kongreß 1907 in Stuttgart, 7. Kongreß 1910 in Kopenhagen und 8. Kongreß 1912 in Basel; nach: Beer 1931: 581.

¹¹⁹² Mit dem Begriff „Bureau“ werden im gesamten Kapitel über die Sozialdemokratische Partei Europas Gremien bezeichnet. Folglich ist er nicht gleichbedeutend mit der alten Schreibweise des Wortes Büro (als Arbeitsraum, Dienst- oder Geschäftsstelle).

¹¹⁹³ Vgl.: Beer 1931: 581f.; Günsche/Lantermann 1977: 60.

sich die Internationale bis einschließlich 1896 hauptsächlich mit der Abgrenzung zwischen Sozialismus und Anarchismus befaßt und bis Ende 1904 „Auseinandersetzungen um die Festlegung der Grundsätze des politischen Klassenkampfes“¹¹⁹⁴ geführt hatte, war ihre dritte und letzte Phase durch die zunehmende Kriegsgefahr gekennzeichnet. Daß hierzu keine bindenden Beschlüsse gefaßt werden konnten ließ bereits vorausahnen, daß sich 1914 die kriegsführenden Länder nicht in Kapitalisten und Proletarier (wie es manche Vertreter in der Internationale angestrebt hatten) schieden, sondern in Alliierte und Zweibund.

Das einstimmige Votum der SPD-Fraktion im Reichstag für die Kriegskredite am 4. August 1914 wirkte „wie ein Keulenschlag auf alle Parteien der Internationale.“ (Karl Kautsky)¹¹⁹⁵ Der Führer der russischen Bolschewiki, Wladimir I. Lenin, der diese Nachricht zunächst für ein Zweckgerücht der Konservativen gehalten hatte, stellte fest: „Die Zweite Internationale ist tot.“¹¹⁹⁶ Aufgrund der Besetzung von Teilen Belgiens durch die Wehrmacht zog das Internationale Sozialistische Büro von Brüssel nach Haag.¹¹⁹⁷ 1917-18 kamen die Neutralen in Kopenhagen zusammen, während die Sozialisten der Alliierten getrennte Konferenzen abhielten.¹¹⁹⁸ „An die Stelle internationaler Solidarität trat nationale Loyalität.“¹¹⁹⁹

Trotz ihrer nationalen Parteinahme im Krieg (allerdings begünstigt durch das Ende des Deutschen Reiches) trafen die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien bereits in der ersten Februarwoche 1919 in Bern wieder zusammen. Indem sie sich für die Demokratie und gegen die Diktatur aussprachen, wobei jedoch die Minderheitsvertreter sich gegen jede Brandmarkung der russischen Sowjetrepublik verwahrten, äußerten sie die Hoffnung, die Einheit der Internationale wieder herzustellen. Nach Gründung einer Abspaltung („Internationale Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Parteien“) und deren Verschmelzung mit der Internationale an Pfingsten 1923 in Hamburg¹²⁰⁰ nannte sich die II. SI hinfort „Sozialistische Arbeiterinternationale“ (SAI).¹²⁰¹ Um einem erneuten Scheitern vorzubeugen, wurde eine gemeinsame organisatorische Basis geschaffen, die von ihrer Struktur her der zweiten SI der Vorkriegszeit glich: Das oberste Organ war der Kongreß, der mindestens alle drei Jahre stattfinden sollte und eine Exekutive wählte. Diese wiederum bestimmte den Sitz des Sekretariats, ihren Vorsitzenden, die Sekretäre, den Kassierer und die neun Mitglieder des Bureaus.¹²⁰²

Nachdem unter sowjetischer Führung die Kommunistische Internationale (Komintern) 1919 gegründet worden war, führte der Widerstand gegen das Dritte Reich diese wieder mit der Sozialistischen Arbeiterinternationale zusammen. Die informelle Kooperation hielt jedoch nur bis 1945. Die Bipolarität des Kalten Krieges dividierte die „Kriegsgemeinschaft“ mit der Neukonstituierung auf seiten der Sozialisten Anfang der fünfziger Jahre wieder auseinander.

Bei den diesbezüglichen Vorbereitungen äußerten die britische Labour Party und einige Skandinavier Bedenken, die bis heute die Kooperation sozialdemokratischer Parteien in Europa prägen: „Diese Parteien, die in ihren Ländern Regierungsverantwortung trugen, erin-

¹¹⁹⁴ Beer 1931: 582.

¹¹⁹⁵ Mit einer Million Mitgliedern, über vier Millionen Wählern und seit den Wahlen 1912 als stärkste Fraktion im Reichstag hatten die deutschen Sozialdemokraten eine Vorbildfunktion innerhalb der Internationalen. Kautsky, Karl 1937: Sozialisten und Krieg: 446; zit. nach: Günsche/Lantermann 1977: 73.

Karl Kautsky (16.10.1854-17.10.1938), 1875 Eintritt in die Wiener Sozialdemokratie, 1885-1890 Zusammenarbeit mit F. Engels in London, 1883-1917 Gründer und Herausgeber der sozialdemokratischen Zeitschrift „Die neue Zeit“, Mitverfasser des Erfurter Programms der SPD, 1917 Mitgründer der USPD, 1922 Rückkehr in die SPD, ab 1924 in Wien, 1938 Emigration nach Holland.

¹¹⁹⁶ Günsche/Lantermann 1977: 72.

¹¹⁹⁷ Vgl.: Beer 1931: 608.

¹¹⁹⁸ Vgl.: Beer 1931: 608.

¹¹⁹⁹ Günsche/Lantermann 1977: 72.

¹²⁰⁰ Der Hamburger Kongreß wird als der erste der Nachkriegs-Serie der internationalen sozialdemokratischen Kongresse betrachtet. Die anderen Kongresse der Zwischenkriegszeit fanden im August 1925 in Marseille und im August 1928 in Brüssel statt. Vgl.: Beer 1931: 611.

¹²⁰¹ Beer 1931: 610f.; vgl.: auch: Günsche/Lantermann 1977: 97.

¹²⁰² Vgl.: Günsche/Lantermann 1977: 97, 99.

nernten sich an die Vorkriegsdebatten, die die Statuten der SAI ausgelöst hatten. Denn auf dem Papier hatten die SAI-Statuten die Souveränität der einzelnen Parteien zugunsten von Mehrheitsentscheidungen eingeschränkt.¹²⁰³ Die entsprechenden Bestimmungen waren zwar in keinem einzigen Fall tatsächlich angewandt worden. Eine erneute supranationale Festlegung wollten die Briten und Skandinavier dennoch vermeiden.¹²⁰⁴

Seit der Gründung der III. Sozialistischen Internationale auf ihrem Kongreß vom 30. Juni bis 3. Juli 1951 in Frankfurt am Main¹²⁰⁵ müssen daher „Resolutionen einer internationalen sozialistischen Körperschaft [...] das Geprägt des freien Einvernehmens tragen. Sie können nicht bindende Anordnungen für Parteien sein, die individuell ihren Mitgliedern und ihrer Wählerschaft verantwortlich sind. Eine internationale sozialistische Körperschaft kann nicht eine Befehlsgewalt beanspruchen.“¹²⁰⁶ Diese bis heute gültige Bestimmung¹²⁰⁷ läßt bereits (negative) Implikationen für die Integration aller Parteien dieser politischen Familie in einem europäischen Zusammenschluß vermuten.

2.1.2. Die Zusammenarbeit sozialdemokratischer Parteien in der EG

Die gemeinsame Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale bildete für die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in West-Europa die Grundlage für ihre Zusammenarbeit im Rahmen der sich abzeichnenden europäischen Integration. Problematisch war dabei, daß sie auf der Regierungskonferenz zur Umsetzung des Schuman-Plans (1950 bis 1952 in Paris) mit keinem Regierungschef vertreten waren. Um auf die Verhandlungen dennoch Einfluß nehmen zu können, initiierte die Sozialistische Internationale eine „Arbeitsgruppe über die europäische Einheit“ unter ihren Mitgliedsparteien aus den sechs Ländern, die an den Pariser Gesprächen beteiligt waren. Nach einer Reihe von Treffen zwischen Juli 1951 und August 1952 verabschiedete die Arbeitsgruppe einen zehn Punkte-Plan mit ihren Interessen an der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Dies ist das erste Dokument transnationaler sozialistischer Parteipolitik im europäischen Rahmen.¹²⁰⁸

Die Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe wurde zur Grundlage für den ersten Zusammenschluß von Sozialdemokraten und Sozialisten auf der europäischen Ebene: Unmittelbar nach der Konstituierung der Parlamentarischen Versammlung der EGKS bildeten die Mitglieder aus Parteien, die der Sozialistischen Internationale angehörten, im September 1952 eine Fraktion. Innerhalb der folgenden zwölf Monate richteten sie ein permanentes Bureau und ein Sekretariat mit Sitz in Luxemburg ein. Während dort die Politik innerhalb der EKGS koordiniert wurde, bildete die westeuropäische Sektion der SI weiterhin den Rahmen für die außerparlamentarische Parteienkooperation. Um diese Funktion auch inhaltlich ausfüllen zu können, transformierte man die ursprüngliche Arbeitsgruppe in ein europäisches Komitee zur Koordination zwischen der Sozialistischen Gruppe in der Versammlung der EKGS, ihrem Pendant im Europarat und den internationalen Abteilungen der Mitgliedsparteien. Bis 1957 blieb diese Konstellation das Fundament der sozialdemokratischen Parteienzusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.¹²⁰⁹

Vor dem Hintergrund der im Juni 1955 zusammengetretenen Konferenz von Messina hielten die sozialdemokratischen Parteien aus der EKGS im Januar 1957 ihren ersten Kongreß in Luxemburg ab. Er konzentrierte sich zum einen auf die Regierungskonferenz und zum

¹²⁰³ Günsche/Lantermann 1977: 101f.

¹²⁰⁴ Vgl.: Günsche/Lantermann 1977: 122.

¹²⁰⁵ In der Wahl des Ortes ist eine Anerkennung der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes durch die SPD am 30.01.1933 im Reichstag zu sehen.

¹²⁰⁶ Zit. nach: Günsche/Lantermann 1977: 123.

¹²⁰⁷ Vgl.: SI-Statutes Art. 2.

¹²⁰⁸ Vgl.: Hix 1995: 4.

¹²⁰⁹ Vgl.: Hix 1995: 4.

anderen auf die engere Zusammenarbeit unter den teilnehmenden Parteien. Die niederländische Partij van de Arbeid (PvdA) hatte vorgeschlagen, auch außerhalb der Gemeinsamen Versammlung dauerhafte Strukturen für die Parteienkooperation zu schaffen. Diese Initiative „was to be repeated on several occasions over the next thirty-five years.“¹²¹⁰

1957 konnten sich die teilnehmenden Parteien nur darauf verständigen, dauerhafte Verbindungen zu der sozialistischen Gruppe in der Versammlung zu begründen. Zu diesem Zweck vereinbarten sie alle zwei Jahre Folgekongresse abzuhalten und gründeten das „Liaison Bureau of the Socialist Parties of the European Community“. Dieses „Verbindungsbureau“,¹²¹¹ dem ein Delegierter jeder Mitgliedspartei angehörte, sollte mindestens halbjährlich tagen.¹²¹² Trotz des eindeutigen Bezugs zur Europäischen Gemeinschaft verstand es sich als „Regionalorganisation der Internationale“.¹²¹³

Ohne institutionelle Weiterentwicklung befaßte sich eine Reihe von Kongressen 1959 und Anfang der sechziger Jahre mit Arbeiterfragen, die von Gewerkschaftern und Parteifunktionären erörtert wurden. Thematisch entstand auf diese Weise ein Einfluß auf das Verbindungsbureau, das daraufhin mit der Arbeit an einem europäischen sozialistischen Programm begann. Bevor ein Abschluß erzielt werden konnte, beeinflussten allerdings zwei Ereignisse die sozialistische Parteienkooperation nachhaltig: Die Beitrittsanträge der britischen, dänischen und irischen Regierungen vom August 1961 sollten nach deren Annahme gut ein Jahrzehnt später die Kooperation unter den linken Parteien nachhaltig erschweren. Zweitens setzten die Mitglieder des Verbindungsbureaus zunächst Hoffnungen in die Fouchet-Pläne vom November 1961 (II.1.2.) und signalisierten unter bestimmten Bedingungen ihre Zustimmung. U.a. forderten sie in diesem Zusammenhang die Direktwahl des Europäischen Parlaments und dessen Ausstattung mit Haushaltsrechten. Ergänzend setzte sich der fünfte Kongreß der sozialistischen Parteien in der EG Anfang November 1962 für die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa ein.¹²¹⁴

Die Umsetzung dieser Vision scheiterte jedoch nicht zuletzt an dem französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle, der nicht nur eine Weiterentwicklung der Integration ablehnte, sondern auch gegen den britischen Beitritt sein Veto einlegte. Daraufhin widmeten sich die Sozialisten in der EG zunächst ihrer eigenen Integration. Mit dieser Intention beschloß der Kongreß im November 1966 eine engere Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie die Etablierung regelmäßiger Kontakte zwischen den Abteilungen der nationalen Parteien, die sich mit diesen Fragen befaßten.¹²¹⁵ Die Mitgliedsparteien waren jedoch an keiner engeren Zusammenarbeit interessiert, bevor nicht auch Fortschritte bei der politischen Integration innerhalb der Europäischen Gemeinschaft erzielt werden konnten. So

¹²¹⁰ Hix 1995: 4.

¹²¹¹ Die erste Sitzung des Verbindungsbureaus wurde am 01.04.1957 in Luxemburg abgehalten. Sechs Parteien waren vertreten: Parti Socialiste Belge (PS, Belgien), Section Française International Ouvriere (SFIO, Frankreich), Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD, Deutschland), Partito Socialista Democratico Italiano (PSDI, Italien), Letzeburger Sozialistische Arbeiter Partei (LSAP, Luxemburg), Partij van de Arbeid (PvdA, Niederlande). Pierre Comin, damals kommissarischer Generalsekretär der SFIO, wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt. Vgl.: Hix 1995: 5.

¹²¹² Der 3. Kongreß beschloß im Oktober 1958 in Straßburg: „The resolution also established that the Liaison Bureau would now be composed of two officials from each national party, and observer representatives from the Socialist International and the Socialist Group in the Consultative Assembly of the Council of Europe. The officers of the Liaison Bureau – the Chairman, Vice-Chairman and Secretary – would now be elected for a team of two years.“ Hix 1995: 5.

¹²¹³ Geschäftsordnung des Bundes der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft in der vom Verbindungsbureau in Luxemburg am 05.04.1974 angenommenen Fassung; zit. nach Jansen/Kallenbach 1977: 9; vgl. auch: Hrbek 1979: 321; Hrbek 1981: 258.

¹²¹⁴ Vgl.: Hix 1995: 7.

¹²¹⁵ Vgl.: Hix 1995: 7.

stagnierte auch die Entwicklung der Sozialisten bis zum Rücktritt de Gaulles im April 1969, als “the development of a transnational Socialist organisation entered a new era.”¹²¹⁶

Bereits im Jahr zuvor hatten Henk Vredeling und einige andere führende Mitglieder der niederländischen PvdA die “European Political Action Group” ins Leben gerufen, um die Errichtung einer “Progressive European Party” (PEP) vorzubereiten. Unter diesem bewußt neutral gehaltenen Namen sollten alle sozialistischen und auch nahestehenden Kräfte zu einer europäischen Partei gebündelt werden. Führende Sozialisten griffen zu dieser Zeit erstmalig die im II. Teil dieser Arbeit dargestellte Debatte um die damalige Legitimation der Europäischen Gemeinschaft auf (II.1.3.) und forderten die unmittelbare Wahl des Europäischen Parlaments und die Errichtung eines “Common Market of Political Parties”.¹²¹⁷

Das Verbindungsbureau schloß sich diesen Ideen 1969 an. Im Oktober präsentierten Lucien Radoux (Bureau-Vorsitzender) und Francis Vals (Fraktionsvorsitzender im EP) ein gemeinsames Arbeitspapier zur Reform der supranationalen Parteienkooperation. Ihre Vorschläge wurden jedoch bereits auf dem nächsten Verbindungsbureau im November 1969 nicht weiterverfolgt: “The national parties were not ready for a fundamental reform of the structures of transnational party cooperation.”¹²¹⁸ Ebenso wie Anfang der fünfziger Jahre die an der Regierung beteiligten Arbeiterparteien aus Großbritannien und Skandinavien (III.2.1.1.) war nun die deutsche SPD “not prepared to transfer authority to a European party organisation that would constrain its behaviour in the Council of Ministers.”¹²¹⁹

Die Gefahr einer Stagnation des Integrationsprozesses unter den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien wurde jedoch durch ein externes Ereignis abgewendet: Einen Monat nach dem Scheitern des Radoux-Vals-Papiers (also im Dezember 1969) beschloß die Regierungskonferenz von Den Haag die Durchführung von Direktwahlen. Daraufhin erörterte das Verbindungsbureau wiederum zwei Konzepte zu seiner Weiterentwicklung: Während die SPD „lediglich eine Stärkung der bestehenden Organisationsform“¹²²⁰ vorzog, trieben erneut die Niederländer den Prozeß an. Sie sprachen sich für den „programmatischen Ausbau und [die] Intensivierung bestehender Kontakte“¹²²¹ zu einer „Europäischen Sozialistischen Union“ mit Mehrheitsentscheidungen aus.

Um die verschiedenen Vorschläge zu erörtern, hielten die Parteien ihren lange überfälligen 8. Kongreß Ende Juni 1971 in Brüssel ab. Hinsichtlich der europäischen Integration bestätigten sie ihr Ziel, daß “the integration process [...] must be continued through the economic and monetary union to its ultimate completion in the United States of Europe in the form of a federal State”.¹²²² In organisatorischer Hinsicht beschloß der Kongreß im Rückgriff auf die Konzepte von Vredeling und Radoux-Vals, daß “a democratic structure for a united Europe accompanied by fuller economic, social, monetary and political integration cannot be achieved without a supranational structure for the Social Democratic forces.”¹²²³ In diesem Zusammenhang änderte der Kongreß auch den Namen des Verbindungsbureaus in “Office of the Social Democratic Parties of the European Community” (dessen Exekutivorgan jedoch weiterhin als „Bureau“ bezeichnet wurde), und beauftragte den Niederländer Alfred Mozer¹²²⁴ mit der Ausarbeitung eines Plans zur Reform der transnationalen Kooperation unter den sozialistischen Parteien in der EG.

¹²¹⁶ Hix 1995: 8.

¹²¹⁷ Hix 1995: 8.

¹²¹⁸ Hix 1995: 8.

¹²¹⁹ Hix 1995: 8.

¹²²⁰ Hrbek 1979: 323.

¹²²¹ Hix 1996: 315.

¹²²² Zit. nach: Hix 1995: 9.

¹²²³ Zit. nach: Hix 1995: 9.

¹²²⁴ Alfred Mozer (15.03.1905-02.08.1979), Journalist beim sozialdemokratischen Kasseler Volksblatt und Der Volksbote in Emden, 1933 kurzzeitig inhaftiert, Exil in den Niederlanden, Untergrundpresse, 1948 Internationaler Sekretär der PvdA, 1958 Privatsekretär bei der Europäischen Kommission.

Der 9. Kongreß diskutierte Ende April 1973 in Bonn den Mozer-Bericht. Nachdem bis *dato* die Parteien aus den sechs Gründungsstaaten der Europäischen Gemeinschaft ihre engere Zusammenarbeit verhandelt hatten, tat sich mit der Erweiterung von 1973 eine neue Situation auf: Die Integration der britischen und dänischen Arbeiterparteien wäre an der föderalen Anlage der Zusammenarbeit nach dem Mozer-Bericht gescheitert. Da dies aufgrund der Verbundenheit durch die SI nicht zur Debatte stand, befaßte sich der Kongreß anstelle des ursprünglich geplanten Mozer-Konzepts mit der natürlichen Gemeinsamkeit aller anwesenden Parteien: Er verabschiedete ein 22-seitiges Dokument mit dem Titel „Towards a Social Europe.“¹²²⁵

Bereits im Herbst 1973 kehrte man jedoch zu dem Mozer-Bericht zurück und verständigte sich darauf, eine “working party” mit konkreten Plänen für eine Neustrukturierung der Kooperation unter den europäischen sozialistischen Parteien zu errichten. An dieser beteiligten sich unter dem Vorsitz von Radoux Vertreter der dänischen SD, der deutschen SPD, der französischen PS, der italienischen PSI und der niederländischen PvdA sowie der Generalsekretär der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament. Nachdem die nationalen Parteien den Bericht der “working party” diskutiert hatten, wurde er von einer *ad hoc*-Arbeitsgruppe revidiert, um die Zustimmung aller Parteien zu gewinnen.

2.1.3. Der Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG

Schließlich nahm das Bureau der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft auf seiner Sitzung am 5. April 1974 in Luxemburg den Radoux-Bericht an, mit dem zweierlei verbunden war: die Umbenennung dieses Parteienzusammenschlusses und die (vorläufige) Verabschiedung einer neuen Satzung (dies war endgültig dem Kongreß vorbehalten). Beide Maßnahmen waren von dem Willen der beteiligten Parteien¹²²⁶ geprägt, für alle Seiten akzeptable Kompromisse zu erzielen.

Da die Namensgebung unterschiedliche Intentionen hinsichtlich des Integrationsgrades unter den Parteien impliziert, konnten sich die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien nicht auf einen einheitlichen Titel für ihren Zusammenschluß verständigen. Anstatt wie bei den Christdemokraten eine neutralen Bezeichnung zu suchen, (III.1.1.2.) wählte jede Partei in einer „subsidiären“ Lösung einen Namen in ihrer Muttersprache. So unterstrichen die Niederländer ihre supranationalen Intentionen mit der Bezeichnung *federatie*, dem das französische *union* am nächsten kam. Deutlich distanzierter hieß der Parteienverbund auf englisch *confederation*, auf italienisch *confederazione* und auf dänisch *samenslutingen*. Die deutschen Sozialdemokraten wählten den Namen „Bund der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft“.¹²²⁷

Daß sich die SPD mit ihrer Konzeption des Zusammenschlusses gegen die niederländische PvdA durchgesetzt hatte, schlug sich auch in der Satzung nieder: Die Organisationsstruktur des Bundes wurde gegenüber derjenigen des “Liaison Bureau” und des “Office of the Social Democratic Parties of the European Community” nur geringfügig verändert.

¹²²⁵ Hix 1995: 9.

¹²²⁶ Dies waren: Parti Socialiste Belge (PS, Belgien), Socialdemokratiet (Dänemark), Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD, Deutschland), Parti Socialiste (PS, Frankreich), Labour Party (Großbritannien), Labour Party (Irland), Partito Democratico Socialista Italiano (PSDI, Italien), Partito Socialista Italiano (PSI, Italien), Letzeburger Socialistesch Arbechterpartei (LSAP, Luxemburg), Partij van de Arbeid (PvdA, Niederlande).

¹²²⁷ Hix 1995: 10.

Fortan bestand der Kongreß¹²²⁸ zum einen aus Delegierten der nationalen Parteien,¹²²⁹ den Mitgliedern des Bureaus und der Anzahl an Delegierten jeder Partei, die ihren Sitzen im Europäischen Parlament entsprach. Als Gäste wurden darüber hinaus die Mitglieder der sozialistischen EP-Fraktion (sofern sie nicht als Delegierte nominiert worden waren), Vertreter der Mitgliedsparteien der SI und der sozialistischen Fraktion im Europarat eingeladen. Als oberstem Organ kam dem Kongreß in erster Linie die Funktion der Programmformulierung zu. Stimmberechtigte Mitglieder des Exekutivorgans, das weiterhin "Bureau" hieß, waren je zwei Mitglieder der zehn beteiligten Parteien. Ohne Stimmrecht gehörten ihm darüber hinaus die EG-Kommissare dieser Parteien, der Vorstand der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament sowie je ein Vertreter der Sozialistischen Internationale und der Sozialistischen Fraktion im Europarat an. Mindestens viermal im Jahr sollte das Bureau zusammentreten, um Aktivitäten innerhalb der EG abzusprechen, die Beschlüsse der Kongresse auszuführen, das Budget einschließlich der Mitgliedsbeiträge festzulegen, den (durch den Kongreß zu wählenden) Präsidenten des Zusammenschlusses zu nominieren sowie die vier Vizepräsidenten, den Generalsekretär und die beiden Kassenprüfer zu wählen.

In normativer Hinsicht bestand der Hauptunterschied zwischen dem Bund und seinen Vorgängern in dem Entscheidungsverfahren. Generell reichte fortan bei Abstimmungen die einfache Mehrheit zur Verabschiedung von Resolutionen, wobei sich die nationalen Parteien eine "opt out"-Option sicherten: Beschlüsse konnten mit dem Zusatz versehen werden, daß sich eine Partei von dem gemeinsamen Standpunkt distanziert.¹²³⁰

Vor diesem Hintergrund konstatierte Simon Hix für die Gründung des Bundes: "Despite these new procedures, much of the changes were cosmetic".¹²³¹ Hierzu gehörten der Umzug der Geschäftsstelle aus Luxemburg nach Brüssel,¹²³² sowie die Besetzung der Führungsämter mit (relativ) bekannten Persönlichkeiten: Der erste Präsident war Wilhelm Dröscher,¹²³³ Mitglied des Parteirates der SPD, seine beiden ersten Stellvertreter wurden Siccó Mansholt (ehemaliger Präsident der EG-Kommission) und Robert Pontillon (Internationaler Sekretär der französischen Sozialisten). Auch wenn diese Repräsentanten des Bundes in ihren Mitgliedsparteien über eine hohe Reputation verfügten, beurteilte Dröscher ihre Möglichkeiten zur zügigen Weiterentwicklung des supranationalen Parteienzusammenschlusses skeptisch: "It must be quite clearly noted that the development of a European Socialist Party is not a realistic possibility in the near future. This would create insoluble problems for the national parties."¹²³⁴

Trotz der großen Meinungsvielfalt konnte der Bund der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft vor allen unmittelbaren Wahlen zum Europäischen Parla-

¹²²⁸ Die beteiligten Parteien schrieben die Tradition des Verbindungsbureaus auch dadurch fort, daß sie die Kongresse weiterzählten und erst nach der Gründung der SPE ab 1994 wieder einen „1. Kongreß“ abhielten.

¹²²⁹ Es kamen je 18 Delegierte aus Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien (je 9 der PSI und der PSDI), je 7 aus Belgien und den Niederlanden, 5 aus Dänemark und Irland sowie 3 aus Luxemburg.

¹²³⁰ Die Satzung bestimmte hierzu: "The Congress can adopt with a simple majority recommendations to the parties. A party, which considers itself unable to implement a recommendation, is to indicate the reason to the Bureau. Acting on a unanimous proposal of the Bureau, the Congress can adopt a decision binding on the parties. Such a decision requires a two-thirds majority of the Congress. A proposal for a decision which obtains a majority short of two-thirds majority is transformed into a recommendation." Hix 1995: 10.

¹²³¹ Hix 1995: 11.

¹²³² Vgl.: Hix 1995: 11.

¹²³³ Dröscher war von 04.1974 bis 01.1979 Vorsitzender. Nachdem Robert Pontillon (PS-FR) nur vierzehn Monate dem Bund vorgestanden hatte (bis 03.1980), amtierte Joop den Uyl (PvdA) von 03.1980 bis 05.1987.

Der Posten des Generalsekretärs wurde bis 07.1977 in Personalunion mit der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament mit Manfred Michel (SPD) besetzt. Erst mit der Ernennung von Dick Toornstra (PvdA), der bis 11.1982 amtierte, erfolgte die Ämtertrennung. Nach ihm übte Mauro Giallombardo von der italienischen PSI diese Funktion (bis 10.1989) aus.

¹²³⁴ Hix 1995: 11.

ment gemeinsame Standpunkte verabschieden. Dabei machten insbesondere die Briten und Dänen von der "opt out"-Option Gebrauch, wie im Kapitel über die Programmatik (III.2.3.) noch zu erörtern sein wird. Dennoch bereitete die Verabschiedung des ersten Programms Schwierigkeiten: Vier Arbeitsgruppen zu den Themenkomplexen Demokratie und Institutionen, Wirtschafts-, Sozial- und Außenpolitik ermittelten gemeinsame Positionen und gliederten mit entsprechenden Kapiteln den am 6. Juni 1977 vom Bureau angenommenen „Gemeinsamen Entwurf einer Wahlplattform“.¹²³⁵

Zum weiteren Verfahren schlug das Bureau vor, daß die nationalen Parteien bis Ende November 1977 Änderungsanträge ausarbeiten und der für März 1978 geplante 10. Kongreß das Programm (für die ursprünglich 1978 vorgesehenen EP-Wahlen) verabschieden sollten. Da alleine die SPD und PvdA über 60 Änderungsanträge stellten und manche von diesen mit denjenigen anderer Parteien unvereinbar waren, übertrug das Bureau die Koordination den Parteiführern. Diese zeigten "[f]or the first time in the history of Socialist cooperation in Europe"¹²³⁶ ein persönliches Interesse an der Zusammenarbeit, auch wenn hierfür taktische Motive vermutet werden können: "If for nothing else, this was to save face in the European elections, where the European People's Party and the Federation of EC Liberal and Democratic Parties had both agreed common manifestos."¹²³⁷ Auf der Grundlage des Bureau-Beschlusses von 1977 unterzeichneten die Vorsitzenden am 23. Juni 1978 einen 31-Punkte-Plan mit ihren gemeinsamen Zielen,¹²³⁸ der in leicht veränderter Form vom Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der EG auf seinem Kongreß vom 10. bis 15. Januar 1979 verabschiedet wurde.¹²³⁹

Nach den ersten unmittelbaren Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1979 stellten die Mitgliedsparteien des Bundes die meisten Abgeordneten und konnten mit 113 gegenüber den 107 Parlamentariern der EVP die stärkste Fraktion bilden.¹²⁴⁰ Dies resultierte in erster Linie daraus, daß im Bund Parteien aus allen damaligen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft vertreten waren, während die britischen und dänischen Konservativen nicht der EVP angehörten, sondern eine eigene Fraktion (ED) bildeten. (III.1.1.2.)

Da die Arbeiterparteien aus diesen beiden Ländern in programmatischer Hinsicht den übrigen Mitgliedern des Bundes nicht deutlich näher standen als die ED-Fraktion der EVP stellt sich die Frage, worum die Sozialdemokraten und Sozialisten keine engere ideologische Eingrenzung vornahmen. Diese wurde interessanterweise zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Erwägung gezogen, obwohl z.B. die Reaktionen auf niederländische Konzeptpapiere regelmäßig die divergierenden Vorstellungen aufgezeigt hatten. Der Zusammenhalt über ideologische Differenzen hinweg ist in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß die Kooperation unter den sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien ihren Ursprung in den Internationalen nahm und (außer während des Ersten Weltkriegs) stets die Solidarität unter den Arbeiterparteien (z.T. auch mit den Kommunisten) wichtiger war als inhaltliche Übereinstimmungen.

Das Festhalten an der breiten Meinungsvielfalt innerhalb des Bundes bestätigte der Kongreß Anfang März 1980 in Luxemburg, als er *expressis verbis* in die Satzung schrieb, daß die Souveränität der Mitgliedsparteien nicht angetastet wird. Gemäß Art. 7 war in „allen Organen des Bundes [...] eine möglichst weitgehende Übereinstimmung zwischen allen Mitgliedsparteien anzustreben, [...] die politischen Beschlüsse [mußten] auf der Grundlage eines

¹²³⁵ Bund 1977.

¹²³⁶ Hix 1995: 13.

¹²³⁷ Hix 1995: 13.

¹²³⁸ Vgl.: SPD 1978.

¹²³⁹ Vgl.: Bund 1979. Um ein Wahlprogramm handelte es sich dabei jedoch nicht: „Bekanntlich war es vor den ersten Direktwahlen nicht möglich gewesen, den Plan eines gemeinsamen Programms zu verwirklichen.“ Hrbek 1982: 348; ebenso: Hix 1996: 317.

¹²⁴⁰ Vgl.: Fochler-Haukel 1979: 3.

Konsensus getroffen werden.“¹²⁴¹ Im Sinne dieser Maxime wurden nun auch nicht mehr, wie durchgehend bei den beiden anderen europäischen Parteienverbänden, Stimmgewichtungen zwischen den einzelnen Mitgliedsparteien vorgenommen, sondern das “One Man – One Vote”-Prinzip auf der europäischen Parteebene angewandt.¹²⁴²

Die Entscheidung für die Einstimmigkeit behinderte jedoch die Integration in programmatischer Hinsicht, da die Situation des Bundes mit der seines christdemokratischen Pendant übereinstimmte: Erstens befürworteten außer den Briten und Dänen alle Parteien eine fortschreitende europäische Integration.¹²⁴³ Der Bund konnte aber aufgrund seines Zwangs zur Einstimmigkeit nicht zu einer einheitlichen Beschlußlage kommen.

Den zweiten kritischen Punkt stellte die Sicherheitspolitik dar, in der die Mitgliedsparteien des Bundes die gesamte Bandbreite der öffentlichen Debatte widerspiegeln: Bemühungen um eine gemeinsame Position waren aufgrund der kategorischen Ablehnung diesbezüglicher Äußerungen seitens der Iren (unter Hinweis auf die Nichtmitgliedschaft ihres Landes in der NATO) *a priori* zum Scheitern verurteilt. Mit ihrer positiven Einstellung zu Atomwaffen hielten die Franzosen an dem Konzept der auf nationalen Arsenalen basierenden Militärstrategie unter Befürwortung des NATO-Doppelbeschlusses fest. Hierin wurden sie von den Italienern und Teilen der SPD unterstützt, während die übrigen Schwesterparteien dem mehr oder weniger vehement ablehnend gegenüberstanden.¹²⁴⁴

Da konkrete Forderungen zur europäischen Integration und zur Sicherheitspolitik vom gesamten Bund nicht getragen wurden, besann man sich nach den ersten Direktwahlen auf das klassische sozialdemokratische Thema der Arbeitsmarktpolitik. Die auf dem Kongreß Anfang März 1980 verfaßte „sozialistische Antwort auf Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit“ mutete mit ihren Passagen zur Kontrolle und Planung des Wirtschaftsprozesses, wie der Titel es implizierte, sozialistisch an.¹²⁴⁵ Fortgeschrieben wurde sie mit der Schlußresolution vom Kongreß Mitte November 1982 in Paris („Die Krise in Europa und die sozialistische Antwort“), in der vor einem Vertrauen auf die Selbsterholungskräfte des Marktes gewarnt und eine aktive Beeinflussung des Wirtschaftsprozesses durch die Regierungen und die Gemeinschaft befürwortet wurde.¹²⁴⁶ Diese Erklärungen ergänzte man durch die Übernahme der Forderung von der SPD und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) nach Arbeitszeitverkürzung mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche und der Unterstützung einer Initiative des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.¹²⁴⁷

Die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1984 konnten die im Bund zusammengeschlossenen Parteien deutlicher als die erste gewinnen: Sie bildeten in der zweiten Legislaturperiode mit 130 Fraktionsmitgliedern gegenüber 110 der EVP erneut die stärkste Gruppierung.

In personeller Hinsicht waren die späten achtziger Jahre bis 1995 von einer hohen Fluktuation in der Führungsebene geprägt. Im Vorsitz konnte erst Rudolf Scharping¹²⁴⁸ mit seiner sechsjährigen Amtszeit ab 1995 wieder eine gewisse Kontinuität herstellen, nachdem

¹²⁴¹ Hrbek 1981: 259.

¹²⁴² Vgl.: Hix 1996: 313; Hrbek 1983: 264; Jansen/Kallenbach 1977: 9; Toornstra o.J.: 27.

¹²⁴³ Noch in dem Wahlprogramm von 1989 wird abschließend bemerkt: „Die [Sozialdemokratische Partei Dänemarks] sieht sich jedoch in Anbetracht einiger föderalistischer Vorschläge und der ausdrücklichen Forderung nach sozialer und steuerlicher Harmonisierung gezwungen, allgemeine Vorbehalte gegen das Manifest zu äußern.“ Bund 1989: 48. Im Juni 1990 jedoch stimmten die Dänen der Abschlusserklärung des Treffens der Parteiführer und Regierungschefs in Dublin zu. Vgl.: Hrbek 1983: 264; Hrbek 1989: 242; Schwehn 1990.

¹²⁴⁴ Vgl.: Niedermayer 1984: 13.

¹²⁴⁵ Vgl.: Hrbek 1981: 259.

¹²⁴⁶ Vgl.: Hrbek 1983: 263f.

¹²⁴⁷ Vgl.: Hrbek 1983: 264.

¹²⁴⁸ Rudolf Scharping (*02.12.1947), Politikwissenschaftler, 1975-1994 Mitglied des Landtags von Rheinland-Pfalz, 1991-1994 Ministerpräsident, 1993-1995 Vorsitzender der SPD, seit 1994 Mitglied des Bundestages, 1994-1998 Fraktionsvorsitzender, 1998-2002 Bundesminister der Verteidigung.

seine drei Vorgänger Vitor Constancio (PS-PT, Mai 1987 bis Januar 1989), Guy Spiteals (PS-BE, bis Mai 1992) und Willy Claes (SP-BE, bis Oktober 1994) nur kurzzeitig dem Bund vorstanden. Die mittelfristige Koordinierung des Bundes und seine Fortentwicklung oblag deshalb hauptsächlich dem Generalsekretär Axel Hanisch¹²⁴⁹ von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Er wurde im Oktober 1989 ernannt und war in den Folgejahren (bis März 1995) maßgeblich an der inhaltlichen wie strukturellen Integration des Parteienzusammenschlusses beteiligt.

2.1.4. Die Sozialdemokratische Partei Europas

Ende der achtziger Jahre wurden die Bemühungen um eine Intensivierung der Zusammenarbeit durch vier Faktoren begünstigt: Erstens zeichnete sich seit Mitte des Jahrzehnts eine Abkehr von nationaler Dogmatik in der Sicherheitspolitik ab, wodurch diesbezügliche Fragen kein Tabu mehr waren.¹²⁵⁰ Zweitens gewann der Bund bei den dritten Direktwahlen 1989 mit 180 Mandaten im Europäischen Parlament deutlich stärker hinzu als die EVP (nun 121 MdEPs), wodurch der Druck zur Aufgabe des Vetorechtes weiter wuchs. Drittens setzte der britische Labour-Chef Neil Kinnock¹²⁵¹ in seiner Partei im Frühjahr 1989 einen als „pragmatischer“ zu charakterisierenden Kurs durch, wobei er allerdings weiterhin an den Vorbehalten gegenüber einer Stärkung des Europäischen Parlaments und der Errichtung der Europäischen Union festhielt.¹²⁵² Dies ging mit einer vergleichbaren Modifikation der Gesinnung der dänischen Sozialdemokratie einher. Schließlich herrschte unter allen Mitgliedsparteien Konsens über die Begrüßung der Revolution in Mittel- und Osteuropa.¹²⁵³ Konkrete Anzeichen für eine weitere Integration im sozialistisch-sozialdemokratischen Parteienspektrum waren vor dem Hintergrund dieser Umstände die regelmäßig abgehaltenen Parteiführerkonferenzen und die auf dem Kongreß im Februar 1990 in Berlin eingesetzte Arbeitsgruppe zur „Stärkung des Bundes“.¹²⁵⁴

Nachdem mit den Beitritten ihrer Länder zur Europäischen Gemeinschaft die Sozialisten aus Griechenland, Portugal und Spanien Mitglieder des Bundes geworden waren,¹²⁵⁵ sah dieser sich – wie die anderen Parteienzusammenschlüsse – Anfang der neunziger Jahre mit Beitrittswünschen von Parteien aus Mittel- und Osteuropa konfrontiert. Die Mitglieder des Bundes vertraten diesbezüglich zwei Positionen: Auf der einen Seite standen (u.a. mit der SPD) die Befürworter einer Erweiterung. Sie plädierten dafür, die Unterscheidung zwischen Mitgliedern und Beobachtern aufzuheben, wobei zunächst die Parteien aus den EFTA-Staaten und anschließend sukzessive Parteien aus mittel- und osteuropäischen Staaten einbezogen werden sollten. Die Gegenposition (unter Führung der französischen Sozialisten) sah eine weitere Integration des Bundes zunächst ohne Erweiterungen vor. Beschlossen wurde schließlich der vom Niederländer Wim Kok¹²⁵⁶ erarbeitete Kompromiß, nach dem zwischen Mitgliedern (aus der EU), assoziierten Parteien (aus den EFTA-Staaten) und dem Beobachterstatus

¹²⁴⁹ Axel Hanisch ist derzeit Direktor für die Beziehungen zu den Politischen Gruppen beim Generalsekretariat des Europäischen Parlaments.

¹²⁵⁰ Vgl.: Hrbek 1987: 283.

¹²⁵¹ Neil Kinnock (*28.03.1942), Historiker, Postgraduiertenstudium in Pädagogik, seit 1970 Abgeordneter von Labour im englischen Unterhaus, 1983-1992 Fraktionsvorsitzender, 1988 kurzzeitig auch Vorsitzender der Partei, 1995-2004 EU-Kommissar (bis 1999 für Verkehr, danach als Vizepräsident für die Bereiche Personal und Verwaltung).

¹²⁵² Vgl.: Hrbek 1989: 244f.

¹²⁵³ Vgl.: Hrbek 1990: 258.

¹²⁵⁴ Hrbek 1990: 258f.

¹²⁵⁵ Vgl.: Hrbek 1986: 280.

¹²⁵⁶ Wim Kok (*29.09.1938), 1961-1973 Mitarbeiter bei der Sozialistischen Handelsgewerkschaft der Niederlande, 1973-1986 deren Vorsitzender, 1986-2001 Vorsitzender der PvdA, 1989-1994 Finanzminister, 1994-2002 Ministerpräsident.

(für Parteien aus Israel, Malta, Zypern, der Türkei, zwischenzeitlich – als Sonderfall – die SPD in der DDR und künftig auch Parteien aus Mittel- und Osteuropa) unterschieden wurde.¹²⁵⁷

Die Vertiefung der europäischen Integration durch den Vertrag über die Europäische Union begleitete der Bund durch Unterstützung der gemeinsamen Initiative der drei Parteienzusammenschlüsse für die Einführung des Artikel 138a in den EG-Vertrag und Appelle zur Ausweitung der parlamentarischen Mitbestimmung. Seine individuellen Forderungen betrafen neben den Sorgen um eine „Vergrößerung der Ungleichheiten zwischen den EG-Regionen“¹²⁵⁸ aufgrund der WWU in erster Linie die Sozialpolitik, der nach seinen Vorstellungen auf der Grundlage der Sozialcharta von 1989 mehr Gewicht verliehen werden sollte.

Maastricht hatte für die europäische Sozialdemokratie zwei Nachspiele: Zum einen fiel erstmals ein Kandidat für ihre Präsidentschaft durch; dem Briten Neil Kinnock war es offenbar nicht gelungen, mit seinem Spagat zwischen der Beteuerung einer pro-europäischen Haltung und der Ankündigung der Ablehnung des EU-Vertrages in Westminster die Delegierten zu überzeugen.¹²⁵⁹ Wie bereits erwähnt, wurde an seiner Stelle im November 1992 der Belgier Willy Claes gewählt. Zum anderen setzte im Gefolge von Maastricht und vor dem Hintergrund der neuen Situation in Mittel- und Osteuropa eine Reformdiskussion ein, an deren Ende die Weiterentwicklung des Bundes zur „Sozialdemokratischen Partei Europas“ (SPE) stand.

Anlaß für die Umgestaltung des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft war in doppelter Hinsicht die Tatsache, daß ihr Name nicht mehr dem institutionellen Rahmen des europäischen Einigungswerkes entsprach: Erstens hatten die damaligen zwölf Mitgliedstaaten der Gemeinschaft in Maastricht die Europäische Union begründet. Zweitens enthielt der revidierte EG-Vertrag mit Art. 138a erstmals eine Norm zu europäischen Parteien. Folglich zeugten die Begriffe „Bund“ und „EG“ in der Selbstbezeichnung der Sozialdemokraten und Sozialisten von einer mittlerweile überholten Konstruktion.

Im Bewußtsein dessen befaßte sich das Bureau bereits im Mai 1992 (die Unterzeichnung des neuen Vertragswerks lag erst drei Monate zurück) mit der Reform des Parteienzusammenschlusses. Im Juli gleichen Jahres kündigten Ben Fayot (POSL) und Thijs Wöltgens (PvdA) an, für die Oktobersitzung einen Bericht zu diesem Thema vorzubereiten, der Empfehlungen an den nächsten Kongreß richten sollte. In dieser Zeit kristallisierte sich heraus, daß die Mitgliedsparteien hauptsächlich über den Namen Meinungsverschiedenheiten besaßen: „where to put ‘Europe’, where to put ‘Socialist’, and where to put ‘Party’“,¹²⁶⁰ wie es ein Bureaumitglied zusammenfaßte. Während erneut (wie 1974) „subsidiäre“ Überlegungen zugunsten unterschiedlicher Namen aufkamen, konnten sich schließlich die Befürworter einer einheitlichen Benennung durchsetzen.

Nachdem ein außerordentliches Treffen der Parteiführer am 10. Oktober 1992 die Gründung der neuen europäischen Partei vorbereitet hatte, wurde nur neun Monate nach der Paraphierung des Parteienartikels (im Rahmen des EGV) auf dem Kongreß in Hague am 9. und 10. November 1992 die Sozialdemokratische Partei Europa gegründet. (Lediglich die Bezeichnung als sozialdemokratisch oder sozialistisch wird bis heute entsprechend der nationalen Traditionen verwendet.)

Die Weiterentwicklung des Bundes zur SPE wurde durch die Neukonstituierung auf der Grundlage der überarbeiteten Satzung vollzogen. Inhaltlich steht sie ebenso wie vom Mitgliederkreis her betrachtet in Kontinuität zum Bund.¹²⁶¹ Gleichzeitig mit der Neugründung wurden die schwedische SAP, die finnische SDP und die italienische PDS aufgenommen;

¹²⁵⁷ Vgl.: Hrbek 1982: 347f.; Hrbek 1990: 258f.

¹²⁵⁸ Piepenschneider 1991: 255.

¹²⁵⁹ Vgl.: dpa-Meldung Nr. 161 16.06.1992.

¹²⁶⁰ Hix 1995: 29.

¹²⁶¹ Vgl.: Hrbek 1990: 257; SPE: Homepage.

neun Parteien aus Mittel- und Osteuropa waren als Gäste auf dem Kongreß vertreten. Im Amt des Präsidenten bestätigten die Delegierten Willy Claes.¹²⁶²

Fortsetzen konnten die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien bei den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament auch die „Tradition“ des Bundes, die stärkste Fraktion zu bilden. Dies war in erster Linie auf den erdrutschartigen Sieg von Labour in Großbritannien zurückzuführen: „1994 katapultierte das britische Mehrheitswahlrecht 63 Labour-Abgeordnete (von 87 britischen Mandaten insgesamt) nach Straßburg.“¹²⁶³ Damit kündigte sich das europaweit beachtete Ende der Tory-Regierungszeit in Großbritannien an. Die Wahlen von 1994 waren auch insofern eine Zäsur, als seitdem die europäische Öffentlichkeit das Verhältnis von christdemokratisch bzw. sozialistisch regierten Ländern in der Union aufmerksamer registriert.

Bevor nach den meisten nationalen Parlamentswahlen die Schlagzeile „Europa wird rot“ in der Presse zu lesen war, wählten die Delegierten des SPE-Kongresse im März 1995 den damaligen SPD-Vorsitzenden Scharping zum neuen Präsidenten (bis Mai 2001). Neuer Generalsekretär wurde Jean-François Vallin (PS-FR, bis September 1999). Mit den Wahlsiegen von Tony Blair und Lionel Jospin im Mai 1997, gefolgt von Massimo d'Alema im April 1998 in Italien und der Regierungsübernahme durch Gerhard Schröder im September desselben Jahres standen außer in Spanien allen großen Ländern der EU SPE-Regierungschefs vor.

Auf die Sozialdemokratische Partei Europas wirkte sich dies insofern aus, als sie Abstimmungen unter den Regierungschefs aus ihrem Lager in die Wege leiten konnte, wie dies vorher die EVP getan hatte.¹²⁶⁴ Die Konferenzen der Parteivorsitzenden und Regierungschefs,¹²⁶⁵ und weniger die Treffen des Bureaus, wurden „zum entscheidenden Organ für die Entwicklung und Profilierung der SPE.“¹²⁶⁶

Auch wenn SPE-Mitglieder nun die Europäischen Ratstreffen dominierten, büßten sie bei den Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 1999 ihre parlamentarische Mehrheit ein. Die in ihr zusammengefaßten Parteien bildeten mit 180 Mitgliedern aus den 15 Staaten der Europäischen Union nach den 233 EVP-Abgeordneten nur noch die zweitstärkste Fraktion im Europäischen Parlament.

Ebenfalls in das Jahr 1999 fiel der vorläufige Abschluß der SPE-Osterweiterung. Im Vergleich zu den anderen europäischen Parteienzusammenschlüssen hatte die SPE Schwesterparteien aus Mittel- und Osteuropa erst spät aufgenommen: Wie erwähnt wurde vom Bund zwar bereits im Februar 1990 neben dem Status des Mitglieds und der Assoziierung auch die Möglichkeit zur Aufnahme von Beobachtern geschaffen,¹²⁶⁷ erst im März und Juni 1995 sind jedoch die ersten sechs Parteien aus den jungen Demokratien als Beobachter akzeptiert worden. Unter ihnen waren nur zwei Parteien (aus der Tschechischen und der Slowakischen Republik) mit sozialdemokratischen Wurzeln, während die übrigen aus den kommunistischen Staatsparteien hervorgegangen waren.

In dieser Zeit begleitete die SPE den Parteibildungsprozeß in den Reformstaaten insbesondere durch ihre enge Zusammenarbeit mit dem Europäischen Forum für Demokratie und Solidarität.¹²⁶⁸ Dennoch erschwerte die gerade im linken Spektrum Mitte der neunziger Jahre zunehmende Parteienfragmentation die Aufnahme von weiteren mittelosteuropäischen Parteien, so daß die SPE erst im März 1998 eine zweite Welle von Beobachtern zuließ. Die

¹²⁶² Vgl.: Hix 1995: 29f.

¹²⁶³ Wahl 1998.

¹²⁶⁴ Vgl.: Jansen 1997: 267f.

¹²⁶⁵ Direkte Auswirkungen hatten diese Treffen erstmals auf die Revisionskonferenz für den Vertrag über die Europäische Union: Die sozialdemokratischen Partei- und Regierungschefs vereinbarten in ihrer Madrider Erklärung vom 14.12.1995 „Leitlinien zur Einbeziehung einer Beschäftigungspolitik in den Vertrag“. Jansen 1996b: 265.

¹²⁶⁶ Jansen 1996b: 264.

¹²⁶⁷ Vgl.: Piepenschneider 1991: 257.

¹²⁶⁸ Vgl. hierzu die Ausführungen in III.2.2.5. über die Vereinigungen der SPE.

weitere Integration von Parteien aus Mittel- und Osteuropa war durch die SPE-Gremien vorbereitet worden, bevor der Mailänder Kongreß im März 1999 (also neun Jahre nach Einrichtung dieses Status) alle 12 mittelosteuropäischen Beobachterparteien zu assoziierten aufwertete.¹²⁶⁹

Die SPE-Präsidentschaft ergriff daraufhin die Initiative, Parteien bereits nach Abschluß der Beitrittsverhandlungen ihres Landes mit der Europäischen Kommission den Status der Vollmitgliedschaft anzubieten. Somit besteht für nationale Parteien also in der SPE die Möglichkeit zur Ausübung der vollen Mitgliederrechte (und damit der Politikgestaltung), bevor ihr Land der Europäischen Union angehört.¹²⁷⁰ Dies geschah zu dem Zweck, daß die Parteien aus den zehn neuen Mitgliedstaaten der EU bereits an der Ausarbeitung des Manifestes für die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2004 beteiligt werden konnten.¹²⁷¹

Parallel zu den Vorbereitungen für die Osterweiterung der Europäischen Union hat die SPE ihr Netzwerk ausdifferenziert und ihre Arbeitsmethoden professionalisiert.¹²⁷² Die 1992 in Hague verabschiedete Satzung wurde auf jedem Folgekongreß modifiziert. Neben den Überarbeitungen aufgrund des Beitrittsprozesses ist dabei insbesondere die Stellung von zwei Vereinigungen hervorzuheben: 1993 bzw. 1997 stärkte die SPE die Rechte der Frauen- und Jugendvereinigungen dadurch, daß sie seitdem mehr Rechte (auf die im entsprechenden Abschnitt – III.2.2.5. – eingegangen wird) als die anderen vier Organisationen innerhalb der SPE genießen.¹²⁷³

Die mannigfaltigen Veränderungen aufgrund der Osterweiterung und der Professionalisierung drängten die Notwendigkeit einer umfassenden Strukturreform auf. Vor diesem Hintergrund wurde 2001 der österreichische Vizepräsident Heinz Fischer¹²⁷⁴ damit beauftragt, einen entsprechenden Entwurf auszuarbeiten. Als wesentliche Änderung sah er die Einrichtung von zwei Gremien anstelle des Bureaus vor: die Präsidentschaft und ein Koordinations-team, die beide bereits seit einem Jahr informell zusammentrafen. Diese Änderungen verabschiedete der Kongreß im Mai 2001 in Berlin und nahm darüber hinaus dahingehend eine Umstrukturierung der Satzung vor, daß die Ziele der Partei seitdem in einer Präambel festgeschrieben sind.¹²⁷⁵

Auf dem Berliner Kongreß war der zweite Anlauf eines Briten bei der Wahl zum Präsidenten des sozialdemokratischen und sozialistischen Parteienzusammenschlusses erfolg-

¹²⁶⁹ Vgl.: Hix/Lesse 2002: 80.

¹²⁷⁰ Vgl.: PES 2002: 3.

¹²⁷¹ Der Beitrittsprozeß begann mit den damals assoziierten Mitgliedsparteien der SPE, wobei die Präsidentschaft folgende Kriterien für deren Vollmitgliedschaft formulierte:

- “The party is a full member of the Socialist International and fully accepts the statutes of the PES.
- The party is committed to the values of European social democracy and has signed the 1998 Charter of European political parties for a non-racist society.
- The party is from an applicant country that will be a full member of the European Union by the next European elections in June 2004.
- In countries where more than one party has applied to be a full member of the PES these parties undertake not to stand against each other in national or European elections.
- The party concerned should be represented in its own national parliament and/or the European Parliament.”

Nach: PES 2002: 3.

¹²⁷² Vgl.: Hix/Lesse 2002: 94.

¹²⁷³ Vgl.: Hix/Lesse 2002: 94.

¹²⁷⁴ Heinz Fischer (*09.10.1938), Rechts- und Staatswissenschaftler, 1962 Mitarbeiter des Zweiten Präsidenten des österreichischen Nationalrates, 1963-1975 Sekretär der SPÖ-Fraktion, 1971-2004 Nationalratsabgeordneter, 1975-1983 geschäftsführender Obmann der SPÖ-Fraktion, 1983-1987 Bundesminister für Wissenschaft und Forschung, 1987-1990 Obmann der SPÖ-Fraktion, 1990-2002 Präsident des Nationalrates, seit 1992 Vizepräsident der SPE, 2002-2004 Zweiter Präsident des Nationalrates, seit 2004 Bundespräsident.

¹²⁷⁵ Philip Cordery (*1966), britischer und französischer Staatsbürger, 1993-1998 Generalsekretär von ECOSY, 1998-2004 für die französische Sozialistische Partei tätig.

reich: Robin Cook¹²⁷⁶ von der Labour Party stand der SPE drei Jahre lang vor, bis die Delegierten des Brüsseler Kongresses am 24. April 2004 den früheren dänischen Ministerpräsidenten Poul Nyrup Rasmussen¹²⁷⁷ zum neuen Präsidenten wählten. Von September 1999 an leitete Antony Beumer (PvdA) als Generalsekretär die Geschäftsstelle der SPE, bis ihm im Juli 2004 Philip Cordery¹²⁷⁸ nachfolgte.

Heute zählt die Sozialdemokratische Partei Europas 32 Mitgliedsparteien aus den 25 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und Norwegen. In ihren Herkunftsländern verstehen sie sich als sozialdemokratische, sozialistische oder Arbeiterparteien. Die fünf Beobachterparteien sind in Island, Israel, Malta und San Marino beheimatet. Die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament ist nach den Wahlen vom Juni 2004 weiterhin die zweitstärkste Kraft. Ihre 200 Abgeordneten bilden mit ihren 268 Kollegen der EVP-ED eine strategische „Koalition“, die den Spanier Josep Borrell Fontelles (SPE) zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt hat.

2.1.5. Entwicklungsstränge

Die Sozialdemokraten und Sozialisten können auf eine gemeinsame Vergangenheit europäischer Kooperation zurückblicken, die mehr als ein halbes Jahrhundert älter ist als diejenige der anderen europäischen Parteien. Dabei sind – trotz aller Brüche, Neugründungen und Umbenennungen – durchgehende Entwicklungsverläufe deutlich zu erkennen.

1864 war die I. Sozialistische Internationale nicht zufällig in London gegründet worden: Im Heimatland der Industrialisierung trafen zunächst britische und französische Arbeiterführer zusammen, denen sich Gleichgesinnte aus anderen europäischen Ländern anschlossen. Bereits die erste Internationale wurde mit Gremien ausgestattet, die allerdings nicht funktionsfähig waren. Auch die Berufung von „korrespondierenden Sekretären“, die in den einzelnen Ländern die Interessen der Internationalen Arbeiterassoziation vertreten sollten, konnte den supranationalen Anspruch nur dokumentieren. Gemeinsam war den Mitgliedern lediglich die Interessenrepräsentation der in ihrem Staat benachteiligten Bevölkerungsgruppe mit dem Ziel, Einfluß für Veränderungen zu erlangen. (I.2.1.)

Mit der Bekämpfung der bestehenden Zustände sind die Gemeinsamkeiten unter den Mitgliedsparteien schon weitgehend beschrieben. Über den Debatten zur Veränderung der damaligen Herrschaftssysteme scheiterte 1872 der erste supranationale Zusammenschluß von Parteien und politischen Gruppen. Viele Funktionäre pflegten jedoch weiterhin internationale Kontakte, die nach 17 Jahren in der Gründung der II. Internationale mündeten, wobei in zweifacher Hinsicht Konsequenzen aus dem Scheitern ihrer Vorgängerin gezogen wurden: Erstens bestand sie aufgrund der organisatorischen Probleme zunächst ausschließlich in Kongressen. Um über inhaltliche Fragen möglichst einmütig zu entscheiden, wurden in dem schließlich 1900 eingerichteten Internationalen Sozialistischen Bureau (ISB) keine Stimmengewichtungen vorgenommen, sondern jeder Mitgliedspartei zwei Delegierte zugestanden.

Die I. und II. Sozialistische Internationale könnten nach Triepel als politische Organisationen gekennzeichnet werden, die sich – wie die beteiligten Parteien im nationalen Rahmen – in der ersten Entwicklungsphase der modernen Parteien befanden: (I.2.2.) Sie bekämpften die bestehende Herrschaftsordnung, wobei die Internationalen von den National-

¹²⁷⁶ Robin Cook (*28.02.1946), seit 1974 Abgeordneter von Labour im englischen Unterhaus, verschiedene Sprecherposten, 1997-2001 Außenminister, 2001-2003 Sprecher des Unterhauses.

¹²⁷⁷ Poul Nyrup Rasmussen (*15.06.1943), Politikwissenschaftler, 1972-1986 beim dänischen Gewerkschaftsbund, dort ab 1980 Chefökonom, 1986-1992 Geschäftsführender Direktor des Pensionsfonds der Arbeitnehmer, 1987-1992 Stellvertreter Parteivorsitzender der Sozialdemokraten, seit 1998 Abgeordneter, 1992-2002 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, 1993-2001 Ministerpräsident, seit 2004 Vorsitzender der SPE.

¹²⁷⁸ Vgl.: Hix/Lesse 2002: 96f.

staaten als unbedeutende Zusammenschlüsse (weitgehend) ignoriert wurden. Die Bedeutungslosigkeit der II. Sozialistischen Internationale für die Nationalstaaten zeigte sich insbesondere beim Ausbruch des Ersten Weltkriegs im Herbst 1914, als sich alle Mitgliedsparteien (außer den Bolschewiken) im „Burgfrieden“ auf die Seite ihrer Länder schlugen anstatt international die bestehenden Herrschaftssysteme zu bekämpfen.

Trotz dieser Konstellation, wenngleich begünstigt insbesondere durch den deutschen Übergang von der Monarchie zur Republik, sammelten sich die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien unmittelbar nach Beendigung des Krieges wieder. Dabei wurde zur Bewahrung einer kontinuierlichen Zusammenarbeit eine organisatorische Basis in Form eines Bureaus und einer Geschäftsstelle errichtet.

Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg vereinigten sich die Mitglieder der SI im Zweiten zur „Kriegsgemeinschaft“, welche die 1919 gegründete Kommunistische Internationale einbezog. Dies resultierte jedoch nicht aus einer supranationalen Einstellung der Mitgliedsparteien, sondern aus deren gemeinsamer Bedrohung durch den Faschismus. Daher brach diese Konstellation auch unmittelbar nach dem Kriegsende wieder auseinander – 1951 gründete sich die bis heute bestehende III. Sozialistische Internationale. Sie ist für die Untersuchung der Sozialdemokratischen Partei Europas insofern relevant, als diese ihren Mitgliederkreis u.a. über denjenigen der SI definiert.

Angesichts dieser, noch näher zu bezeichnenden (III.2.2.1., 2.) Verbindung ist in einer Zwischenbilanz hinsichtlich des Erkenntnisinteresse der vorliegenden Arbeit für die SI folgendes festzuhalten: Zu einem Zeitpunkt, an dem die internationalen Kontakte der anderen politischen Strömungen kaum über bilaterale Gespräche hinausgingen, hatten die linken Parteien bereits vielfältige Erfahrungen mit- und untereinander gesammelt. In Analogie zu ihrer nationalstaatlichen Organisationsform wurden auf der internationalen Ebene Gremien eingerichtet, die in der II. SI zeitweilig sogar (gemäß der Statuten) Mehrheitsbeschlüsse hätten fällen können.

In organisatorischer Hinsicht ist den beteiligten Akteuren der Wille zur Legitimationsvermittlung zu bescheinigen. Es mangelte jedoch an zweierlei: Erstens konnte in programmatischer Hinsicht in der I. SI praktisch keine Einigung erzielt werden und zweitens beachteten (insbesondere nach Einführung von Mehrheitsentscheidungen in der II. SI) die Mitgliedsparteien die supranationalen Beschlüsse nicht. Festzuhalten ist folglich, daß zwar einzelne Funktionäre auf internationaler Ebene agieren wollten, die programmatische Spannbreite und völlig unzureichenden Gestaltungsmöglichkeiten jedoch eine engere Kooperation verhinderten.

Die Sozialistische Internationale reagierte auf die ersten Schritte der europäischen Einigung mit der Gründung von Strukturen, die auf die Mitgliedsparteien aus den sechs beteiligten Ländern begrenzt waren: Der „Arbeitsgruppe über die europäische Einheit“ während der Pariser EGKS-Verhandlungen folgte die Gründung der Sozialistischen Fraktion in der Gemeinsamen Versammlung im September 1952 und schließlich im Januar 1957 die Einrichtung des Verbindungsbureaus. Trotz des eindeutigen Bezugs zur Europäischen Gemeinschaft verstand es sich allerdings als „Regionalorganisation der Internationale“. Eine engere Zusammenarbeit mit dem Ziel, eine europäische Partei nach nationalstaatlichem Muster zu bilden, strebte damals bereits die niederländische Partij van de Arbeid an. Sie sollte auch in den kommenden Jahrzehnten die treibende Kraft zur Integration unter den Sozialisten bleiben.

Schließlich gab der Direktwahlbeschluß der Staats- und Regierungschefs auf der Konferenz in Den Haag im Dezember 1969 den entscheidenden Impuls zur Weiterentwicklung des Parteienzusammenschlusses. Daraufhin wurde das Verbindungsbureau im Juni 1971 in „Office of the Social Democratic Parties of the European Community“ umgenannt, ab dem 5. April 1974 bezeichneten sich die Parteien (auf deutsch) als „Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft“.

Wie oben ausgeführt, (III.2.1.3.) verzichteten die Mitgliedsparteien allerdings mit der Gründung des Bundes nicht auf ihre Souveränität. Insbesondere die Parteien aus den neuen EG-Mitgliedsländern Großbritannien und Dänemark sowie die (regierende) deutsche SPD hatten dagegen Vorbehalte. Aufgrund der traditionellen Zusammenarbeit in der Sozialistischen Internationale waren in diesem Parteienzusammenschluß zwar alle Mitgliedsländer der EG repräsentiert. Eine neue Organisationsform wurde jedoch nicht geschaffen, was sich u.a. darin ausdrückte, daß die Numerierung der Kongresse vom Verbindungsbureau fortgesetzt wurde.

Auch wenn in dieser Organisationsform in Ermangelung supranationaler Entscheidungsverfahren keine Möglichkeiten zur Vermittlung von Legitimation zu erkennen sind, erfüllte sie einen wirkungsvollen Zweck: Sie vereinigte die stärksten linken Parteien aus der Europäischen Gemeinschaft zwanzig Jahre lang zur größten Fraktion im Europäischen Parlament. Ebenso wie sich innerhalb der EVP mit wachsendem Mitgliederkreis die Programmformulierung schwieriger gestaltete, werden allerdings vor diesem Hintergrund in dem entsprechenden Abschnitt über die SPE (wie bei der I. SI) ideologische Differenzen zu ergründen sein. (III.2.3.)

Der Impuls zur Weiterentwicklung des Bundes erfolgte, wie bereits seine Gründung, extern: Auf die normative Verankerung der europäischen Parteien im EG-Vertrag von Maastricht reagierten die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien unmittelbar und zügig: Parallel zum Ratifizierungsverfahren der Verträge führten sie eine Reorganisation ihres Parteienzusammenschlusses durch und gründeten am 9. November 1992 – also bereits ein Jahr vor Inkrafttreten des novellierten Vertragswerkes – die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE). Im Gegensatz zu den Umbenennungen Anfang der siebziger Jahre zeigten die Mitgliedsparteien diesmal tatsächlich den Willen zur weitergehenden Integration. Dies drückte sich insbesondere in der noch zu erörternden Programmatik und den Satzungsänderungen auf den Kongressen aus, die eine Professionalisierung des Parteienzusammenschlusses bewirkten.

Die Aufnahme von Parteien aus Mittel- und Osteuropa stellte die SPE vor das Problem, daß Anfang der neunziger Jahre die stärksten linken Kräfte in den meisten Ländern post-kommunistische Parteien waren und dieses politische Spektrum später von der Parteienfragmentation stark betroffen war. Auf der anderen Seite begünstigte parallel zu diesem Prozeß die Regierungsverantwortung (aufgrund des damit einhergehenden Pragmatismus) zahlreicher, vor allem großer Mitgliedsparteien deren Integration in der SPE.

Als Entwicklungsstränge der Sozialdemokratischen Partei Europas sind im historischen Rückblick insbesondere zwei Faktoren festzuhalten: Die Zusammenarbeit von Arbeiter-, sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien auf der europäischen Ebene entwickelte sich erstens aus den Sozialistischen Internationalen heraus. Bis heute ist die SI der Bezugsrahmen für diesen Parteienzusammenschluß. Die vereinzelt Impulse für eine weitere Integration der Mitgliedsparteien wurden jedoch von ihrer Mehrheit stets verhindert, wenn nicht – wie meistens auch auf der nationalen Ebene (I.4.) – externe Ereignisse die Weiterentwicklung stimulierten. Als zweiter Faktor für die gegenwärtige Gestalt der SPE ist daher der europäische Einigungsprozeß auszumachen.

2.2. Organisationsform

Die historische Entwicklung von den ersten internationalen Kontakten, die zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterassoziation führten, bis zur Sozialdemokratischen Partei Europas im Jahr 2005 weist Charakteristika auf, die für die Untersuchung der heutigen Organisationsform einige Anmerkungen zu den im II. Arbeitsteil entwickelten Untersuchungskategorien (II.3.) erfordern.

Wie dargestellt, gründeten sich die europäischen Zusammenschlüsse sozialdemokratischer und sozialistischer Parteien (später auch der Arbeiterparteien aus Großbritannien, Irland und Skandinavien) aus der Sozialistischen Internationale heraus. Dementsprechend ist die SPE auch dort rechtlich angegliedert, so daß sich für die Untersuchung der *normativen Grundlagen* eine Besonderheit ergibt: Da die Mitgliedschaft in der SPE an diejenige in der SI gebunden ist, sind in diesem Abschnitt auch die einschlägigen Normen der Internationale zu betrachten.

Diese Besonderheit wird auch bei der Untersuchung der *Mitgliedschaftstypen* zu berücksichtigen sein. Aufgrund der Angliederung an die Sozialistische Internationale läßt sich innerhalb der EU aus der dortigen Mitgliedschaft ein (allerdings nicht durchsetzbarer) Anspruch auf Mitgliedschaft in der SPE ableiten. Welche Sicherheiten sich die Mitgliedsparteien des europäischen Parteienzusammenschlusses vor diesem Hintergrund zur Wahrung ihrer Interessen ausbedungen haben wird ebenso zu erörtern sein, wie die im historischen Teil angesprochene gruppenweise Heranführung der Parteien aus Mittel- und Osteuropa. Wie bereits bei der EVP wird auch hier der Status der Mitgliedsparteien in der SPE auf dem Stand unmittelbar vor der Osterweiterung zu betrachten sein, da den Untersuchungen dieser Arbeit generell nur die Länder der 15er-EU zugrunde liegen.

Gremien haben auf supranationaler Ebene bei den Parteien dieser politischen Strömung eine über hundertjährige Tradition. Bereits im historischen Abschnitt wurden sie hinsichtlich ihrer Wirkungsweise zur Vermittlung von Legitimation, aber auch der Problematik ihrer Gestaltungsmöglichkeiten wiederholt angesprochen. Inwiefern die Sozialdemokratische Partei Europas mittlerweile Strukturen und Verfahren eingeführt hat, mit denen der Bürgerwille auf die europäische Ebene transferiert werden kann, soll im Zentrum dieses Untersuchungsbereichs stehen.

Daß die *Finanzierung und Infrastruktur* für die Funktionsfähigkeit und Wirkungsweise eines supranationalen Parteienzusammenschlusses maßgeblich sind, haben die Sozialisten auf internationaler Ebene wiederholt erfahren müssen: Die I. SI scheiterte nicht zuletzt an mangelnden Ressourcen. Welche Mittel der SPE im Jahr 2003 zur Verfügung standen und ob sie ihre Ausgaben entsprechend der im II. Teil dieser Arbeit herausgestellten Legitimationsanforderungen zu gewichten versuchte, wird in diesem Abschnitt zu ergründen sein.

Das *Vereinigungswesen* der Sozialdemokratischen Partei Europas ist zweigeteilt: Zum einen verfügen der Ständige Frauenausschuß und die Jugendorganisation ECOSY innerhalb ihrer Mutterpartei über zahlreiche Einflußmöglichkeiten und werden ausdrücklich an der Politikgestaltung beteiligt. Zum anderen hat die Sozialdemokratische Partei Europas vier weitere Vereinigungen anerkannt, die aufgrund ihrer Funktionen nur bedingt mit den anderen beiden vergleichbar sind. Daher werden insbesondere die zuerst genannten Organisationen daraufhin zu untersuchen sein, ob sie im Rahmen ihres europäischen Parteienverbundes zur Vermittlung von Legitimation geeignete Strukturen, Verfahren und programmatische Aussagen aufweisen können.

Auf den bis dahin gewonnenen Erkenntnissen über die Organisationsform der SPE aufbauend soll abschließend eine Einschätzung ihrer *Möglichkeiten der Politikgestaltung* versucht werden. Entsprechend des in dieser Arbeit angelegten nationalen Maßstabs für die Vermittlung demokratischer Legitimation werden dabei die Personalrekrutierung und die Politikformulierung (I.2.4.) im Vordergrund stehen.

2.2.1. Normative Grundlagen

Die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei Europas aus der Sozialistischen Internationale heraus spiegelt sich bis heute in den Satzungen beider Verbände: Als "Associated Orga-

nisations”¹²⁷⁹ erkennt die SI internationale oder regionale Zusammenschlüsse an und räumt ihnen in ihren Gremien das Rede-, nicht aber das Stimmrecht ein. Von der westeuropäischen Sektion der Sozialistischen Internationale ging, wie oben erläutert, über die Bildung einer Arbeitsgruppe zu Fragen der EGKS die Kooperation dieser Parteienfamilie innerhalb der europäischen Gemeinschaftsstrukturen aus. (III.2.1.2.)

Weiterhin bildet die SI einen der beiden Bezugsrahmen für die Mitgliedschaftstypologie der SPE. Wie im folgenden Abschnitt zu erörtern sein wird, sind die Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale¹²⁸⁰ (in der EU) zugleich Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Europas. Ein Automatismus besteht jedoch nicht.¹²⁸¹ (III.2.2.2.)

Die mittlerweile außer Kraft gesetzte, als „Verfassung der SPE“ titulierte, erste Satzung der Sozialdemokratischen Partei Europas wurde auf ihrem Gründungskongreß am 9./10. November 1992 in Den Haag verabschiedet. Da das oberste Gremium sie annahm und Änderungen nur von ihm ausgingen, basierten die rechtlichen Grundlagen auf der höchsten Legitimation des Parteienzusammenschlusses.

Dies gilt auch für die „Statuten der Sozialdemokratischen Partei Europas“ vom 9. Mai 2001. Sie sind vom 5. Kongreß der SPE beschlossen worden. Gemäß Art. 29 benötigen Änderungen, „die von einer Mitgliedspartei mit vollem Recht eingereicht werden, [...] nachdem sie vom Präsidium vorgelegt worden sind, zu ihrer Annahme eine qualifizierte Mehrheit auf dem Kongress.“¹²⁸² „Eine qualifizierte Mehrheit verlangt mehr als 75% der abgegebenen Stimmen.“¹²⁸³

Die gegenwärtig gültige Satzung gliedert sich in neun Abschnitte, die wiederum in insgesamt 30 Artikel unterteilt sind. Abschnitt I über „Allgemeine Bestimmungen und Mitgliedschaft“ benennt nach der Präambel den offiziellen Namen des Parteienverbundes. Dabei wird auf den Anhang 1 verwiesen, in dem die Bezeichnungen „in den Amtssprachen der Länder, aus denen eine Mitgliedspartei mit vollem Recht kommt“¹²⁸⁴ aufgelistet sind.¹²⁸⁵ Artikel 2 definiert die Mitgliedschaftstypen der SPE, woraufhin die Aufnahme von Neumitgliedern (Art. 3) und die gesondert als Mitglieder der SPE aufgeführten Vereinigungen für Frauen (der Frauenausschuß, Art. 4) und die Jugend (ECOSY, Art. 5) behandelt werden.

Der Abschnitt II der SPE-Satzung enthält allgemeine Bestimmungen zu den Gremien und ihrer Beschlußfassung. Die Gremienstruktur der Sozialdemokratischen Partei Europas

¹²⁷⁹ SI-Statutes Art. 3.5: Associated Organisations “of an international or regional character recognised by the Socialist International which shall have the right to speak, but shall not exercise a vote.”

¹²⁸⁰ Die Satzung der Sozialistischen Internationale definiert eingangs den Mitgliederkreis der Organisation: SI-Statutes Art. 1: “The Socialist International is an association of political parties and organisations which seek to establish democratic socialism.”

Anschließend werden die Ziele der SI beschrieben; Art. 2: “The purpose of the Socialist International is to strengthen relations between the affiliated parties and to coordinate their political attitudes and activities by consent. The Socialist International shall also seek to extend the relations between the Socialist International and other socialist-oriented parties not in membership which desire cooperation.”

In Art. 5 Abs. 1 ist das Aufnahmeverfahren festgelegt: “The Congress is the supreme body of the Socialist International. It proclaims its principles, determines its Statutes and, on the recommendation of the Council of the Socialist International, decides by a two-thirds majority of all the members upon the admission and status of new members and organisations in relation to the Socialist International.”

¹²⁸¹ Vgl.: SPE-Satzung Art. 2 Abs. 1.

¹²⁸² SPE-Satzung Art. 29.

¹²⁸³ SPE-Satzung Art. 7 Abs. 4 S. 2 lautet: „Abstimmungen können nur durchgeführt werden, wenn wenigstens zwei Drittel der Mitgliedsparteien mit vollem Recht anwesend sind.“

¹²⁸⁴ SPE-Satzung Art. 1.

¹²⁸⁵ De Europæiske Socialdemokraters Parti (Dänisch), Sozialdemokratische Partei Europas (Deutsch), ΕΥΡΩΠΑΙΚΟ ΣΟΣΙΑΛΙΣΤΙΚΟ ΚΟΜΜΑ (Griechisch), Party of European Socialists (Englisch), Euroopan Sosialidemokraattinen Puolue (Finnisch), Parti Socialiste européen (Französisch), Partito del Socialismo Europeo (Italienisch), Partij van de Europese Sociaaldemocraten (Niederländisch), De Europeiske Socialdemokraters Parti (Norwegisch), Partido Socialista Europeu (Portugiesisch), Europeiska Socialdemokraters Parti (Schwedisch) und Partido Socialista Europeo (Spanisch); nach: SPE-Satzung: Annex 1.

gliedert sich – entsprechend nationalstaatlicher Geflogenheiten (I.3.) – in den Kongreß, den Parteirat, das Präsidium, die Konferenz der Parteivorsitzenden und das Sekretariat (Art. 6). Nach den Bestimmungen zu den Beschlußfassungsverfahren (Art. 7) werden daraufhin in dieser Reihenfolge die Zusammensetzung und Funktion der fünf Gremien behandelt (III., Art. 8-12: Kongreß; IV., Art. 13-15: Parteirat; V., Art. 16-21: Präsidium; VI., Art. 22-24: Konferenz der Parteivorsitzenden und VII., Art. 25-28: Sekretariat).

Die Satzung schließt mit den Bestimmungen für ihre Änderung und ihr Inkrafttreten (Art. 29, 30) und führt in den fünf Anhängen (wie bereits erwähnt) die offiziellen Namen (Annex 1) und folgende Mitglieder an: diejenigen mit vollem Recht (Annex 2), die assoziierten Parteien (Annex 3), Beobachterparteien (Annex 4) und die von der SPE anerkannten Vereinigungen und Organisationen (Annex 5). In den entsprechenden Untersuchungsabschnitten dieses Kapitels über die Organisationsform und das Vereinigungswesen der SPE wird auf die Details der Anhänge einzugehen sein.

Zuvor sind jedoch die normativen Grundlagen hinsichtlich der oben bestimmten (II.3.) ersten Voraussetzung für die Vermittlung von Legitimation zusammenzufassen: Die Verabschiedung der SPE-Satzung erfolgte nach demokratischen Grundsätzen; die Herrschaftsausübung des Parteienzusammenschlusses ist durch eine festgeschriebene Gremienstruktur und Entscheidungsverfahren bestimmt; der Umfang der Herrschaftsausübung sowie das Verhältnis zwischen Entscheidungsträger und -empfängern in den beschlußfassenden Gremien sind ebenfalls geregelt. Damit erfüllt die SPE alle Aspekte des ersten Kriteriums zur Vermittlung demokratischer Legitimation: Sie handelt legitim.

Darauf aufbauend wird in den nachfolgenden Abschnitten die materielle Seite der Bestimmungen daraufhin zu untersuchen sein, ob sie und ihre Verfahren (I.1.3.) für die Vermittlung von Legitimation durch die Sozialdemokratische Partei Europas geeignete Eigenschaften aufweisen.

2.2.2. Mitgliedschaftstypen

Die Sozialdemokratische Partei Europas wird aus der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament, zwei Vereinigungen¹²⁸⁶ und nationalen Parteien gebildet. Bei letzteren differenziert die Satzung zwischen drei Typen: Mitgliedern, Assoziierten und Beobachtern.

Eine individuelle Mitgliedschaft hat die SPE bewußt nicht eingerichtet. Dies begründet sie damit, daß es sich beim derzeitigen Integrationsstand aller europäischen Parteien um Zusammenschlüsse nationaler Parteien handelt und die Beispiele von EVP und ELDR zeigen, daß Einzelmitgliedern lediglich Informationen und Einladungen angeboten werden können. Zudem wird die Befürchtung geäußert, daß solche Mitglieder in der europäischen Partei innerhalb ihrer nationalen Parteien einen europhilen Flügel bilden könnten.¹²⁸⁷ Dies resultiert sicherlich auch aus den (in der historischen Entwicklung aufgezeigten) zahlreichen Initiativen sozialdemokratischer Europapolitiker zur Fortentwicklung der Kooperation, die seitens der nationalen Parteiführungen unterbunden worden sind. (III.2.1.2., 3.)

Über alle Anträge auf Mitgliedschaft entscheidet abschließend der Kongreß. In dem Zeitraum zwischen zwei Kongressen kann das Präsidium mit qualifizierter Mehrheit die vorläufige Aufnahme beschließen, die jedoch vom Kongreß (mit gleicher Mehrheit) bestätigt

¹²⁸⁶ Art. 2 der SPE-Satzung nennt als Vereinigungen der SPE nur den Ständigen Frauenausschuß und die Jugendorganisation ECOSY.

¹²⁸⁷ Daß sich die SPE mit dieser Frage allerdings befaßte, zeigt eine Umfrage auf ihrer Homepage (26.05.2004): „Sollte die SPE eine individuelle Mitgliedschaft ermöglichen?“ Mit „Ja“ stimmten 85,1%, mit „Nein“ 10,6% und „Ich weiss nicht“ klickten 4,3% der Teilnehmer an. Es sind keine Angaben über die Teilnehmerzahl verfügbar. Nach: SPE: Homepage.

werden muß. „Das Suspendierungsverfahren der Mitgliedschaft entspricht dem des Aufnahmeverfahrens.“¹²⁸⁸

Die SPE definiert ihre *Vollmitglieder* aufgrund von zwei Kriterien: Zum einen müssen sie der Sozialistischen Internationale angehören und zum anderen in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union beheimatet sein. Nach Art. 2 Abs. 1 der Satzung haben sie darüber hinaus diese zu akzeptieren. Auf die dort festgelegten Rechte der Mitglieder in den einzelnen Gremien der SPE wird im folgenden Abschnitt eingegangen. Unmittelbar vor der EU-Erweiterung im Mai 2004 führte Annex 2 der Satzung 20 Mitgliedsparteien auf.

Mitgliedsparteien

Name	Mitglied	Land
Parti Socialiste (PS) ¹²⁸⁹	01.1957	Belgien
Socialistische Partij (SP)	01.1957	Belgien
Socialdemokratiet (SD)	04.1973	Dänemark
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	01.1957	Deutschland
Suomen Sosialidemokraattinen Puolue (SDP)	11.1992	Finnland
Parti Socialiste (PS) ¹²⁹⁰	01.1957	Frankreich
Πανελληνιο Σοσιαλιστικό Κίνημα (PASOK)	02.1989	Griechenland
Labour Party (LP) ¹²⁹¹	01.1976	Großbritannien
Social Democratic and Labour Party (SDLP)	01.1976	Großbritannien
Labour Party (LP-IRL)	04.1973	Irland
Democratici di Sinistra (DDS)	11.1992	Italien
Socialisti Democratici Italiani (SDI)	01.1957	Italien
Parti Ouvrier Socialiste Luxembourgeois (POSL)	01.1957	Luxemburg
Partij van de Arbeid (PvdA)	01.1957	Niederlande
Det Norske Arbeiderparti (DNA)	11.1993	Norwegen
Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ)	02.1990	Österreich
Partido Socialista (PS)	01.1979	Portugal
Sveriges Socialdemokratiska Arbetareparti (SAP)	11.1992	Schweden
Partido Socialista Obrero Español (PSOE)	01.1979	Spanien
Kinima Sosialdemokraton (KISOS)	03.1995	Zypern

Quellen: Hix/Lesse 2002: 109f.; SPE: Homepage; SPE-Sekretariat.

Die Beitrittsdaten unterstreichen ein weiteres Mal die Kontinuität mit den Vorgängerorganisationen der SPE. Dadurch, daß sie ihre Mitgliedschaften seit der Gründung des Verbindungsbureaus im Januar 1957 durchgehend führt, wird die parallele Erweiterung der sozialdemokratisch-sozialistischen Zusammenschlüsse mit denjenigen der EG/EU deutlich: Mit Ausnahme von Neugründungen sind die Mitgliedsparteien der ersten Erweiterung von 1973 wenige Monate nach dem Beitritt ihrer Länder zur Europäischen Gemeinschaft in den damaligen Parteienzusammenschluß aufgenommen worden. Die Parteienentwicklung nach den Diktaturen in den Ländern der Süderweiterung spiegelt sich ebenso in den Beitrittsdaten zum Bund wider wie die frühe Aufnahme von Parteien aus den Ländern der „Norderweiterung“ auf die dort konsolidierten Parteiensysteme schließen läßt. Im Zuge dieser Entwicklung führte die frühe Einbindung der Parteien aus Finnland, Österreich und Schweden auch zur Vollmitgliedschaft der norwegischen Arbeiterpartei, obwohl sich ihr Land gegen den Beitritt zur Europäischen Union aussprach.

¹²⁸⁸ SPE-Satzung Art. 3.

¹²⁸⁹ Die Parti Socialiste Belge (PSB) spaltete sich im November 1978 in PS und SP.

¹²⁹⁰ Bis Mai 1969 war das französische Mitglied im Laison Bureau die Section Française International Ouvrière (SFIO).

¹²⁹¹ Obwohl sie seit 1973 Mitglied waren, beteiligten sich die britische Labour Party und die Nordirische SDLP erst ab 01.1976 an der Arbeit im Bund.

„Die Sozialdemokratische Partei Europas bezieht in ihre Tätigkeiten“¹²⁹² *assoziierte Parteien* mit ein. Diesen Status können Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale aus EU-Beitrittsländern, den EFTA-Mitgliedstaaten oder aus Ländern, die ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union abgeschlossen haben, beantragen. Die assoziierten Parteien werden zu den Kongressen und Bureau-Sitzungen eingeladen, besitzen allerdings kein Stimmrecht. Im April 2004 waren folgende Parteien mit der SPE assoziiert:

Assoziierte Mitglieder

Name	Beobachter	Assoziiert	Land
Български Социалдемократи (BSPD)			Bulgarien
Българска Социалистическа Партия (BSP)			Bulgarien
Sotsiaaldemokraatlik erakond (SDE)*	03.1998	03.1999	Estland
Socijal Demokratska Partija Hrvatske (SDP)			Kroatien
Latvijas Socialdemokratiska Stradnieku Partija (LSDSP)*	03.1998	03.1999	Lettland
Lietuvos Socialdemokratu Partija (LSDP)*	03.1998	03.1999	Litauen
Partit Laburista (MLP)*	03.1980	03.1999	Malta
Социјалдемократски сојуз на Македонија (SDSM)			Mazedonien
Sojusz Lewicy Demokratycznej (SLD)*		03.1999	Polen
Unia Pracy (UP)*		03.1999	Polen
Partidul Democrat (PD)	03.1998	03.1999	Rumänien
Partidul Social Democrat Român (PSD)	03.1998	03.1999	Rumänien
Sozialdemokratische Partei der Schweiz	–	02.1990	Schweiz
Strana Demokratickej Lavice (SDL)*		03.1999	Slowakei
Socialnodemokraticka Strana Slovenska (SDSS)*		03.1999	Slowakei
Zdruzena Lista Socialnih Demokratov (ZLSD)*	1995	03.1999	Slowenien
Ceská strana sociálne demokratická (CSSD)*	1995	03.1999	Tschechien
Cumhuriyet Halk Partisi (CHP)	02.1990		Türkei
Magyar Szocialista Demokrata Párt (MSZP)*			Ungarn
Magyar Szocialista Párt (MSZP)*	1995	03.1999	Ungarn

Quellen: Hix/Lesse 2002: 110; SPE: Homepage; SPE-Sekretariat.

Im Zuge des Beitrittes ihrer Länder zur Europäischen Union im Mai 2004 sind alle gekennzeichneten („*“) Parteien als Vollmitglieder in die SPE aufgenommen worden. Damit blieb die SPE ihrem Erweiterungskonzept treu, das sich in den homogenen Daten widerspiegelt: Nachdem Parteien aus Mittel- und Osteuropa in zwei Wellen (1995 und 1998) als Beobachter aufgenommen worden waren, beförderte die SPE im März 1999 elf von ihnen *en bloc* zu assoziierten Mitgliedern.

Gemäß Art. 2 der Satzung haben sie dadurch „das Recht an Sitzungen teilzunehmen, zu denen sie eingeladen werden. Sie haben kein Stimmrecht, aber ein Initiativrecht.“¹²⁹³ Neben dem Kongreß (zu dem jede assoziierte Partei fünf Delegierte entsendet),¹²⁹⁴ dem Parteirat (zwei Vertreter pro assoziierte Partei)¹²⁹⁵ und dem Präsidium (ein Vertreter von jeder assoziierten Partei)¹²⁹⁶ gilt dies auch für die Konferenz der Parteivorsitzenden (zu der mindestens einmal pro Jahr die Parteivorsitzenden der assoziierten Parteien eingeladen werden)¹²⁹⁷ und

¹²⁹² SPE-Satzung Art. 2.

¹²⁹³ Vgl. auch: SPE-Satzung Art. 8 Abs. 3: Die „assoziierten Parteien [...] können dem Kongress Vorschläge vorlegen und diese dort vertreten.“

¹²⁹⁴ Vgl.: SPE-Satzung Art. 10 Abs. 2.

¹²⁹⁵ Vgl.: SPE-Satzung Art. 15.

¹²⁹⁶ Vgl.: SPE-Satzung Art. 17 Abs. 2.

¹²⁹⁷ Vgl.: SPE-Satzung Art. 23.

das Koordinierungskomitee (Vertreter der assoziierten Parteien können eingeladen werden).¹²⁹⁸

„Sozialdemokratische und sozialistische Parteien aus anderen europäischen Ländern [die keinen Mitgliedschaftsantrag an die EU gestellt oder ein Assoziierungsabkommen abgeschlossen haben bzw. zur EFTA gehören] können *Beobachterparteien* werden.“¹²⁹⁹ Als einziger Mitgliedschaftstypus der SPE ist damit der Beobachterstatus nicht an die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale gebunden. Nachdem die meisten mittel- und osteuropäischen Parteien, die heute Vollmitglieder sind, ab 1995 über den Beobachterstatus und die Assoziation in die Sozialdemokratische Partei Europas integriert worden sind, ist die Liste der Beobachterparteien in den letzten Jahren immer kürzer geworden.

Beobachter Mitglieder

Name	Beobachter	Land
Partit Socialdemòcrata		Andorra
Alþýðuflokkurinn – Jafnaðarmannaflokkur Íslands ¹³⁰⁰	05.2001	Island
erparteiArbeit	11.1992	Israel
Meretz		Israel
Partito Socialista Sammarinese (PSS)	11.1992	San Marino

Quellen: Hix/Lesse 2002: 110; SPE: Homepage; SPE-Sekretariat.

Die Satzungsbestimmung hinsichtlich der „europäischen Länder“ (Art. 2), in denen die Beobachterparteien beheimatet sein müssen, legte die SPE politisch und nicht geographisch aus. Mit der Einbindung der türkischen Sozialdemokraten setzten sie bereits frühzeitig ein Signal zur Integration des Landes in die Europäische Union. Damit grenzte sich der Bund insbesondere von der EVP ab, die bis Ende der neunziger Jahre eine vertiefte Kooperation mit der Türkei, die über das 1964 abgeschlossene Assoziierungsabkommen und wirtschaftliche Beziehungen hinausgeht, verhindert hatte. (III.1.3.3.)

Ebenso wie die assoziierten Parteien können die Beobachter auf „Konsultationsbasis“¹³⁰¹ an den Sitzungen teilnehmen, zu denen sie eingeladen werden. Laut Satzung ergehen Einladungen zum Kongreß (zwei Delegierte von jeder Partei),¹³⁰² zum Parteirat (ein Vertreter pro Partei)¹³⁰³ und zum Koordinierungskomitee (keine näheren Bestimmungen)¹³⁰⁴ an die Beobachterparteien.

Wie bereits erwähnt gehören zur Sozialdemokratischen Partei Europas neben den nationalen Mitgliedsparteien der drei Typen auch die SPE-Fraktion im Europäischen Parlament, der Ständige Frauenausschuß der SPE und die Jugendorganisation ECOSY. Auf die beiden letzteren, die ihren hervorgehobenen Status im November 1993 bzw. Juni 1997¹³⁰⁵ per Satzungsänderungen erhielten, wird in dem Abschnitt über die Vereinigungen gesondert eingegangen. Das Verhältnis zwischen der SPE und ihrer Fraktion im EP hingegen soll im Rahmen der Ermittlung von Möglichkeiten zur Politikgestaltung untersucht werden.

Trotz ihrer gemeinsamen Wurzeln und der mittlerweile 140jährigen Kooperation verfolg(t)en die Mitgliedsparteien der SPE zum Teil konträre politische Ziele. Diese traten bei der Politikformulierung seit der I. Sozialistischen Internationale auf und konnten in dem Kapitel über die historische Entwicklung bis in die Gegenwart weiterverfolgt werden. (III.2.1.5.) Bevor die Willensbildungsverfahren und später die Programmatik selbst untersucht werden, erlauben bereits die Bestimmungen zur Mitgliedschaft erste Rückschlüsse auf die

¹²⁹⁸ Vgl.: SPE-Satzung Art. 26.

¹²⁹⁹ SPE-Satzung Art. 2.

¹³⁰⁰ Der Bund nahm Alþýðuflokkurinn im Februar 1990 als assoziierte Partei auf, stufte sie jedoch später wieder zurück zur Beobachterpartei.

¹³⁰¹ SPE-Satzung Art. 2.

¹³⁰² Vgl.: SPE-Satzung Art. 10 Abs. 2.

¹³⁰³ Vgl.: SPE-Satzung Art. 15.

¹³⁰⁴ Vgl.: SPE-Satzung Art. 26.

¹³⁰⁵ Vgl.: Hix/Lesse 2002: 94, 114.

Bereitschaft der nationalen Parteien zur Abgabe von Souveränität zu ziehen. Dabei ist hervorzuheben, daß die SPE-Satzung eine „Sicherung“ aufweist, um einer Eigendynamik der Europapolitiker vorzubeugen und die Kontrolle über den Parteienzusammenschluß bei den nationalen Parteiführungen zu erhalten: Das Letztentscheidungsrecht über die Aufnahme neuer Mitglieder ist dem Kongreß vorbehalten, in dem die nationalen Parteien eine stärkere Kontrolle als im Präsidium ausüben können. (III.2.2.3.)

Hinsichtlich der Mitgliederstruktur der SPE ist zunächst zusammenzufassen, daß in ihr bis heute die beiden prägenden Faktoren ihrer historischen Entwicklung (III.2.1.5.) auszuma-chen sind: die Sozialistische Internationale und die Europäischen Gemeinschaften.

Vor dem Hintergrund ihres an der SI orientierten Mitgliederkreises und der Sorge der nationalen Parteien vor einer Verselbständigung des Integrationsprozesses ist aus der Untersuchung der SPE-Mitgliedschaftstypen folgendes festzuhalten: Zwar haben einigen SPE-Mitgliedsparteien den Grundsatz der Gleichheit aller Menschen (I.1.1.) in ihren Strukturen zugunsten gewerkschaftlicher Verflechtungen nicht konsequent umgesetzt (I.3.2.; auch ihr Verbund unterhält enge Kontakte zum Europäischen Gewerkschaftsbund). In ihrem europäischen Zusammenschluß sind die nationalen Parteien jedoch prinzipiell gleichberechtigt. Dabei wurde bewußt auf jegliche Form von Individualmitgliedschaften verzichtet, sondern die Sozialdemokratische Partei Europas ausschließlich als Verbund nationaler Parteien angelegt.

Im Rahmen der Sozialistischen Internationale ist dieser europäische Parteienzusammenschluß so konzipiert, daß (außer den Norwegern) nur diejenigen Parteien an Entscheidungen beteiligt sind, deren Länder auch entsprechende Mitentscheidungsrechte in den europäischen Institutionen besitzen. Es partizipieren folglich (fast) nur Entscheidungsbetroffene an der Entscheidungsbildung. (I.1.1.) Damit ist – nach der Legitimität (III.2.2.1.) – auch die zweite Voraussetzung für die Vermittlung von Legitimation von der Sozialdemokratischen Partei Europas erfüllt.

2.2.3. Gremien und ihre Willensbildung

Die SPE-Satzung spricht nicht, wie diejenigen der anderen europäischen Parteien, von Organen, sondern von Gremien. Während als „Organe“ in der EU vornehmlich Entscheidungsinstitutionen definiert werden, bezeichnen „Gremien“ in der Regel beratende Einrichtungen mit geringeren Kompetenzen.¹³⁰⁶ Diese Begrifflichkeit wurde bewußt gewählt, wie die allgemeinen Bestimmungen zur Willensbildung innerhalb der SPE zeigen: „In allen Gremien der SPE ist eine umfassende Übereinstimmung zwischen allen Mitgliedsparteien anzustreben, wobei alle Parteien vor der Beschlussfassung gehört werden sollen.“¹³⁰⁷ Gemäß Art. 6 der Satzung betrifft diese Vorgabe alle fünf Gremien der SPE: den Kongreß, den Parteirat, das Präsidium, die Konferenz der Parteivorsitzenden und das Sekretariat.

Der *Kongreß* als höchstes Gremium bestimmt die politischen Richtlinien.¹³⁰⁸ Die Satzung unterscheidet seinen Mitgliederkreis hinsichtlich der Delegierten mit und ohne Stimmrecht. Innerhalb der ersten Gruppe ist dabei zwischen Delegierten der Parteien und in der Satzung festgelegten Personen zu differenzieren, die *qua* Amt dem Kongreß angehören. Die Anzahl der Delegierten einer jeden Partei berechnet sich nach folgendem Verfahren: Basierend auf 50% der gewichteten Stimmen im Rat erhält zunächst jede Partei eine feste Anzahl

¹³⁰⁶ So werden das Europäische Parlament, der Rat der Europäischen Union und die Europäische Kommission als „Organe“ bezeichnet, darüber hinaus „verfügt die EU über eine Reihe anderer Gremien“ wie z.B. den Europäischen Bürgerbeauftragten, den Europäischen Datenschutzbeauftragten und Beratende Gremien (AdR, WSA). Nach: EU: Homepage.

¹³⁰⁷ SPE-Satzung Art. 7 Abs. 1.

¹³⁰⁸ Vgl.: SPE-Satzung Art. 8.

an Delegierten.¹³⁰⁹ „In den Ländern, in denen es mehr als eine Mitgliedspartei gibt, legen die betroffenen Parteien dem [entscheidungsbefugten] Präsidium einen Vorschlag über die Aufteilung der Delegierten zwischen ihren Parteien vor.“¹³¹⁰ Darüber hinaus entsendet jede Partei zu den Kongressen halb so viele Delegierte, wie ihr Mitglieder in der EP-Fraktion angehören. Als „Soll“-Bestimmung schreibt die SPE-Satzung darüber hinaus ein Frauenquorum von 40% der Delegierten vor.¹³¹¹ Des weiteren gehören dem Kongreß mit Stimmrecht die Mitglieder des Präsidiums der SPE, die stellvertretenden Vorsitzenden ihrer EP-Fraktion (einer von jedem Mitgliedstaat der EU) sowie jeweils zwei Delegierte des Ständigen Frauenausschusses und von ECOSY an.¹³¹²

Delegierte mit Konsultationsstatus sind die SPE-Mitglieder des Europäischen Parlaments, der Kommission und ggf. der Ratspräsident. Darüber hinaus werden auch die gesamten Vorstände des Ständigen Frauenausschusses und von ECOSY eingeladen (die anderen Vereinigungen entsenden lediglich jeweils zwei Delegierte). Der Fraktionsvorstand im Ausschuß der Regionen gehört ebenfalls vollständig mit Konsultationsrecht dem Kongreß an, während aus den Parlamentarischen Versammlungen des Europarates und der OSZE lediglich der Fraktionsvorsitzende und (sofern er der SPE angehört) der Präsident eingeladen werden. Wie bereits im Abschnitt über die Mitgliedstypen erwähnt, entsenden ferner die assoziierten Parteien jeweils fünf und die Beobachterparteien zwei Delegierte ohne Stimmrecht.¹³¹³ „Das Präsidium der SPE kann außerdem Vertreterinnen und Vertreter anderer Parteien oder Organisationen und Persönlichkeiten als Gäste zum Kongress einladen.“¹³¹⁴

In Analogie zu ihren Mitgliedstypen hat die SPE auch ihre Entscheidungsverfahren denjenigen der Europäischen Union angepaßt. Mit einer kurzen Unterbrechung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hatte sie sich stets zur Einstimmigkeit verpflichtet, nachdem die Sozialistische Internationale dies 1951 allen sozialistischen Organisationen vorgeschrieben hatte. Zwar sollen nach der heute gültigen Satzung der SPE politische Beschlüsse weiterhin, „wann immer es möglich ist, prinzipiell nach dem Grundsatz der Übereinstimmung gefasst werden. Falls [jedoch] keine Übereinstimmung erzielt werden kann, sollen Beschlüsse über politische Fragen, die im Rat der Europäischen Union mit Mehrheitsentscheidung entschieden werden, mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden.“¹³¹⁵ Im Zuge der jüngsten Satzungs-Novellen (insb. im Mai 2001) wurde jedoch die „opt out“-Möglichkeit nicht gestrichen, so daß Mitgliedsparteien nach wie vor erklären können, daß sie sich an Beschlüsse der SPE nicht gebunden fühlen.¹³¹⁶

Dem Kongreß kommen die beiden klassischen Funktionen von Parteitag zu: Personalentscheidungen und die Formulierung von Programmen. (I.2.4.) Die SPE wählt auf ihren Kongressen den Vorsitzenden und bestätigt die Mitglieder des Präsidiums. Daneben „beschließt sie Grundsatzklärungen und Empfehlungen an die Parteien, an das Präsidium und an die Parlamentarische Fraktion der SPE [und] ein Manifest für die Wahlen zum Europäi-

¹³⁰⁹ 15 Delegierte für Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien, 14 Delegierte für Spanien und Polen, 7 Delegierte für Rumänien, 6 Delegierte für die Niederlande, Griechenland, die Tschechische Republik, Belgien, Ungarn und Portugal, 5 Delegierte für Österreich, Schweden und Bulgarien, 4 Delegierte für Dänemark, Finnland, Irland, Norwegen, Litauen und die Slowakei, 2 Delegierte für Luxemburg, Zypern, Lettland, Slowenien, Estland und Malta.

¹³¹⁰ SPE-Satzung Art. 10 Abs. 1.II.

¹³¹¹ Vgl.: SPE-Satzung Art. 10 Abs. 1.II.

¹³¹² Vgl.: SPE-Satzung Art. 10 Abs. 1.III-V.

¹³¹³ Vgl.: SPE-Satzung Art. 10 Abs. 2.

¹³¹⁴ SPE-Satzung Art. 11.

¹³¹⁵ SPE-Satzung Art. 7 Abs. 3. SPE-Satzung Art. 7 Abs. 4: „Eine qualifizierte Mehrheit verlangt mehr als 75% der abgegebenen Stimmen.“ Damit liegt die Klausel für Entscheidungen im Kongreß sogar über derjenigen der Sozialistischen Internationale, die lediglich eine Zweidrittelmehrheit vorsieht; vgl.: SI-Statutes Art. 5 Abs. 1.

¹³¹⁶ Vgl.: SPE-Satzung Art. 7 Abs. 5.

schen Parlament“.¹³¹⁷ Mit qualifizierter Mehrheit verabschiedet der Kongreß darüber hinaus die Satzung der SPE und beschließt, wie oben erläutert, endgültig über die Aufnahme und den Status von Mitgliedsparteien und -organisationen.¹³¹⁸

Mindestens zweimal während jeder Legislaturperiode des Europäischen Parlaments tagt der Kongreß der SPE.¹³¹⁹ Er wird vom Präsidium einberufen, das auch über die Tagung außerordentlicher Kongresse entscheidet.¹³²⁰

Das höchste Gremium zwischen den Kongressen ist der im Mai 2001 eingeführte *Parteirat*. Er tritt in den Jahren zusammen, in denen kein Kongreß stattfindet. Einberufen wird er ebenfalls vom Präsidium der SPE,¹³²¹ dessen Mitglieder den Parteirat zusammen mit Delegierten der Mitgliedsparteien bilden. „Die Anzahl der Vertreter pro Mitgliedspartei beträgt 25% der Anzahl der Delegierten der jeweiligen Partei auf dem letzten SPE Kongress.“¹³²² Mit Konsultationsstatus gehört dem Parteirat eine Delegation der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament an, deren Größe 20 Prozent ihrer Mitglieder entspricht. Darüber hinaus entsendet jede assoziierte Partei zwei, jede Beobachterpartei einen und die SPE-Fraktion im Europarat ebenfalls einen Vertreter ohne Stimmrecht in den Parteirat. Ihm schreibt die Satzung vornehmlich die Aufgabe zu, Beschlüsse zu fassen, „die an die Mitgliedsparteien und -organisationen, das Präsidium, den Kongress und die Parlamentarische Fraktion der SPE weitergeleitet werden unter der Berücksichtigung, dass der Kongress das höchste Gremium der SPE ist.“¹³²³ Ferner ist der Parteirat befugt, personelle Veränderungen innerhalb des Präsidiums zu bestätigen, die allerdings nicht den Vorsitzenden betreffen dürfen.¹³²⁴

Als Nachfolger des Bureaus wurde im Mai 2001 das *Präsidium* institutionalisiert.¹³²⁵ Es setzt sich aus dem Vorsitzenden, seinen Stellvertretern (die gleichzeitig Vertreter ihrer Mitgliedspartei sind), je einem Vertreter jeder Mitgliedspartei (der vom Kongreß bestätigt werden muß), dem Generalsekretär, dem Fraktionsvorsitzenden im EP, der Vorsitzenden des Ständigen Frauenausschusses (oder ihrer Stellvertreterin), einem Vertreter von ECOSY sowie

¹³¹⁷ SPE-Satzung Art. 8 Abs. 1.

¹³¹⁸ Vgl.: SPE-Satzung Art. 8 Abs. 2.

¹³¹⁹ Kongresse der Sozialistischen Parteien bzw. ab 1974 des Bundes der Sozialdemokratischen Parteien in der EG: 1. Kongreß 01.1957 in Luxemburg, 2. Kongreß 06.1957 in Luxemburg, 3. Kongreß 10.1958 in Straßburg, 4. Kongreß 05.1960 in Straßburg, 5. Kongreß 11.1962 in Paris, 6. Kongreß 09.1964 in Rom, 7. Kongreß 11.1966 in Berlin, 8. Kongreß 06.1971 in Brüssel, 9. Kongreß 04.1973 in Bonn, 10. Kongreß 01.1979 in Brüssel, 11. Kongreß 03.1980 in Luxemburg, 12. Kongreß 11.1982 in Paris, 13. Kongreß 03.1984 in Luxemburg, 14. Kongreß 04.1985 in Madrid, 15. Kongreß 05.1987 in Cascais, 16. Kongreß 02.1989 in Brüssel, 17. Kongreß 02.1990 in Berlin. Kongresse der Sozialdemokratischen Partei Europas: 1. Kongreß 09./10.11.1992 in Den Hague, außerordentlicher Kongreß 05./06.11.1993 in Brüssel, 2. Kongreß 06.-08.03.1995 in Barcelona, 3. Kongreß 05.-07.06.1997 in Malmö, 4. Kongreß 01./02.03.1999 in Mailand, 5. Kongreß 07./08.05.2001 in Berlin, 6. Kongreß 23./24.04.2004 in Brüssel.

¹³²⁰ Vgl.: SPE-Satzung Art. 9.

¹³²¹ Vgl.: SPE-Satzung Art. 13.

¹³²² SPE-Satzung Art. 15.

¹³²³ SPE-Satzung Art. 14.

¹³²⁴ Vgl.: SPE-Satzung Art. 14.

¹³²⁵ Gleichzeitig wurde das Koordinierungskomitee eingerichtet: „Technical and organisational questions that had increasingly overburdened bureau meetings are now dealt within a completely new body, the Coordination Team, whose composition basically mirrors the Presidency. However, each member party is represented by its international secretary.“ Hix/Lesse 2002: 97f. Das Koordinierungskomitee ist kein Gremium der SPE, wird in der Satzung aber in einem eigenen Artikel (Nr. 26) behandelt: „Der/die Generalsekretär/in beruft Sitzungen eines Koordinierungskomitees ein, um über die Planung, Vorbereitung, das Follow-up und die Finanzierung der SPE Aktivitäten zu diskutieren. Das Koordinierungskomitee besteht aus einem Mitglied jeder Vollmitgliedspartei, der parlamentarischen Fraktion der SPE, dem Ständigen Frauenausschuss der SPE, ECOSY und der SPE Fraktion im Ausschuss der Regionen. Diese Sitzungen finden mindestens drei Mal jährlich statt. Der/die Generalsekretär/in kann zu diesen Sitzungen ebenfalls Vertreter/innen der assoziierten und Beobachter-Parteien und der anderen Organisationen einladen.“ Das Koordinierungsteam trifft sich in der Regel zwei bis drei Wochen vor dem Präsidium, um dessen Tagesordnung vorzubereiten.

einem Vertreter der SPE-Fraktion im Ausschuß der Regionen zusammen.¹³²⁶ Sie fällen „Beschlüsse über administrative und organisatorische Angelegenheiten [...] mit einfacher Mehrheit.“¹³²⁷ Hierzu zählen auch Personalentscheidungen. Ohne Stimmrecht gehören dem Präsidium ferner ein Vertreter von jeder assoziierten Partei (die auch vom Kongreß bestätigt werden müssen), ein SPE-Mitglied der Europäischen Kommission und ggf. der Präsident des Europäischen Parlaments (sowie vom Vorsitzenden eingeladene Persönlichkeiten) an.¹³²⁸

Das Präsidium ist einerseits dafür zuständig, „die Entscheidungen des Kongresses aus[zuführen und] die politischen Leitlinien der SPE zwischen den Kongressen“¹³²⁹ zu bestimmen. Andererseits wählt es aus den Reihen seiner Mitglieder die stellvertretenden Vorsitzenden, den Schatzmeister, den Generalsekretär (und seine Stellvertreter) und die beiden Rechnungsprüfer. Es verabschiedet darüber hinaus neben der Geschäftsordnung den jährlichen Finanzbericht und den jährlichen Haushalt und beschließt die Höhe der Mitgliedsbeiträge.¹³³⁰ Um die laufenden Angelegenheiten der Sozialdemokratischen Partei Europas zu erledigen muß es mindestens dreimal jährlich tagen.¹³³¹

Die *Konferenz der Parteivorsitzenden* tritt „am Vorabend der EU-Gipfelkonferenzen und wenn immer es notwendig erscheint“¹³³² zusammen. Ihr gehören die Vorsitzenden der Mitgliedsparteien und die SPE-Regierungschefs, der SPE-Vorsitzende, seine Stellvertreter und der Generalsekretär sowie der EP-Fraktionsvorsitzende und ggf. der Präsident des EP, zwei SPE-Kommissare und der Präsidenten der Sozialistischen Internationale an.¹³³³ Darüber hinaus kann der SPE-Vorsitzende „weitere führende Persönlichkeiten einladen. Wenn es notwendig ist, jedoch mindestens einmal pro Jahr lädt [er] auch die Parteivorsitzenden der assoziierten Parteien“¹³³⁴ ein. Formell kommt den Konferenzen der Parteivorsitzenden lediglich die Funktion zu, Entschließungen und Empfehlungen anzunehmen, die an die Gremien „der SPE weitergeleitet werden unter Berücksichtigung, dass der Kongress das höchste Gremium“¹³³⁵ ist.

Faktisch spielten diese Konferenzen jedoch seit den siebziger Jahren wiederholt eine wesentliche Rolle bei der Weiterentwicklung des Parteienzusammenschlusses. Im Abschnitt über die historische Entwicklung wurde die Tatsache bereits angesprochen, daß der Bund sich auf sein erstes Wahlprogramm erst nach einer Intervention der Parteivorsitzenden verständigen konnte. (III.2.1.3.) Wie aus der zunehmenden Häufigkeit dieser Zusammenkünfte hervorgeht,¹³³⁶ nutzen die Sozialdemokraten und Sozialisten seit der Regierungsübernahme in zahl-

¹³²⁶ Vgl.: SPE-Satzung Art. 17 Abs. 1.

¹³²⁷ SPE-Satzung Art. 7 Abs. 2.

¹³²⁸ Vgl.: SPE-Satzung Art. 17 Abs. 2, 3.

¹³²⁹ SPE-Satzung Art. 18; ausführend dazu: SPE-Satzung Art. 20.

¹³³⁰ Vgl.: SPE-Satzung Art. 19.

¹³³¹ Vgl.: SPE-Satzung Art. 16, der fortfährt: „Es muss einberufen werden, wenn 20% der Mitglieder eine Sitzung fordern. Dieser Forderung muss innerhalb von 10 Tagen nachgekommen werden.“

¹³³² SPE-Satzung Art. 22.

¹³³³ Vgl.: SPE-Satzung Art. 22.

¹³³⁴ SPE-Satzung Art. 23.

¹³³⁵ SPE-Satzung Art. 24.

¹³³⁶ Die Parteiführertreffen fanden statt: 11.1974 in Hague, 01.1976 in Helsingor, 06.1978 in Brüssel, 06.1979 in Brüssel, 04.1981 in Amsterdam, 06.1984 in Brüssel, 06.1985 in Rom, 10.1987 in Paris, 06.1988 in Rom, 11.1988 in Berlin, 06.1989 in Paris, 10.1989 in Mailand, 11.1989 in Lissabon, 03.1990 in Wien, 06.1990 in Dublin, 12.1990 in Madrid, 01.1991 in Brüssel, 06.1991 in Luxemburg, 12.1991 in Brüssel, 06.1992 in Lissabon, 10.1992 in Brüssel, 12.1992 in Edinburgh, 06.1993 in Kopenhagen, 09.1993 in Arrábida, 12.1993 in Brüssel, 06.1994 in Korfu, 12.1994 in Essen, 06.1995 in Valbonne, 11.1995 in Madrid, 12.1995 in Madrid, 09./10.03.1996 in Sintra, 28.03.1996 in Turin, 06.1996 in Florenz, 05.10.1996 in Budapest, 26.10.1996 in Dublin, 12.1996 in Dublin, 04.1997 in Hague, 05.1997 in Nordwijk, 06.1997 in Amsterdam, 10.1997 in Luxemburg, 12.1997 in Luxemburg, 03.1998 in London, 04.1998 in London, 06.1998 in Cardiff, 10.5.1998 in Wien, 10.24.1998 in Pörschach, 12.1998 in Wien, 01.1999 in Wien, 04.1999 in Brüssel, 06.2.1999 in Köln, 06.16.1999 in Brüssel, 06.29.1999 in Brüssel, 10.1999 in Tampere, 12.1999 Helsinki, 03.2000 in

reichen Ländern Ende der neunziger Jahre die SPE verstärkt zur Abstimmung ihrer Positionen. Im Zuge dieser Entwicklung erreichten die Funktionäre auf europäischer Ebene schließlich auch die Professionalisierung der Sozialdemokratischen Partei Europas.

Dieser Prozeß führte insgesamt dazu, daß die SPE im Frühjahr 2005 über eine weitgehend veränderte Binnenstruktur im Vergleich zu den Anfangsjahren des Bundes verfügt. Da das fünfte Gremium der SPE, ihr Sekretariat, im nachfolgenden Abschnitt behandelt wird,¹³³⁷ kann nun zur Bewertung der bisher untersuchten Gremien hinsichtlich ihrer Möglichkeiten zur Vermittlung von Legitimation übergegangen werden.

Dabei muß in einer Zusammenfassung zunächst festgestellt werden, daß die SPE weiterhin auf die Einmütigkeit von Entscheidungen in allen Gremien bedacht ist.¹³³⁸ Da auch nach den jüngsten Satzungenovellen die "opt out"-Option fortbesteht, sind ihre (Durchsetzungs-)Möglichkeiten zur Politikgestaltung eingeschränkt, wie noch zu zeigen sein wird. (III.2.2.6.)

Dem Kongreß der SPE sind die beiden klassischen Funktionen von Parteitag zugeschrieben, wobei er im Bereich der Personalentscheidungen lediglich den Vorsitzenden wählt, während die übrigen Präsidiumsmitglieder nur (nach der Wahl durch den Parteirat) bestätigt werden. Die Programmformulierung obliegt ihm dafür maßgeblich, explizit sind die Manifeste zu den Europawahlen erwähnt.¹³³⁹ Unter dem Aspekt der Legitimationsvermittlung für die Europäische Union ist zudem die Verknüpfung des Abstimmungsverfahrens mit demjenigen der EU positiv hervorzuheben: „Beschlüsse über politische Fragen, die im Rat der Europäischen Union mit Mehrheitsentscheidung entschieden werden, [sollen in der SPE] mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden.“¹³⁴⁰ Allerdings besteht auch hier die "opt out"-Option.

Der SPE-Rat ist eine Konstruktion, die einerseits hinsichtlich der Kompetenzen Eigenschaften eines (nationalstaatlichen Partei-)Vorstands aufweist, andererseits von seiner Zusammensetzung her ein Parteiführertreffen ist: Er wird u.a. aus dem SPE-Vorsitzenden und je einem Vertreter jeder Mitgliedspartei gebildet. Im Gegensatz zu nationalen Parteivorständen gehören diesem Gremium also nicht nur die gewählten Exekutivmitglieder an, sondern auch die Mitgliedsparteien über ihre Vertreter, die vom Kongreß bestätigt werden müssen. Damit haben sich die nationalen Parteien einen kontinuierlichen Einfluß auf die Tätigkeiten der SPE gesichert und einer Eigendynamik der europäischen Parteifunktionäre vorgebeugt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang das Abstimmungsverfahren, nach dem jedes Präsidiumsmitglied über eine Stimme verfügt und somit die größeren Parteien bei den von diesem Gremium durchgeführten Vorstandswahlen keine einflußreichere Position (wie bei der Wahl des Vorsitzenden im Kongreß) haben. Die SPE setzt also nicht die hierarchische Gliederung der nationalen Mitgliedsparteien auf der Gemeinschaftsebene fort. Vielmehr weist ihre Interpretation des Gleichheitsgrundsatzes vornehmlich Charakterzüge internationaler Organi-

Lissabon, 06.2000 in Porto, 10.2000 in Biarritz, 12.2000 in Nizza, 03.2001 in Stockholm, 06.2001 in Göteborg, 10.2001 in Gent, 12.2001 in Laeken, 03.2002 in Barcelona; nach: Hix/Lesse 2002: 115ff.

¹³³⁷ An dieser Stelle seien lediglich die diesbezüglichen Satzungsbestimmungen wiedergegeben:

VII. Das Sekretariat, Art. 25:

„Das Sekretariat führt die Beschlüsse der Gremien der SPE aus. Insbesondere ist es verantwortlich für:

- die Unterstützung der oder des Vorsitzenden,
- die Vorbereitung und die Organisation von Sitzungen,
- die Kontakte zu den Mitgliedsparteien und den erwähnten Organisationen und Institutionen,
- die Beziehungen zur Presse und den öffentlichen Medien,
- die Finanzverwaltung und die Buchhaltung,
- die Führung des Archivs,
- die Verteilung der Dokumente.

Die Generalsekretärin oder der Generalsekretär hat das Recht, auf den Sitzungen Vorschläge zur Durchführung der von der SPE gefassten Beschlüsse zu unterbreiten.“

¹³³⁸ Vgl.: SPE-Satzung Art. 7 Abs. 1.

¹³³⁹ Vgl.: SPE-Satzung Art. 8 Abs. 1.

¹³⁴⁰ SPE-Satzung Art. 7 Abs. 3.

sationen (II.1.1.) auf, indem sie ihre Mitglieder gleich behandelt anstatt demokratische Entscheidungsverfahren (I.3.3.) in dem europäischen Zusammenschluß anzuwenden.

Strukturell ist die Sozialdemokratische Partei mit der Europäischen Volkspartei vergleichbar: Sie verfügt über die gleichen Gremien bzw. Organe. Hinsichtlich der Beschlußfassung ist allerdings die SPE mit der Möglichkeit zum "opt out" weniger föderal organisiert als die EVP. Würden die Mitglieder diese Möglichkeit abschaffen und damit – wie die Nationalstaaten in der EU (II.2.4.) – einen Teil ihrer Souveränität aufgeben, besäße die SPE direkte Möglichkeiten der Politikgestaltung, die insbesondere aufgrund der Bindung des Abstimmungsverfahrens an das entsprechende Prozedere innerhalb der Europäischen Union legitimationsvermittelnd wirken würden. Solange die Mitgliedsparteien jedoch an ihrem Letztentscheidungsrecht festhalten, kann dieser europäische Parteienzusammenschluß lediglich der Koordinierung ihrer Arbeit und der Integration der beteiligten Parteien dienen.

2.2.4. Finanzierung und Infrastruktur

Dieser Untersuchungsabschnitt dient einerseits dazu, aus der Finanzierung der Sozialdemokratischen Partei Europas Rückschlüsse auf ihre Fähigkeit zur Legitimationsvermittlung vor dem Hintergrund der bisherigen Erkenntnisse zu ziehen; dabei sind vor allem ihre haushaltspolitischen Schwerpunkte, die Verteilung finanzieller Zuwendungen und die Transparenz des Budgets von Interesse. Mit der gleichen Intention ist andererseits ihre Infrastruktur hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit dieses Parteienzusammenschlusses zu betrachten.

Die Zuständigkeit für die Finanzverwaltung und die Buchhaltung der SPE liegt bei ihrem Sekretariat. Ihm sind dazu in der Satzung Aufgaben zugeschrieben, die sowohl der Unterstützung des Vorsitzenden als auch der Ausführung von Beschlüssen dienen: die Vorbereitung und die Organisation von Sitzungen, die Kontakte zu den Mitgliedsparteien und den nahestehenden Organisationen und Institutionen, die Beziehungen zur Presse und den öffentlichen Medien, die Führung des Archivs und die Verteilung der Dokumente.¹³⁴¹

Als Leiter des Sekretariats beruft der Generalsekretär die Sitzungen des Koordinierungskomitees ein, das „aus einem Mitglied jeder Vollmitgliedspartei, der parlamentarischen Fraktion der SPE, dem Ständigen Frauenausschuss der SPE, ECOSY und der SPE Fraktion im Ausschuss der Regionen“¹³⁴² besteht. Auf den mindestens dreimal jährlich stattfindenden Sitzungen ist „über die Planung, Vorbereitung, das Follow-up und die Finanzierung der SPE Aktivitäten zu diskutieren.“¹³⁴³

Den Rahmen für die Finanzierungsarten gibt dabei ebenfalls die Satzung vor: Wie „jährlich vom Präsidium nach einem Verteilerschlüssel festgesetzt“,¹³⁴⁴ finanziert sich die SPE durch die Beiträge ihrer Mitgliedsparteien (aller drei Typen) und ihrer parlamentarischen Fraktion, Zuschüsse von Verbänden und Organisationen, Spenden sowie den öffentlichen Mitteln aus dem Haushalt der Europäischen Union gemäß der Richtlinie für die europäischen politischen Parteien.

Damit hat die SPE einerseits die finanziellen Veränderungen infolge des im Februar 2004 in Kraft getretenen Parteienstatuts bereits in ihre Satzung aufgenommen; andererseits dürfen die Fraktionen des Europäischen Parlaments ihre Parteienzusammenschlüsse nicht mehr unterstützen, so daß die SPE diese Einnahmequelle aus ihrer Satzung streichen muß.

¹³⁴¹ Vgl.: SPE-Satzung Art. 25.

¹³⁴² SPE-Satzung Art. 26.

¹³⁴³ SPE-Satzung Art. 26.

¹³⁴⁴ SPE-Satzung Art. 27.

Im Gegensatz zu den anderen drei Parteienzusammenschlüssen stellte die SPE dem Autor ihre Budgets nicht zur Verfügung.¹³⁴⁵ Deshalb können Veränderungen in dem letzten Jahrzehnt nicht nachgezeichnet werden, sondern lediglich die Schwerpunkte des Jahres 2003 anhand des damaligen Haushaltsplans (nicht der tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben!) aufgezeigt werden.

Übersicht der Einnahmen¹³⁴⁶

	2003 (in €)
Mitgliedsparteien	418.500
Assoziierte Parteien	24.000
Beobachter Parteien	7.000
Mitglieder	449.500
EP-Fraktion	211.000
Zinsen	8.000
Summe	668.500

Alle Quellen dieses Abschnitts: Budget 2003.

Entgegen der wiedergegebenen Satzungsvorgabe rechnete die Sozialdemokratische Partei Europas für das Haushaltsjahr 2003 nur mit den Beiträgen ihrer Mitgliedsparteien und ihrer Fraktion im Europäischen Parlament. Sie hatte keine Zusagen für Zuschüsse von Verbänden und Organisationen, auch Spenden sind nicht ausgewiesen. Da „die Verwendung von Geldern des Europäischen Parlaments, die den politischen Fraktionen und den Abgeordneten bewilligt worden waren, durch die Parteibünde [vom EuGH] als nicht rechtmäßig erklärt“¹³⁴⁷ worden war, mußte die SPE ab 2004 ihre Einnahmen zu knapp einem Drittel aus einer anderen Quelle beziehen: Nach dem oben erläuterten Verteilungsschlüssel (II.1.5.) erhält sie seitdem anstelle der Fraktionszuwendungen Mittel aus dem Gemeinschaftshaushalt der Europäischen Union.

Die Verteilung der Mitgliedsbeiträge zwischen den Vollmitgliedern, Assoziierten und Beobachter Parteien ergibt sich aus der bereits im Jahr 2003 erfolgten Aufnahme nahezu aller Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale aus den heute 25 EU-Mitgliedstaaten: Seitdem haben nur noch Parteien aus Bulgarien, Kroatien, Mazedonien, Rumänien, der Schweiz und der Türkei den Assoziiertenstatus und fünf weitere denjenigen eines Beobachters bei der SPE. (III.2.2.2.)

Um die Überweisungen der nationalen Parteien rechtzeitig zu erhalten, hat die SPE in ihrer Satzung eine Sanktion festgeschrieben: „Mitglieder der SPE, die ihre Mitgliedsbeiträge nicht bis spätestens zum Ende des ersten Quartals des Haushaltsjahres bezahlt haben, verlieren das Recht, an Sitzungen der SPE teilzunehmen oder abzustimmen.“¹³⁴⁸ Durch diese eindeutige Bestimmung kann sie ihre Arbeitsfähigkeit kontinuierlich aufrechterhalten, wobei hervorzuheben ist, daß es sich beim Stimmenverlust um einen Automatismus handelt und nationale Parteien keinen politischen Einfluß auf entsprechende Entscheidungen ausüben können.

¹³⁴⁵ Der damalige Generalsekretär Antony Beumer übergab dem Autor die hier verwendete Haushaltsübersicht für das Jahr 2003.

¹³⁴⁶ Die Einnahmequellen der SPE veränderten sich in den zurückliegenden sechs Jahren nicht: Ihre Satzung in der Fassung von 1999 listete in Art. 31 die gleichen Einnahmequellen wie heute (außer natürlich den Mitteln aus dem Haushalt der Europäischen Union gemäß der Richtlinie für die europäischen politischen Parteien) auf.

¹³⁴⁷ Hrbeck 1987: 279.

¹³⁴⁸ SPE-Satzung Art. 28.

Übersicht der Ausgaben

	2003 (in €)
Personal	–
laufende Kosten der Geschäftsstelle	58.011
Kommunikation	71.000
Parteigremien	106.175
Projekte	255.888
Hilfen und Zuwendungen	115.000
Bankgebühren und andere Kosten	29.518
Europawahlen 2004	32.908
Summe	668.500

Die SPE plante, die ihr 2003 zur Verfügung stehenden Mittel ganz überwiegend in die politische Arbeit zu investieren. Da ihre Fraktion die dafür notwendige Infrastruktur zur Verfügung stellte, konnte sich diese europäische Partei auf Projekte zur Umsetzung ihrer Programmatik, die Unterstützung ihrer Vereinigungen, Tagungen ihrer Gremien und die Kommunikation konzentrieren.

Darüber hinaus ist in der Ausgabenübersicht aus dem Jahr 2003 der nicht bezifferte Posten „Personal“ auffällig, weil er auf die vollständige Finanzierung der Mitarbeiter in der SPE-Geschäftsstelle durch ihre EP-Fraktion schließen läßt. Für den Unterhalt des damals im Europäischen Parlament untergebrachten Büros der Sozialdemokratischen Partei Europas kam diese jedoch selber auf. Wie bereits im Haushaltsplan des Jahres 2003 aufgezeigt, plante die SPE für das Jahr 2004 die folgenden Ausgaben für ihre Angestellten ein:

Ausgaben für Personal (2004)

	2003	2004 (in €)
Praktikanten	–	10.000
Rekrutierung von neuem Personal		20.000
Gehalt von neuem Personal		25.000
Summe	–	55.000

Der große Posten „Rekrutierung von neuem Personal“ erklärt sich aus dem Umstand, daß die SPE für Anfang 2004 Kündigungen von mehreren Mitarbeitern erwartete. Diese waren als (offizielle) Angestellte der SPE-Fraktion und damit der Europäischen Union, auch wenn sie (faktisch) bei dem europäischen Zusammenschluß beschäftigt waren, steuerbefreit. Dieser Status änderte sich mit der Umwandlung der SPE in eine AISBL nach belgischem Recht, so daß seit 2004 auf die Einkommen der Angestellten die lokalen Abgaben gezahlt werden müssen. Da die SPE aber keine größeren Summen als zuvor ihre Fraktion für das Personal ausgeben konnte, sanken die Gehälter um den belgischen Steuersatz.

Im März 2005 arbeiteten neben dem Generalsekretär Philip Cordery die politischen Berater Alexandra Pardal, Yonnec Polet, Emma Reynolds und Bernard Tuyttens sowie Frida Lopez und Veronica Paurici als Assistentinnen in der Geschäftsstelle.

Ausgaben für laufende Kosten der Geschäftsstelle

	2003 (in €)
Büromaterialien	10.000
Telekommunikation	500
Kontoführungsgebühren	3.511
Pressesubskriptionen	2.000
Vertretungsvollmachtung des Generalsekretärs	1.000
Ausgaben des Präsidenten und seiner Stellvertreter	40.000
verschiedene laufende Kosten	1.000
Summe	58.011

Wie bereits erwähnt, ermöglichte die SPE-Fraktion ihrem Zusammenschluß logistische Vorteile. Dies verdeutlicht ein Hinweis in dem Haushaltsplan, der 2004 neben den laufenden Kosten für die Geschäftsstelle auch Mietzahlungen in Höhe von 200.000 Euro veranschlagte.

Ausgaben für Bankgebühren und andere Kosten

	2003 (in €)
Bankgebühren	500
Verluste durch Wechselkurse	500
andere Kosten	500
Rücklagenzahlungen	28.018
Summe	29.518

Der Haushaltsposten „Rücklagenzahlungen“ ist an dieser Stelle angeführt, da er Aufschluß über die Vorbereitungen der SPE auf den damals bevorstehenden Umzug ihrer Geschäftsstelle gibt. Nachdem diese nicht weiterhin in den Räumlichkeiten ihrer Fraktion (59, Rue Wiertz, Altiero-Spinelli-Gebäude Raum 4 H 356) untergebracht sein durfte, zog sie trotz der Rücklagen im Sommer zunächst zu einer ihrer belgischen Mitgliedsparteien. Erst im März 2005 hat sie eigene Büroräume in der Nähe des Europäischen Parlaments angemietet. Die neue Anschrift lautet: 13, Bd de l'Empereur, B-1000 Bruxelles.

Ausgaben für Kommunikation

	2003 (in €)
Publikationen	5.000
Presse	5.000
Internet	35.000
Jahrbuch	1.000
andere Kommunikationsmaterialien	5.000
SPE Policy Paper	20.000
Summe	71.000

Die Schwerpunkte im Bereich der Kommunikation zeigen, mit welchen Mitteln die SPE ihre Politik zu vermitteln suchte: Die Hälfte der Ausgaben investierte sie in einen informativen Internetauftritt, der bis zu den Wahlen im Juni 2004 stets aktuell war. Seit den personellen und logistischen Veränderungen infolge des Auszugs aus den Räumlichkeiten ihrer Fraktion veralten jedoch die bereit gestellten Informationen: Bis zum März 2005 hatte sie u.a. ihre neuen Repräsentanten in der Kommission noch nicht auf diesem Wege den Bürgern präsentiert. Da (zumindest 2003) für andere Veröffentlichungen vergleichsweise geringe Mittel eingeplant waren und das „Policy Paper“ (laut Haushaltsentwurf für 2004) nur auf den Europawahlkampf ausgerichtet war, verfügte die SPE Anfang 2005 nur über sehr wenige Möglichkeiten, mit ihrer Politik eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.

Ausgaben der Parteigremien

	2003 (in €)
Präsidentschaft	39.456
Konferenz der Parteivorsitzenden	50.000
Koordinierungskomitee	15.000
Parteirat	1.719
Summe	106.175

Wie für den (im Posten laufende Kosten der Geschäftsstelle angesiedelten) Präsidenten und seine Stellvertreter (40.000 €) beliefen sich die Ausgaben für die Präsidentschaft und die Konferenz der Parteivorsitzenden auf ähnliche Summen. Daß die vorbereitenden Treffen des Koordinierungskomitees geringere Mittel benötigen, ist ebenfalls nachvollziehbar. Der Parteirat muß laut Satzung in den Jahren zusammentreten, in denen kein Kongreß stattfindet;

(III.2.2.3.) somit mußte er im Jahr 2003 tagen. Daß sich die Sitzung dieses Gremiums mit 1.719 Euro ausrichten läßt, kann nur durch andere Finanzierungsarten (Nutzung von Räumlichkeiten z.B. des EP, Tagungsbeiträge, Sponsoring etc.) erklärt werden.

Ausgaben für Projekte

	2003 (in €)
Ökonomische Koordinationsgruppe	10.265
Kampagnen Arbeiterpartei [zu Europawahlen]	[12.907]
Dialog mit Moslems	10.000
Populistische Rechte	5.000
Arbeitsgruppe Innen- und Justizpolitik	10.000
Dialog mit den US Demokraten	27.000
Kongreß	53.559
Sommer Universität	15.000
SE Europe Network	25.000
Globalisierung	90.063
Projekte des SPE-Arbeitsplans	245.888
andere Aktivitäten	10.000
Summe	255.888

Anschaulicher als die EVP und die ELDR stellte die SPE 2003 ihre politischen Schwerpunkte und entsprechende projektbezogene Ausgaben im Haushalt heraus. Nahezu ein Drittel der gesamten politischen Projektmittel waren damals für die Thematisierung der Globalisierung eingeplant, während andere Themen mit jeweils ca. 10.000 € gleichberechtigt behandelt wurden: Wirtschaft, Arbeiterfragen,¹³⁴⁹ Innen- und Justizpolitik und Dialoge mit Moslems und den US-Demokraten (durch die Reisekosten für die Zusammenkünfte mit letzteren war dieser Posten höher veranschlagt). Für Projekte zu Rechtsextremismus plante die SPE nur halb soviel Geld ein. Die genannten Projektmittel wurden explizit gemäß dem SPE-Arbeitsplan ausgegeben, der sich lediglich mit der Innen- und Justizpolitik in einem Bereich unmittelbar mit der Europäischen Union beschäftigt hat. Für andere Aktivitäten, die nicht direkt der Umsetzung von SPE-Beschlüssen dienten, standen 2003 nur 10.000 Euro zur Verfügung.

Ausgaben für Hilfen und Zuwendungen

	2003 (in €)
ECOSY	90.000
SPE Frauenausschuß	15.000
SPE Senioren	5.000
Reisekostenhilfefond	5.000
Summe	115.000

Die Sozialdemokratische Partei Europas hat ihre Jugendorganisation in finanzieller Hinsicht deutlich gegenüber den anderen anerkannten Vereinigungen bevorzugt. Die Diskrepanz ist vor dem Hintergrund der Privilegierung von ECOSY und des Frauenausschusses in den Gremien besonders auffällig, da diese rechtlich gleich behandelt werden. (III.2.2.5.)

Die Satzungsbestimmungen der SPE und deren Umsetzung weisen im Finanzbereich durchgehend Transparenz, demokratische Verfahren und auch Kontrollmöglichkeiten auf: Die Haushaltsführung der SPE unterliegt der externen Kontrolle von Rechnungsprüfern, deren Ergebnisse jährlich veröffentlicht werden.¹³⁵⁰ Mit Inkrafttreten des Parteienstatuts kann die

¹³⁴⁹ Die Kampagne „Arbeiterpartei“ war im Rahmen des Europawahlkampfes angesiedelt, sie ist hier nur zum Vergleich angeführt (ohne in die Berechnung einbezogen worden zu sein).

¹³⁵⁰ Vgl.: SPE-Satzung Art. 27.

SPE zudem an Unabhängigkeit gewinnen, nachdem sie bislang in Ermangelung ausreichender Eigenmittel von ihrer Fraktion im Europäischen Parlament abhängig war.¹³⁵¹

Dies führte in den achtziger Jahren dazu, daß der „Bund“ kein eigenes Mitteilungsorgan besaß, sondern sich der Zeitschrift EUSO („Europäische Sozialisten“) seiner Fraktion bedienen mußte.¹³⁵² Dieser Mangel konnte erst in den neunziger Jahren sukzessive behoben werden, ist jedoch infolge der finanziellen und logistischen Veränderungen seit dem Sommer 2004 erneut zutage getreten: Die Möglichkeiten der SPE, mit ihrer Politik die Bürger zu erreichen sind infolge der beiden Umzüge ihrer Geschäftsstelle und offensichtlich mangelnden Ressourcen für aktuelle Informationen (insbesondere über das Internet) seit den jüngsten Europawahlen stark eingeschränkt worden.

Nach einer zu erwartenden Phase der Einarbeitung infolge struktureller und personeller Veränderungen erlaubt die Situation der Finanzen und Infrastruktur jedoch angesichts der ggf. mit Sanktionen forcierten Einkassierung der Mitgliedsbeiträge und der langfristig gesicherten Finanzierung über den Haushalt der Europäische Union und einen positiven Ausblick auf ihre weitere Entwicklung.

2.2.5. Der Ständige Frauenausschuß, ECOSY und die weiteren Vereinigungen

Die Sozialdemokratische Partei Europas hat sieben Vereinigungen offiziell anerkannt; sie sind in zwei Gruppen einzuteilen: Wie bereits angesprochen, unterscheiden sich die Rechte der Frauen- und Jugendorganisationen wesentlich von denjenigen der übrigen fünf: der Regionalen und Lokalen Sozialistischen Vereinigung, der Föderation der Pensionär/innen, der Nordischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung (SAMAK), der Internationalen Union der Sozialdemokratischen Lehrer/innen (IUSDT) und dem Europäischen Forum für Demokratie und Solidarität.¹³⁵³

Die seit 1993 bzw. 1998 hervorgehobene Position des Ständigen Frauenausschusses und von ECOSY ist in der Satzung der SPE verankert. Im Gegensatz zu den übrigen Vereinigungen leitet sich ihr Mitgliederkreis in Analogie zur SPE ebenfalls von demjenigen der SI ab: „Die Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale in den EU Mitgliedstaaten sind, sofern sie die Statuten der SPE akzeptieren, *ex officio* Mitglieder [... von] dem Ständigen Frauenausschuß der SPE [und] ECOSY“.¹³⁵⁴

Beide Vereinigungen sind in den Gremien der SPE, wie im entsprechenden Abschnitt ausgeführt, repräsentiert. (III.2.2.3.) An dieser Stelle sei dies noch einmal summarisch aufgelistet: Im Kongreß haben der Ständige Frauenausschuß der SPE und ECOSY jeweils 2 Delegierte mit Stimmrecht¹³⁵⁵ und die Vorstände werden vollständig als Delegierte mit Konsultationsstatus eingeladen.¹³⁵⁶ Mitglieder des Präsidiums mit Sitz und Stimme sind die Vorsitzenden des Ständigen Frauenausschusses (oder ihre Stellvertreterin) und ein Vertreter von ECOSY.¹³⁵⁷ Dem Koordinierungskomitee gehört je ein Mitglied der beiden privilegierten Vereinigungen an.¹³⁵⁸

¹³⁵¹ Vgl.: Hrbek 1982: 351f.

¹³⁵² Vgl.: Hrbek 1981: 260.

¹³⁵³ Vgl.: SPE-Satzung Art. 2; SPE-Satzung Annex 5.

¹³⁵⁴ SPE-Satzung Art. 2; vgl. auch: SI-Statutes Art. 3: Composition of the Socialist International, 3.4 Fraternal Organisations “namely the Socialist International Women (SIW), the International Union of Socialist Youth, and the International Falcon Movement/Socialist Educational International (IFM/SEI), which shall have the right to speak and to vote.”

¹³⁵⁵ Vgl.: SPE-Satzung Art. 10 Abs. 1.V.

¹³⁵⁶ Vgl.: SPE-Satzung Art. 10 Abs. 2.

¹³⁵⁷ Vgl.: SPE-Satzung Art. 17 Abs. 1.

¹³⁵⁸ Vgl.: SPE-Satzung Art. 26.

Die Sonderstellung des *Ständigen Frauenausschusses der SPE*, wie sich die Frauenvereinigung der Sozialdemokratischen Partei Europas nennt, ist in der SPE-Satzung funktional begründet: „Die SPE fördert die demokratische Gleichberechtigung und strebt daher die interne Gleichstellung und die paritätische Vertretung von Frauen und Männern in ihren Gremien und Sitzungen an. Der ‚Ständige Frauenausschuss der SPE‘ besteht aus den Vertreterinnen aller Mitgliedsparteien. Seine Aufgabe besteht darin, die frauenpolitischen Ziele im Rahmen der Ziele der SPE zu formulieren und umzusetzen.“¹³⁵⁹

Dementsprechend ist in der Satzung der offiziell „SPE-Frauen“¹³⁶⁰ abgekürzten Vereinigung bestimmt, daß in ihrem oberstem Organ, dem „PES Women’s Standing Committee“, Frauen aus allen SPE-Mitgliedsparteien vertreten sein sollten. Dieser (für die Vereinigung namensgebende) Ausschuß wählt auf zweieinhalb Jahre ein maximal zehnköpfiges Bureau, eine Präsidentin, ihre Stellvertreterinnen und die Vertreterinnen in der SPE.¹³⁶¹

Die Stimmenverteilung für diese Wahlen erfolgt dabei nicht nach einem proportionalen System: Die Repräsentantinnen eines jeden SPE-Vollmitglieds haben ebenso eine Stimme wie die Vertreterinnen von ECOSY und der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament.¹³⁶² Ohne Stimmrecht laden die SPE-Frauen Repräsentantinnen der assoziierten Mitgliedsparteien der SPE, die SPE-Mitglieder des Frauenausschusses des EP, der SI und des „CEE Network for Gender Issues“ zu ihren Ausschußsitzungen ein.¹³⁶³

Der Frauenausschuß legt den Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Vertretung von geschlechtsspezifischen Fragen und die Repräsentation von Frauen in den SPE-Gremien. Daß er darüber hinaus nicht auf die Vermittlung seiner Positionen gegenüber den Bürgern abzielt macht die praktisch inexistente Öffentlichkeitsarbeit deutlich: Es ist weder ein regelmäßiges Publikationsorgan noch eine eigene Internetpräsenz eingerichtet worden, so daß Informationen nur über die Frauenvereinigungen von SPE-Mitgliedsparteien zur Verfügung gestellt werden.

Ebenso wie für den Frauenausschuß hat die SPE-Satzung die hervorgehobene Stellung der *European Community Organisation of Socialist Youth* (ECOSY) funktional rechtfertigt: „Die SPE strebt an, die Teilnahme junger Menschen am politischen Leben auf allen Ebenen der Europäischen Union zu unterstützen. Die SPE verpflichtet sich, die interne Gleichstellung junger Menschen zu fördern und setzt sich für eine faire Vertretung junger Menschen in ihren Gremien und Sitzungen ein. ECOSY ist die Jugendorganisation der SPE. Sie umfasst die Mitglieder der sozialistischen/sozialdemokratischen Jugendorganisationen der EU. Sie wählt ihre Organe und bestimmt unabhängig ihre politische Haltung gemäß ihren Statuten.“¹³⁶⁴

ECOSY wurde im November 1992 in Den Hague gegründet. Seine Satzung definiert den Mitgliederkreis im Rahmen der beiden Bezugsorganisationen: der International Union of Socialist Youth (IUSY)¹³⁶⁵ und der Sozialdemokratischen Partei Europas, wobei sie sich explizit als Jugendorganisation letzterer versteht.¹³⁶⁶ Aus dieser Einbindung sind auch die Mitgliedertypologien von ECOSY abgeleitet: Vollmitglied¹³⁶⁷ kann jede europäische Organi-

¹³⁵⁹ SPE-Satzung Art. 4.

¹³⁶⁰ SPE-Frauen Satzung Art. 2.

¹³⁶¹ Vgl.: SPE-Frauen Satzung Art. 7, 8. Derzeit amtieren als Präsidentin: Zita Gurmai (HU) und die Vizepräsidentinnen: Anna Karamanou (EL), Inger Segelstrom (SE), Olga Zrihen (BE). Vgl.: PS (Belgien): Homepage; PvdA: Homepage.

¹³⁶² Vgl.: SPE-Frauen Satzung Art. 3.

¹³⁶³ Vgl.: SPE-Frauen Satzung Art. 4.

¹³⁶⁴ SPE-Satzung Art. 5.

¹³⁶⁵ „If a full member organisation ceases to be member of IUSY, its status in ECOSY is automatically changed to associate member.“ ECOSY-Satzung Art. 3 Abs. 2.2. Darüber hinaus kann eine Vereinigung ihre Mitgliedschaft verlieren, wenn der Kongreß mit Zweidrittelmehrheit den Ausschluß beschließt.

¹³⁶⁶ Vgl.: ECOSY-Satzung Art. 2 Abs. 1.

¹³⁶⁷ Mitglieder: Belgien: ANIMO, de spirit van jong links, Mouvement des Jeunes Socialistes; Dänemark: Danmarks Socialdemokratiske Ungdom; Deutschland: JungsozialistInnen in der SPD, Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken; Estland: Noored Sotsiaaldemokraadid; Finnland: Sosialidemokraattiset Nuoret

sation werden, die entweder der IUSY angehört oder die Jugendvereinigung einer SPE-Mitgliedsparterie ist.¹³⁶⁸ Die assoziierte Mitgliedschaft¹³⁶⁹ steht Organisationen offen, die innerhalb der Europäischen Union oder einem Beitrittsland aktiv sind¹³⁷⁰ und Beobachter¹³⁷¹ können alle weiteren Organisationen werden, sofern sie – wie bei den anderen beiden Typen auch – die gemeinsamen Ziele unterstützen und aufgenommen werden.¹³⁷² Neben diesen kollektiven Mitgliedschaftsarten sieht die Satzung von ECOSY die Individualmitgliedschaft vor.¹³⁷³ Darüber hinaus werden auf der Homepage zwei „permanent eingeladene Organisationen“¹³⁷⁴ genannt, die allerdings keinen Status innerhalb von ECOSY besitzen.

Die Jugendorganisation der SPE hat vier Gremien eingerichtet, die sich strukturell, aber nicht immer verfahrenstechnisch an denjenigen ihrer Mutterpartei orientieren. In dem Kongreß sind als oberstem Organ die Mitgliedsorganisationen vertreten,¹³⁷⁵ ihm kommen hauptsächlich die Funktionen der Vorstandswahl (und nicht nur des Vorsitzenden wie bei der SPE)¹³⁷⁶ und Programmformulierung¹³⁷⁷ zu. Entscheidungen hinsichtlich der EU-Politik sind für alle Mitgliedsorganisationen bindend, wenn sie mit einer Dreiviertelmehrheit vom Kongreß verabschiedet worden sind;¹³⁷⁸ eine „opt out“-Option wie die SPE kennt ECOSY nicht.

-
- Ry SNK, Sozialidemokraattiset Opiskelijat SONK; Frankreich: Mouvement des Jeunes Socialistes; Griechenland: Neolaia Pasok; Großbritannien: Labour Students, Young Labour, SDLP Youth Commission (Großbritannien/Nord-Irland); Irland: Labour Youth; Italien: Federazione dei Giovani Socialisti, Sinistra Giovanile; Litauen: Lithuanian Social Democratic Youth; Luxemburg: Jeunesses Socialistes Luxembourgaises; Malta: Labour Youth Forum; Niederlande: Jonge Socialisten in the PvdA; Österreich: Sozialistische Jugend Österreichs, Verband Sozialistischer StudentInnen; Polen: Federacja Młodych Socjaldemokratów, FMUP Polish Labour Youth; Portugal: Juventude Socialista; Schweden: Socialdemokratiska Studentförbundet, Sveriges Socialdemokratiska Ungdomsförbundet; Slowakei: MSD; Slowenien: Mladi Forum; Spanien: Juventudes Socialistas de España; Tschechien: Mladi Sociální Demokraté; Ungarn: Fiatal Baloldal; Zypern: NEOS; nach: ECOSY: Homepage.
- ¹³⁶⁸ Vgl.: ECOSY-Satzung Art. 3 Abs. 1.2. ECOSY-Satzung Art. 3 Abs. 2.1: “Full members have the right to participate in the Congress with the right to speak and the right to vote.”
- ¹³⁶⁹ Assoziierte Mitglieder: Bulgarien: Bulgarian Socialist Youth; Norwegen: Arbeidernes Ungdomsfylking; Polen: Young Socialists; Rumänien: TSD, Youth of Partidul Democrat; Schweiz: Schweizerische JungsozialistInnen; Ungarn: Szocialdemokrata Ijsusagi Mozgalom.
- ¹³⁷⁰ Vgl.: ECOSY-Satzung Art. 3 Abs. 1.3. ECOSY-Satzung Art. 3 Abs. 2.1: “Associate and observer members have the right to participate in the Congress with the right to speak.”
- ¹³⁷¹ Beobachter: International Union of Socialist Youth (IUSY); Albanien: Rinia Eurosocialiste e Shqipërisë, Social democratic Youth of Albania; Armenien: Armenian Youth Federation; Bosnien-Herzegowina: Social Democratic Youth Forum; Bulgarien: European Left Youth Alternative; Georgien: Union of Socialist Youth; Island: Ungir Jafnadarmann; Israel: Labour Young Leadership; Jugoslawien: SDY in SDP; Kroatien: Croatian Social Democratic Youth and MASH; Mazedonien: Social Democratic Youth of Macedonia; Rußland: Russia Social Democratic Union of Youth; San Marino: Movimento Giovanile Socialista Sanmarinese; Spanien: Joventud Socialista de Catalunya; Weißrußland: Bielorrussian Social Democratic Youth, Maladaja Hramada; Zypern: Democratic Movement of Cypriot Students; nach: ECOSY: Homepage; vgl. auch: ECOSY-Satzung Art. 3 Abs. 1.4.
- ¹³⁷² “Applications for full, associate and observer membership are to be sent to the ECOSY Secretariat. Serious deliberation should be taken with the other organisations of the country in which the organisation searching application is established. The Bureau is empowered to accept full, associate and observer members with a 2/3 majority. These decisions must be taken to the next Congress for ratification. The Bureau decides alone on individual membership.” ECOSY-Satzung Art. 3 Abs. 1.6.
- ¹³⁷³ Vgl.: ECOSY-Satzung Art. 3 Abs. 1.5. ECOSY-Satzung Art. 3 Abs. 2.1: “Individual members can gather in local groups. They are regularly informed of ECOSY activities and participate in promoting the aims of ECOSY.”
- ¹³⁷⁴ Dies sind zwei Organisationen aus Lettland: Jautnatness Socialdemokratiska Savieniba, Youth organisation of the Latvian Social Democratic Workers Party; nach: ECOSY: Homepage.
- ¹³⁷⁵ “There are 12 mandates per country. If several full member organisations are from the same country, they should share the mandates between them.” ECOSY-Satzung Art. 5 Abs. 1.4.
- ¹³⁷⁶ “The Congress ratifies the Bureau proposed by the member organisations. The Congress elects the President, Secretary General and Vice-Presidents.” ECOSY-Satzung Art. 5 Abs. 1.6.
- ¹³⁷⁷ Vgl.: ECOSY-Satzung Art. 5 Abs. 1.2, 3.
- ¹³⁷⁸ Vgl.: ECOSY-Satzung Art. 5 Abs. 1.8.

Das Bureau besteht laut Satzung aus mindestens drei Mitgliedern, von denen einer Belgier sein muß; maximal können die Organisationen aus jedem Land (einschließlich der assoziierten Mitglieder) zwei Mandate im Bureau wahrnehmen.¹³⁷⁹ Gegenwärtig hat ECOSY einen Mittelweg gewählt: Jede Organisation ist mit einem Mitglied vertreten, wodurch einige Länder über zwei, andere nur über eine Stimme in diesem Gremium verfügen. Diesem alle zwei Jahre zu wählenden Personenkreis kommt die Funktion zu, auf seinen halbjährlichen Sitzungen die Arbeit zwischen den Kongressen zu koordinieren. Dazu kann er inhaltlich Stellung zu aktuellen Fragen beziehen und Beauftragte für spezifische Themen ernennen.¹³⁸⁰

Das auf zwei Jahre gewählte Präsidium setzt sich aus dem Präsidenten, den sieben Stellvertretenden Präsidenten und dem Generalsekretär (dessen Unabhängigkeit gegenüber seiner Mitgliedsorganisation herausgestellt wird und dem die Aufgaben zukommen, die Arbeit von ECOSY im allgemeinen und insbesondere diejenige des Bureaus und des Präsidiums zu koordinieren und Entscheidungen zu implementieren) zusammen. Das Präsidium ist das höchste Vertretungsorgan von ECOSY und dazu ermächtigt, in Übereinstimmung mit den Entscheidungen von Kongreß und Bureau politische Aussagen zu veröffentlichen.¹³⁸¹

Die Programmatik der Jugendvereinigung ist grundsätzlich föderaler konzipiert als diejenige der SPE. Unter ihren politischen Zielen schreibt ECOSY: „We express our will to build a Europe based on a clear federalist political project.“¹³⁸² Diese Aussage hält im Verein mit der supranationalen Anlage ihrer Gremien zu einem positiven Resümee hinsichtlich der Möglichkeiten von ECOSY zur Vermittlung von Legitimation in der EU an: Daß der Kongreß als oberstes Organ den Vorstand wählt ist – angesichts der anderslautenden Bestimmungen der SPE – ebenso hervorzuheben, wie das Entscheidungsverfahren mit Zweidrittelmehrheit bei programmatischen Entscheidungen. Da die meisten Parteifunktionäre auf der nationalen und europäischen Ebene ehemals in ihren Jugendorganisationen aktiv waren, erlaubt die Supranationalität von ECOSY die Aussicht auf eine zukünftig föderalere Konzeption der SPE.

Die als *Regionale und Lokale Sozialistische Vereinigung* firmierende Vereinigung entspricht der Sozialistischen Fraktion im Ausschuß der Regionen.¹³⁸³ Sie ist von der Sozialdemokratischen Partei Europas rechtlich nicht durch einen speziellen Artikel auf dasselbe Niveau mit dem Ständigen Frauenausschuß und ECOSY gestellt worden,¹³⁸⁴ genießt aber deutlich mehr Rechte als die weiteren Vereinigungen: Sie wird an Präsidiumsbeschlüssen ebenso mit einer Stimme beteiligt wie die beiden herausgestellten Vereinigungen¹³⁸⁵ und der Vorsitzende der AdR-Fraktion besitzt als Kongreßdelegierter mit Konsultationsstatus¹³⁸⁶ Antragsrecht.¹³⁸⁷ Auf administrativer Ebene ist ein Vertreter¹³⁸⁸ der SPE-Fraktion im Ausschuß der Regionen an der Arbeit des Koordinierungskomitees beteiligt.¹³⁸⁹

Nachdem die sozialdemokratische AdR-Fraktion bis Ende der neunziger Jahre hauptsächlich zur entsprechenden Fraktion im Europäischen Parlament Kontakte unterhalten hat-

¹³⁷⁹ Vgl.: ECOSY-Satzung Art. 5 Abs. 2.2.

¹³⁸⁰ Vgl.: ECOSY-Satzung Art. 5 Abs. 2.14-16.

¹³⁸¹ Vgl.: ECOSY-Satzung Art. 5 Abs. 3.1., 3.2., 4.3., 4.4., 3.5.

¹³⁸² ECOSY: Homepage.

¹³⁸³ Präsident: Michel Delebarre (PS, FR); 1. Stellvertretende Präsidentin: Catharina Tarras-Wahlberg (SAP); Stellvertretende Präsidenten: Theodoros Georgakis (PASOK), Karl-Heinz Klär (SPD), Claudio Martini (DS), Irene Oldfather (Labour, GB), Breda Pecan (ZLSD).

¹³⁸⁴ Es heißt lediglich in der SPE-Satzung Art. 2: „Die Sozialdemokratische Partei Europas bezieht in ihre Tätigkeiten ein: [...] die SPE Fraktion im Ausschuss der Regionen“.

¹³⁸⁵ Vgl.: SPE-Satzung Art. 7 Abs. 2; SPE-Satzung Art. 17 Abs. 1.

¹³⁸⁶ Vgl.: SPE-Satzung Art. 10 Abs. 2.

¹³⁸⁷ Vgl.: SPE-Satzung Art. 8 Abs. 3.

¹³⁸⁸ „Auch auf der Verwaltungsebene wird diese Zusammenarbeit [mit der SPE] fortgesetzt, da ein Vertreter unseres Sekretariats an den Sitzungen der vom Generalsekretär der SPE einberufenen Koordinationsgruppe teilnimmt.“ SPE-Fraktion im AdR 2003: 3; ebenso: SPE-Fraktion im AdR 2004: 17.

¹³⁸⁹ Vgl.: SPE-Satzung Art. 26.

te,¹³⁹⁰ sieht sie sich infolge ihrer erweiterten Rechte aufgrund der Berliner Satzungsänderungen vom Mai 2001 „voll und ganz in die Aktivitäten der SPE involviert“.¹³⁹¹ Ihrerseits hat sie „das Gefühl, alles getan zu haben, um eine auf modernen demokratischen Werten aufbauende Politik zu fördern und die von der Sozialdemokratischen Partei Europas auf den Kongressen in Mailand (März 1999) und Berlin (Mai 2001) aufgestellten politischen Leitlinien befolgt zu haben.“¹³⁹² Damit bekannte sie sich deutlicher als die SPE-Fraktion im EP zur Orientierung an der Programmatik ihrer europäischen Partei; 2004 betonte sie in diesem Sinne, daß sie sich bei den Arbeiten an der europäischen Verfassung „aktiv an der Koordinierung der zur SPE gehörenden Parteien“¹³⁹³ beteiligt habe.

Betrachtet man die SPE-Fraktion im Ausschuß der Regionen unter dem Aspekt der Legitimationsvermittlung ist ihre Einstellung zur Umsetzung der von den Kongressen der Sozialdemokratischen Partei Europas beschlossenen Positionen hervorzuheben. Damit verfügt die SPE im Bereich der Programmformulierung, der im I. Teil dieser Arbeit als zweitwichtigste Parteienfunktion festgehalten worden war, (I.2.4.) bezüglich der Regionalpolitik über einen Handlungsrahmen. Auch wenn an dieser Stelle nicht die Kompetenzen des AdR zu untersuchen sind, sei allerdings auf dessen geringe Möglichkeiten zur Politikgestaltung aufmerksam gemacht. Im Gegenzug erhofft sich die SPE-Fraktion im Ausschuß der Regionen von der SPE und ihrer EP-Fraktion „gemeinsame Initiativen und eine systematische Suche nach Synergien“.¹³⁹⁴

Die Sozialdemokratische Partei Europas hat neben der Frauen- und Jugendvereinigung zwei weitere Organisationen anerkannt, die spezifische Bevölkerungsgruppen repräsentieren und deren Einfluß auf der europäischen Ebene zu stärken suchen. Die *Internationale Union der Sozialdemokratischen Lehrer/innen* ist allerdings nicht mehr aktiv und wird von der SPE lediglich im Annex zu ihrer Satzung als Vereinigung geführt; zu dem Kongreß im April 2004 ist sie nicht mehr eingeladen worden.

Die *Föderation der Pensionär/innen* wurde am 19. und 20. Oktober 2001 in Wien gegründet. An dem damaligen Kongreß nahmen Vertreter aus elf Ländern teil, zwei Jahre stieg die Anzahl der Mitgliedsorganisationen um zwei weitere auf insgesamt 13.¹³⁹⁵ Die Präambel ihrer Satzung schreibt die Ziele der auch als Europäische Seniorenorganisation (ESO) bezeichneten Vereinigung vor: „[A]uf der Grundlage der Bestimmungen des Statuts der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) [koordiniert die ESO] die Anstrengungen ihrer Mitgliedsorganisationen, die Interessen der älteren Menschen in Europa zu vertreten und zu verteidigen.“¹³⁹⁶ Damit definiert sie sich explizit als Transmitter zwischen der europäischen Ebene und den Bürgern, wie dies bereits wiederholt als Funktion von Vereinigungen europäischer Parteien festgehalten worden ist.

Hingegen begrenzt sich die Seniorenvereinigung der SPE nicht auf das Gebiet der Europäischen Union. Der Verein, dem neben Seniorenorganisationen auch Arbeitsgemeinschaften und Referate für Seniorenpolitik angehören,¹³⁹⁷ „hat seinen Sitz in Wien. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf ganz Europa.“¹³⁹⁸ Dies zeigt sich auch bei der Besetzung der Vorstandsämter, in dem an den leitenden Stellen Österreicher tätig sind.¹³⁹⁹

¹³⁹⁰ Vgl.: SPE-Fraktion im AdR 1998: 11.

¹³⁹¹ SPE-Fraktion im AdR 2003: 3; vgl. auch: SPE-Fraktion im AdR 2004: 17.

¹³⁹² SPE-Fraktion im AdR 2003: 2.

¹³⁹³ SPE-Fraktion im AdR 2004: 17.

¹³⁹⁴ SPE-Fraktion im AdR 2003: 15.

¹³⁹⁵ Die SPE-Seniorenvereinigungen sind in Belgien, Deutschland, Finnland, Luxemburg, Malta, Niederlande, Norwegen, Österreich, Rumänien, Schweden, Slowenien, Tschechien und Ungarn beheimatet.

¹³⁹⁶ ESO-Satzung Präambel.

¹³⁹⁷ Vgl.: ESO-Satzung Art. 3.

¹³⁹⁸ ESO-Satzung Art. 1.

¹³⁹⁹ ESO Vorstand: Präsident: Karl Blecha (AT); Vizepräsidenten: Tullia von Sydow (SE), Otto Graeber (DE), Teuvo Ikonen (FI), Jenő Úszögi-Bleyer (HU); Generalsekretärin: Hilde Hawlicek (AT).

Schließlich hat die Sozialdemokratische Partei Europas zwei regionale Organisationen als Vereinigungen anerkannt: die nordische SAMAK und das (Mittel- und Ost)Europäische Forum für Demokratie und Solidarität.

SAMAK (Nordische sozialdemokratische Arbeiterbewegung) ist die Vereinigung der sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften aus den nordischen Ländern.¹⁴⁰⁰ Sie ist auch assoziiertes Mitglied der Sozialistischen Internationale. Ihre Mitgliedsorganisationen treffen sich seit 1886 regelmäßig, um die Zusammenarbeit untereinander zu koordinieren.

Seitdem durch den EU-Beitritt von Finnland und Schweden einige ihrer Staaten der Europäischen Union angehören, erörtert sie auch Standpunkte zu verschiedenen Bereichen des *acquis*: Der Wohlfahrtsstaat, die Vollbeschäftigung, Umwelt- und Energiepolitik sowie andere Politikbereiche von gemeinsamen Interesse waren in den letzten Jahren Gegenstand ihrer Beratungen und Beschlüsse.¹⁴⁰¹

Auf den Beitrittsprozeß der baltischen Staaten zur EU reagierte SAMAK im November 2002 mit der Gründung der "Baltic Sea group". Sie widmet sich der Stärkung der Ostseeanrainerstaaten und gemeinsamen Initiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit insbesondere der Jugend.¹⁴⁰² Präsident von SAMAK ist derzeit der schwedische Ministerpräsident und Vorsitzende der dortigen Sozialdemokraten, Göran Persson.

Das *Europäische Forum für Demokratie und Solidarität* ("The European Forum for Democracy and Solidarity") wurde bereits bei der historischen Entwicklung im Zusammenhang mit der Heranführung mittel- und osteuropäischer Parteien an die SPE angesprochen. (III.2.1.4.) Die sozialdemokratischen Parteien und politischen Stiftungen in der EU gründeten es im Januar 1993 als gemeinsame Initiative zur Unterstützung des demokratischen Transformationsprozesses in den Reformländern.

In den ersten beiden Jahren wurden vornehmlich Kontakte etabliert, bevor das Forum seine Aktivitäten ausweiten und Ende 1994 30 Parteien aus der Region einbeziehen konnte. Heute kooperieren über 40 politische Parteien und einige NGOs, unabhängige Institutionen und Individuen untereinander und auf dessen Veranstaltungen mit dem Forum. Zu diesem Zweck werden jedes Jahr mehrere große Konferenzen organisiert, Bücher mit ökonomischen Analysen publiziert und Seminare zu spezifischen Themen durchgeführt (wobei auf die Unterstützung sozialdemokratischer Arbeit ein Schwerpunkt gelegt wurde).¹⁴⁰³

Das Europäische Forum für Demokratie und Solidarität wird von einem "Steering Committee" geleitet, dem die Aufsicht über die Tätigkeiten obliegt und das zwei bis dreimal pro Jahr zusammentrifft. Ihm steht die Präsidentin Lena Hjelm-Wallén vor.¹⁴⁰⁴ Bis zum Januar 2002 hatte das Forum seinen Sitz beim Sekretariat der SPE in Brüssel. Seitdem ist die Geschäftsstelle bei der niederländischen PvdA in Amsterdam angesiedelt.¹⁴⁰⁵

Insgesamt ist ein ausgeprägtes Interesse der Sozialdemokratischen Partei Europas an ihrem Vereinigungswesen erkennbar: Die Einbindung der großen Vereinigungen seit der Professionalisierung des europäischen Parteienzusammenschlusses Ende der neunziger Jahre zeigt die hohe Bedeutung, die dem Ständigen Frauenausschuß, ECOSY und (seit 2001) auch zunehmend der Regionalen und Lokalen Sozialistischen Vereinigung beigemessen werden. Um Untergliederungen im Sinne der entsprechenden Bestandteile nationaler Parteien handelt

¹⁴⁰⁰ Dänemark: Socialdemokratiet, LO; Farör: Føroya Javnadarflokkur; Grönland: Simumut; Island: Den Socialdemokratiske Alliance, ASI; Norwegen: Det norske Arbeiderparti, LO; Finnland: Finlands Socialdemokratiske Parti, SAK/FFC; Schweden: Socialdemokraterna, LO; Ålandsøerne: Ålands Socialdemokrater.

¹⁴⁰¹ Vgl.: SAMAK: Homepage (SAMAK Newsletter: 21; Dokumente des "Nordic Labour Congress" vom 18.-19.06.2002 in Södertälje, Schweden).

¹⁴⁰² Vgl.: SAMAK: Homepage (SAMAK-Report: The Baltic Sea – A European Region).

¹⁴⁰³ Vgl.: Europäisches Forum für Demokratie und Solidarität: Homepage.

¹⁴⁰⁴ Die weiteren Mitglieder des Komitees sind: Schatzmeister Jan Marinus Wiersma, der Koordinator Arjen Berkvens, die Projektmanagerin Liesbeth van de Grift sowie die Informationsbeauftragten Maaïke Timmers und Matilda Nahabedian.

¹⁴⁰⁵ Vgl.: Europäisches Forum für Demokratie und Solidarität: Homepage.

es sich jedoch lediglich bei den ersten beiden. Während die SPE-Fraktion im Ausschuß der Regionen in den letzten Jahren ihre Kontakte zu den Parteistrukturen intensiviert hat, aber noch keine eigenständige Vereinigung bildet, sind die Pensionäre um eine bessere Politikvermittlung zwischen den älteren Bürgern und der SPE bemüht. SAMAK und das Europäische Forum für Demokratie und Solidarität bilden regional begrenzte Organisationen, die der Kooperation unter den beteiligten Mitgliedern dienen und Unterstützung für die sozialdemokratischen Parteien in den neuen EU-Ländern anbieten.

Die Vereinigungen der Frauen und Jugend hingegen sind vollwertige Unterorganisationen der SPE, von denen allerdings nur letztere in doppelter Hinsicht deren Aktivitäten nutzt: Einerseits sind beide für die Repräsentation ihres Klientels innerhalb der SPE maßgeblich in die Gremien eingebunden. Andererseits trägt nur ECOSY zur Vermittlung der SPE-Positionen in der jungen Bevölkerung bei, während der Frauenausschuß praktisch keine Willensvermittlung anstrebt. Diese Funktion versucht hingegen zunehmend die noch nicht einmal vier Jahre alte Föderation der Pensionär/innen wahrzunehmen.

Hinsichtlich der Möglichkeiten zur Willensbildung- und Vermittlung verfügt die Sozialdemokratische Partei Europas damit über Vereinigungen, die in struktureller und verfahrenstechnischer Hinsicht nur zum Teil Legitimation auf die europäische Ebene tragen können. Daß ECOSY und der Frauenausschuß vom Mitgliederkreis her an der SPE orientiert und föderaler als diese organisiert sind, wirkt sich auf die Supranationalität der Sozialdemokratischen Partei Europas insgesamt ebenso positiv aus wie die Entwicklung der Regionalen und Lokalen Sozialistischen Vereinigung und der Föderation der Pensionär/innen in den letzten Jahren.

2.2.6. Möglichkeiten zur Politikgestaltung

Die historische Entwicklung hat zwei Pole aufgezeigt, die gegensätzliche Konzepte hinsichtlich der Übertragung von Politikgestaltungsmöglichkeiten auf die Sozialdemokratische Partei Europas und ihrer Vorläuferverbände verfolgten: Einerseits waren Funktionäre auf der europäischen Ebene zusammen mit der niederländischen PvdA darum bemüht, die Integration der Mitgliedsparteien zu intensivieren. Andererseits zeigte die große Mehrheit der nationalen Parteien keine Bereitschaft zur Übertragung ihrer Souveränität auf den europäischen Zusammenschluß. (III.2.1.5.)

Da letztere die ungleich stärkere Machtposition besitzen, liegen den Möglichkeiten der SPE zur Politikgestaltung ungünstige Voraussetzungen zugrunde. Bei einer diesbezüglichen Untersuchung ist zwischen zwei Bereichen zu differenzieren, wenn man die nationalen Parteien hinsichtlich der Vermittlung von Legitimation zum Maßstab für ihre europäischen Zusammenschlüsse nimmt: Für Personalentscheidungen bieten sich den europäischen Parteien die drei Hauptorgane der Europäischen Union an. Hinsichtlich programmatischer Entscheidungen versuchen die Parteienverbände über ihre Fraktionen im Europäischen Parlament und die nationalen Parteien Einfluß auszuüben.

Die Rekrutierung der Parlamentarier ist eine Funktion der nationalen Parteien (bzw. ihrer Untergliederungen). Naturgemäß haben ihre europäischen Zusammenschlüsse auf die Nominierungen für die Wahlen zum *Europäischen Parlament* keinen direkten Einfluß. (II.1.3.) Der SPE gelang es jedoch in der zurückliegenden Legislaturperiode, nach einem fragwürdigen Kommentar des italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi gegenüber dem Abgeordneten Markus Schulz eine europäische Öffentlichkeit herzustellen. Dadurch, daß Berlusconis Vergleich von Schulz mit einem KZ-Aufseher die Medien intensiv beschäftigte,¹⁴⁰⁶ erlangte dieser für einen Europaabgeordneten einen sehr hohen Bekanntheitsgrad.

¹⁴⁰⁶ Vgl.: BBC News 03.07.2003; Die Welt 03.07.2003; Die Welt 04.07.2003; Frankfurter Allgemeine Zeitung 03.07.2003.

Unter anderem führte dies dazu, daß ihn die SPD für die Europawahlen im Juni 2004 zu ihrem Spitzenkandidaten kürte. Ohne den Vorfall verallgemeinern zu wollen zeigt er doch exemplarisch, daß eine gewisse Beachtung der Europapolitiker in der Öffentlichkeit Voraussetzung für ihren Einfluß (auf nationaler und europäischer Ebene) ist.

Wie im I. Teil dieser Arbeit aufgezeigt, wird in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Exekutive von der Parlamentsmehrheit gewählt. (I.3.5.) Zwar kann das Europäische Parlament bei der Bestellung der Kommission seit Inkrafttreten der Amsterdamer Vertragsrevision mitentscheiden – die zentrale Rolle spielt hier aber weiterhin der Rat. (I.2.2.) Vor diesem institutionellen Hintergrund ist hinsichtlich der Vermittlung von Legitimation durch die SPE zu untersuchen, ob sie auf die Besetzung der *Europäischen Kommission* Einfluß ausüben konnte. Dabei ist zunächst festzuhalten, daß die SPE-Fraktion gerade in dem Moment, in dem zum erstenmal das EP von seinem Mitentscheidungsrecht bei der Kommissionswahl Gebrauch machen konnte, die parlamentarische Mehrheit an die EVP verlor. In der Legislaturperiode von 1999 bis 2004 bildeten zudem die Konservativen mit den Liberalen eine strategische „Koalition“.

Die Dominanz des Rates verhalf der SPE jedoch dazu, in der Kommission Prodi zehn Mitglieder zu stellen. Dies “highlights the opportunities offered by the advance of PES member parties between 1997 and 2000.”¹⁴⁰⁷ Der Kommission Barosso gehören (trotz der Erweiterung) nur noch acht Mitglieder aus Parteien der SPE an: die Vizepräsidenten Günter Verheugen (SPD, Industrie- und Unternehmenspolitik) und Margot Wallström (SAP, Beziehungen zum Parlament und Öffentlichkeitsarbeit) sowie die Kommissare Joaquín Almunia (PSOE, Wirtschaft und Währungsfragen), Danuta Hübner (SLD, Regionalpolitik), László Kovács (MSZP, Steuern und Zollunion), Peter Mandelson (LP, Handel), Janez Potočnik (ZLSD, Forschung) und Vladimír Špidla (CSSD, Arbeit und Soziales).

Bereits im November 1995 hatte die SPE Überlegungen diskutiert, wie ihre Kommissare besser in die supranationalen Parteistrukturen integriert werden könnten. Zu diesem Zweck fanden insbesondere Treffen zwischen den Kommissaren und dem Fraktionsvorstand der SPE statt, die durch die Satzungsänderungen vom Berliner Kongreß im Jahr 2001 auch die Parteistrukturen einbeziehen. (III.2.2.3.)

Mit dem *Rat* wird das dritte Organ neben dem Europaparlament und der Kommission ausschließlich national bestellt. Von den Regierungschefs gehörten im März 2005 Gerhard Schröder (SPD), Tony Blair (LP), Algirdas Brazauskas (LSDP), Marek Belka (SLD), José Sócrates (PS), Göran Persson (SAP), José Luis Rodríguez Zapatero (PSOE), Stanislav Gross (CSSD) und Ferenc Gyurcsány (MSZP) zu Mitgliedsparteien der SPE. Sie bilden in der bereits dargestellten Form zusammen mit den führenden Repräsentanten der nationalen Parteien und der beiden anderen EU-Organe die Konferenz der Parteivorsitzenden der SPE, in der die europäische Partei einen Einfluß auf die Vertreter ihrer Mitgliedsparteien zu nehmen versucht. Die Funktionen dieses Gremiums wurden oben erörtert, da es hauptsächlich als Meinungsforum dient. (III.2.2.3.)

Weil in dieser Arbeit lediglich die führenden Repräsentanten der EU-Organe betrachtet werden und auf eine Untersuchung der europäischen Verwaltungsapparate verzichtet wird, sind die personellen Gestaltungsmöglichkeiten der SPE damit bereits diskutiert. Angesichts ihrer diesbezüglichen Machtlosigkeit kommt der eventuellen programmatischen Einflußnahme für die Handlungsfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei Europas insgesamt eine zentrale Bedeutung zu. Zu untersuchen sind dafür die Fraktion im Europäischen Parlament und die Mitgliedsparteien.

Die SPE-Satzung hat die Verschränkungen zwischen den Parteistrukturen mit denjenigen ihrer *EP-Fraktion* an insgesamt 19 Stellen rechtlich verankert. Darunter hervorzuheben sind zwei Bereiche: Erstens die Einbindung der Fraktion in alle Parteigremien und zweitens deren geringe Möglichkeiten zur Beeinflussung der Fraktion. Die SPE zählt ihre parlamenta-

¹⁴⁰⁷ Hix/Lesse 2002: 92.

rische Fraktion zu den integralen Bestandteilen ihres Zusammenschlusses.¹⁴⁰⁸ Sie beteiligt an ihren Kongressen mit Stimmrecht den Fraktionsvorsitzenden und seine Stellvertreter (einer aus jedem Mitgliedstaat der EU)¹⁴⁰⁹ und ihre übrigen Europaparlamentarier als Delegierte mit Konsultationsstatus.¹⁴¹⁰ Der Fraktionsvorsitzende ist darüber hinaus mit Sitz und Stimme Mitglied des Präsidiums¹⁴¹¹ und gehört auch der Konferenz der Parteivorsitzenden an.¹⁴¹² Gleich vollständig lädt die SPE ihre Fraktion zu den Treffen des Koordinierungskomitees ein.¹⁴¹³

Trotz dieser vielfältigen Partizipationsmöglichkeiten für ihre Fraktion sieht die Satzung der SPE keinerlei verbindliche Einflußmöglichkeiten gegenüber ihren Europaparlamentariern vor. Der Kongreß, Parteirat und die Konferenz der Parteivorsitzenden können lediglich unverbindliche „Grundsatzserklärungen und Empfehlungen“¹⁴¹⁴ an die Fraktion der SPE im Europäischen Parlament richten. Die Einflußnahme über die Umsetzung der Parteibeschlüsse findet zudem bezüglich der Fraktion nur auf der Führungsebene statt: „Der/die Vorsitzende stellt mit Unterstützung des Sekretariats [...] die Verbindung zu [...] der parlamentarischen Fraktion der SPE“¹⁴¹⁵ sicher; „[d]ie Beschlüsse des Kongresses, des Präsidiums und des Parteirates werden von dem/der Vorsitzenden der SPE in Zusammenarbeit mit den stellvertretenden Vorsitzenden, dem/der Generalsekretär/in, anderen Amtsinhabern/innen des Präsidiums und dem/der Vorsitzenden der parlamentarischen Fraktion der SPE ausgeführt.“¹⁴¹⁶ Eine breit angelegte Implementation der SPE-Programmatik durch die gesamte Fraktion ist somit nicht konzipiert.

Wie bereits im Abschnitt über die Finanzierung der SPE angesprochen, gewinnt die Fraktion nicht zuletzt aufgrund ihrer materiellen Ausstattung gegenüber den Parteigremien eine herausragende Position: Sie beherbergte bis zum Sommer 2004 nicht nur die Geschäftsstelle der SPE und entlohnte ihre Mitarbeiter – die Sozialdemokratische Partei Europas wurde darüber hinaus neben den Mitgliedsbeiträgen maßgeblich von ihrer parlamentarischen Fraktion finanziert.¹⁴¹⁷ (III.2.2.4.)

Insgesamt ist damit eine Dominanz der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament gegenüber ihrem Parteienzusammenschluß festzuhalten. Auch wenn die Beschlüsse der Parteigremien als Empfehlung an die Fraktion weitergeleitet werden, muß sich diese nicht nach ihnen richten. Hinzu kommt, daß die Parlamentarier aufgrund der häufigen Notwendigkeit, zu gemeinsamen Standpunkten zu gelangen, keine dauerhaften „opt outs“ zulassen können und dadurch eine höhere Integration als die SPE selber erreichen. Die Partei hingegen verfügt über keinerlei Sanktionsmöglichkeiten, wodurch ihre programmatischen Einflüsse auf ihre Fraktion als sehr gering einzuschätzen sind.

Die Satzung der Sozialdemokratischen Partei Europas regelt auch die programmatische Einflußnahme auf die *Mitgliedsparteien*. Dabei definiert sie zunächst als Ziel „eine enge Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parteien, den nationalen Parlamentsfraktionen, der

¹⁴⁰⁸ Vgl.: SPE-Satzung Art. 2.

¹⁴⁰⁹ Vgl.: SPE-Satzung Art. 10 Abs. 1 IV.

¹⁴¹⁰ Vgl.: SPE-Satzung Art. 10 Abs. 2.

¹⁴¹¹ Vgl.: SPE-Satzung Art. 17 Abs. 1; SPE-Satzung Art. 7 Abs. 2.

¹⁴¹² Vgl.: SPE-Satzung Art. 22.

¹⁴¹³ Vgl.: SPE-Satzung Art. 26.

¹⁴¹⁴ So die Formulierung beim Kongreß (SPE-Satzung Art. 8 Abs. 1); vgl. auch: SPE-Satzung Art. 8 Abs. 3. „Entschlieûungen und Empfehlungen“ heißt es beim Parteirat (SPE-Satzung Art. 14) und der Konferenz der Parteivorsitzenden (SPE-Satzung Art. 24). Die geringen Einflußmöglichkeiten der europäischen Partei drücken auch die Wahlprogramme aus, z.B. hieß es 1984: „In diesem Sinne schlagen wir als Leitlinie für Aktionen der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments drei Themen vor: Arbeit, Frieden und Freiheit.“ Bund 1984: 5.

¹⁴¹⁵ SPE-Satzung Art. 20.

¹⁴¹⁶ SPE-Satzung Art. 21.

¹⁴¹⁷ Vgl.: SPE-Satzung Art. 27.

Parlamentarischen Fraktion der SPE,¹⁴¹⁸ den Vereinigungen und anderen nahestehenden Organisationen zu entwickeln. Zuständig für den Kontakt zu den Mitgliedsparteien ist der Vorsitzende, den das Sekretariat hierbei unterstützt.¹⁴¹⁹ Wie in Bezug auf die SPE-Fraktion kann die Konferenz der Parteivorsitzenden auch „Entschließungen und Empfehlungen annehmen, die an die Mitgliedsparteien und -organisationen“¹⁴²⁰ gerichtet sind. Ein wirkungsvolles Instrument zur Durchsetzung ihrer Politik ist der SPE aber auch gegenüber ihren nationalen Mitgliedsparteien nicht gegeben. Vielmehr haben diese die vielzitierte Möglichkeit, sich im Falle einer Abstimmungsniederlage von der gemeinsamen Position der Sozialdemokratischen Partei Europas zu distanzieren.

Innerhalb der SPE war deshalb bereits 1995 folgende Machtkonstellation zu beobachten: “Finally, the existence of a Socialist Group in the European Parliament which was largely independent from the national parties, and had a substantial amount of organisational resources, was likely to reduce the national parties’ influence in the Confederation.”¹⁴²¹ Die europäischen Parteistrukturen hingegen haben bis heute keine Einflußmöglichkeiten erlangen können.

Zusammenfassend sind folgende Möglichkeiten der Sozialdemokratischen Partei Europas zur Politikgestaltung festzuhalten: Im Bereich der Personalrekrutierung verfügt sie über keine direkten Einflußwege, lediglich ihre führenden Europaabgeordneten erhalten in der Regel sichere Listenplätze für eine erneute Wahl. Die Zusammensetzung der Kommission konnte die SPE bislang nicht beeinflussen, wobei sie hier über ihre Fraktion im Europäischen Parlament zumindest über eine theoretische Möglichkeit verfügt. Hingegen werden die Ratsmitglieder bekanntlich von den nationalen Parlamenten bestellt.

Daß die programmatischen Handlungsmöglichkeiten der SPE auf dem selben Niveau wie ihr personeller Einfluß anzusiedeln sind, resultiert nicht aus institutionellen Gegebenheiten, sondern der mangelnden Bereitschaft ihrer Fraktion und Mitgliedsparteien, auf Souveränität zu verzichten. Daher kann sie ihre Beschlüsse gegenüber diesen beiden bestimmenden Akteuren innerhalb der europäischen Sozialdemokratie nicht durchsetzen, sondern lediglich Empfehlungen abgeben. Somit ist an dieser Stelle das Fazit der Gremienuntersuchung zu wiederholen: Solange die Mitgliedsparteien und Fraktion an ihrem Letztentscheidungsrecht festhalten, kann der europäische Parteienzusammenschluß dieser politischen Strömung lediglich der Koordinierung ihrer Arbeit und der Integration der beteiligten Parteien dienen.

2.3. Programmatik

Wie im historischen Überblick dargestellt, konnte sich der Bund der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft zunächst nicht auf ein gemeinsames Programm verständigen: Im Juni 1977, Juni 1978 und Januar 1979 verabschiedeten drei unterschiedliche Personenkreise ebenso viele Programme. (III.2.1.3.) Den Anfang machte das Bureau des Bundes, dessen vergleichsweise ausdifferenzierter Programmentwurf von den nationalen Parteien abgelehnt wurde. Angesichts der ursprünglich für 1978 geplanten Europawahlen verabschiedeten daraufhin die Parteivorsitzenden einen kurzgefaßten, gemeinsamen Wahlaufwurf, den schließlich der Kongreß des Bundes ohne inhaltliche Änderungen in leicht umstrukturierter Form bestätigte.

Auch vor den späteren Wahlen zum Europäischen Parlament verabschiedeten die Kongresse des Bundes bzw. der SPE Programme. Die dabei zur Anwendung gelangten Verfahren der Willensbildung wurden mehrfach modifiziert: Wie bereits erwähnt, (III.2.1.3.)

¹⁴¹⁸ SPE-Satzung Präambel.

¹⁴¹⁹ Vgl.: SPE-Satzung Art. 20.

¹⁴²⁰ SPE-Satzung Art. 24.

¹⁴²¹ Hix 1995: 15.

rückte der Parteienzusammenschluß im März 1980 nicht zuletzt als Konsequenz aus den inhaltlichen Komplikationen der Jahre 1977 bis 1979 wieder von Mehrheitsentscheidungen ab.¹⁴²² Auch nach der Umwandlung in die SPE und den seitdem durchgeführten Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit „über politische Fragen, die im Rat der Europäischen Union mit Mehrheitsentscheidung entschieden werden“,¹⁴²³ kann eine Partei „erklären, dass sie sich durch den getroffenen Beschluss nicht gebunden fühlt.“¹⁴²⁴ Von dieser Option machten die britische Labour Party und die Dänische Sozialdemokratische Partei bis 1999 stets Gebrauch. Das Wahlmanifest des Jahres 2004 war deshalb in inhaltlicher Hinsicht ein Meilenstein in der Geschichte der SPE, als sich zum erstenmal alle Mitgliedsparteien vollständig mit einem Programm identifizierten.

Im folgenden wird die programmatische Entwicklung des Bundes und der SPE unter drei thematischen Gesichtspunkten untersucht, um Kontinuitäten und Brüche anschaulicher aufzeigen zu können. Das Augenmerk richtet sich dabei zunächst auf die gemeinsamen Grundwerte der Sozialdemokraten, Sozialisten und Arbeiterparteien, wobei parallel dazu ihre Ansichten zur finalen Gestalt des europäischen Einigungsprozesses dargestellt werden. Auf dieser Grundlage werden zweitens ihre Konzepte zur Fortentwicklung der Gemeinschaftsorgane zu erörtern sein, bevor drittens die Akzente der einzelnen Wahlprogramme zu benennen sind.

Sowohl die Grundsätze als auch die Reformvorstellungen und Akzente sollen dabei nicht nur deskriptiv wiedergegeben, sondern stets vor dem Hintergrund der (in Teil II benannten) Legitimationserfordernisse des europäischen Einigungsprozesses untersucht werden. Diese Vorgehensweise verspricht abschließend eine Beurteilung der Programmatik dieses Parteienzusammenschlusses hinsichtlich der Frage zu ermöglichen, ob die in den jeweiligen Integrationsschritten der europäischen Einigung festgestellten legitimatorischen Probleme aufgegriffen wurden.

2.3.1. Grundsätze

Die Grundlage für die Formierung der in dem Bund bzw. der SPE zusammengeschlossenen Parteien bildete in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Konflikt aus dem Klassengegensatz von Arbeit und Kapital.¹⁴²⁵ (I.2.2.) Dieser *cleavage* führte die heute in dem europäischen Verbund vereinigten Parteien respektive ihre Vorläuferorganisationen bereits 1864 in der Sozialistischen Internationale zusammen. Wie ausgeführt, konnte dort über diese grundsätzliche Gemeinsamkeit hinaus keine ausdifferenzierte Programmatik erarbeitet werden. (III.2.1.1.)

Daß sich dies hinsichtlich des Großteils der Gründungsmitglieder des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft hundert Jahre später geändert hatte, demonstrieren Dokumente aus der Zeit vor dem 1. Januar 1973. An diesem Tag traten Dänemark, Großbritannien und Irland der EG bei und damit auch ihre Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale dem Parteienzusammenschluß auf europäischer Ebene. Im Falle der beiden Parteien aus den zuerst genannten Ländern wirkte sich dies negativ auf die Programmformulierung des damaligen „Verbindungsbureaus“ aus, weil sie in weiten Teilen eine grundsätzlich andere Konzeption der europäischen Einigung verfolgten als die übrigen Mitgliedsparteien.

Diese hatten auf dem fünften Kongreß der sozialistischen Parteien in der EG Anfang November 1962 neben der Einführung von direkten Wahlen zum Europäischen Parlament

¹⁴²² Vgl.: Hrbek 1981: 259.

¹⁴²³ SPE-Satzung Art. 7 Abs. 3.

¹⁴²⁴ SPE-Satzung Art. 7 Abs. 5.

¹⁴²⁵ Vgl.: Schultze 1998: 455.

auch dessen Ausstattung mit Haushaltsrechten und gleichzeitig die Errichtung der Vereinigten Staaten von Europa gefordert.¹⁴²⁶ Ende Juni 1971 konfirmierten die Mitgliedsparteien ihr Ziel, daß „the integration process [...] must be continued through the economic and monetary union to its ultimate completion in the United States of Europe in the form of a federal State“.¹⁴²⁷ Anderthalb Jahre vor der ersten Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft war dies die letzte entsprechende Forderung des Bundes. Geradezu als Erklärung für die inhaltliche Veränderung aufgrund des erweiterten Mitgliederkreises mutet vor diesem Hintergrund die Aussage in den Dokumenten von 1978 und 1979 an: „Unsere Parteien tragen ein unterschiedliches historisches Erbe.“¹⁴²⁸

Den Ausgangspunkt des ersten Programms der im Bund zusammengeschlossenen Parteien stellten die „ungerechten Gesellschaftsstrukturen“ und das daraus resultierende Hauptanliegen der „Befreiung des Menschen von jeglicher Ausbeutung, Abhängigkeit und Not“¹⁴²⁹ dar. Hieraus wurde die Notwendigkeit abgeleitet, „in Frieden ein Europa auf der Grundlage von Freiheit, harmonischer wirtschaftlicher Entwicklung, sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit“¹⁴³⁰ aufzubauen.

Mit der gleichen Zielrichtung stellten die Sozialdemokraten und Sozialisten 1984 heraus, daß sie ihrem Selbstverständnis nach immer auch Internationalisten gewesen sind und deshalb die Europäische Gemeinschaft als „ein wichtiges Instrument zur Verwirklichung unserer Ziele: soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit“¹⁴³¹ betrachten. Die noch zu erörternde Kritik des Bundes an der Konzentration der Gemeinschaftspolitik auf wirtschaftliche Fragen (III.2.3.3.) klingt hier an und wird in der Aussage gebündelt: „Wir brauchen eine Europäische Gemeinschaft, ein brüderliches Europa der Völker“.¹⁴³²

Weiterhin die gleichen Grundwerte hat der Bund fünf Jahre später vor dem Hintergrund des 200. Jubiläumsjahrs der Französischen Revolution in der Feststellung zusammengefaßt, daß die Ideale „von 1789 – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – nichts von ihrer Gültigkeit verloren“¹⁴³³ haben. Vor diesem Hintergrund formulierten die Mitgliedsparteien ihre Zielvorstellung des europäischen Einigungsprozesses: „Für die Sozialdemokraten ist das Europa der Bürger, in dem wir alle als Europäer im Rahmen demokratischer Institutionen das Stimmrecht besitzen, der Schlüsselbegriff für das Europa, das wir aufbauen wollen.“¹⁴³⁴

„Die Konservativen setzen überall in Europa nur auf das Dogma des Marktes und provozieren damit den Abbau sozialer Errungenschaften“,¹⁴³⁵ konstatierte die SPE 1994 und grenzte sich damit erstmals explizit von der anderen großen Parteienfamilie ab. Die Sozialdemokraten betonten, daß „Frieden und gute Nachbarschaft, Demokratie und Menschenrechte, Soziale Gerechtigkeit und ökologische Erneuerung, Solidarität und Verantwortung, Arbeit und soziale Sicherheit“¹⁴³⁶ Europa prägen sollten.

Den im Jahr 1999 selbstgesetzten 21 Verpflichtungen des Manifests „für den Aufbruch in das 21. Jahrhundert“ liegen die Werte zugrunde, „die uns Sozialisten und Sozialdemokraten gemeinsam sind: Demokratie, Freiheit und Menschenrechte; Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit; Rechte und Pflichten aller Bürgerinnen und Bürger und Achtung für das internationale Recht.“¹⁴³⁷

¹⁴²⁶ Vgl.: Hix 1995: 7.

¹⁴²⁷ Zit. nach: Hix 1995: 9.

¹⁴²⁸ SPD 1978: 1; ebenso: Bund 1979: 2.

¹⁴²⁹ SPD 1978: 1.

¹⁴³⁰ SPD 1978: 1.

¹⁴³¹ Bund 1984: 5; vgl. auch die Ausführungen: Bund 1984: 5f.

¹⁴³² Bund 1984: 5.

¹⁴³³ Bund 1989: 5.

¹⁴³⁴ Bund 1989: 7.

¹⁴³⁵ SPE 1993: 2.

¹⁴³⁶ SPE 1993: 3.

¹⁴³⁷ SPE 1999: 2.

Vor dem Hintergrund dieses detaillierten Grundwertekatalogs grenzte sich die SPE im selben Manifest erneut von der EVP ab: „Bei dieser Wahl werden die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien sich besonders in zwei Bereichen mit der Politik der Konservativen auseinander zu setzen haben. Als Sozialdemokraten glauben wir an gleiche Chancen für alle und [...] als Internationalisten glauben wir, daß die Partnerschaft in der Europäischen Union jedes unserer Länder stärkt.“¹⁴³⁸ Wie die Europäische Volkspartei ihrerseits die Strategie „Towards the Majority“ (III.1.1.5.) verfolgte, zeigten die Sozialdemokraten hiermit, daß die europäischen Parteien in die zweite Entwicklungsphase nach Triepel übergegangen waren: Nachdem sie ursprünglich gemeinsam für eine Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments (und damit ihres Handlungsrahmens) stritten, wurden sie zunehmend untereinander zu Konkurrenten,¹⁴³⁹ die nach parlamentarischen Mehrheiten strebten. (I.2.3.)

Die Sozialdemokratische Partei Europa verzichtete 2004 auf einleitende Passagen über ihre Grundsätze und machte statt dessen „den Wählern fünf Zusagen für die kommenden fünf Jahre der Legislaturperiode des Europäischen Parlaments“.¹⁴⁴⁰ Diese betrafen die Steigerung des Wirtschaftswachstums, ein bürgernahes Europa, die Steuerung der Zuwanderung und eine soziale Integration, den „Aufbau einer sichereren, nachhaltigeren, friedlicheren und gerechteren Welt [und d]ie Förderung Europas als Raum der Demokratie und Gleichberechtigung.“¹⁴⁴¹

In diesen Zusagen spiegeln sich dieselben Grundsätze wider, die allen Programmen des Bundes wie der SPE zugrunde liegen: Freiheit, (soziale) Gerechtigkeit, Solidarität. In unterschiedlicher Reihenfolge wiederholte dieser Parteienzusammenschluß diese Werte alle fünf Jahre, wobei sie 1999 und 2004 um die Rechte der Bürger hinsichtlich ihrer Einbindung in die Gemeinschaftspolitik ergänzt wurden. Dies zeigt das in den letzten Jahren in der SPE gewachsene Bewußtsein dafür, daß die Legitimation der Europäischen Union von den Bürgern ausgehen muß.

2.3.2. Konzepte zur Fortentwicklung der Gemeinschaftsorgane

Auch wenn der im Juni 1977 beschlossene „Entwurf der Wahlplattform zu den Europawahlen“ lediglich der Kompromiß des Bureaus war und keine Gültigkeit für den Bund besaß, sollen an dieser Stelle die dortigen Konzepte zur Fortentwicklung der Gemeinschaftsorgane wiedergegeben werden. Sie versprechen beim programmatischen Vergleich der Parteienzusammenschlüsse (IV.3.) insbesondere bezüglich der EVP-Positionen von Interesse zu sein, weil alle Programme des Bundes bis 1999 nur mit Vorbehalten seiner britischen und dänischen Mitglieder verabschiedet werden konnten, während die EVP aufgrund der anfangs rein christdemokratischen Konzeption diese beiden EG-skeptischen Länder nicht zu berücksichtigen brauchte.

Die Mitglieder des Bureaus sahen für das Europäische Parlament die Rolle des Gesetzgebers vor, wobei seine Entscheidungen der Zustimmung des Rates hätten bedürfen sollen.¹⁴⁴² Dieser sollte nach der Konzeption von 1977 „dazu übergehen, Exekutivbefugnisse auf die Kommission zu delegieren“,¹⁴⁴³ die „im Einvernehmen mit dem Europäischen Parlament“¹⁴⁴⁴ zu ernennen gewesen wäre. Das Bureau verständigte sich auch auf ein „Sofort-Programm“: „Als erster Schritt zur Demokratisierung der Gemeinschaft verpflichtet sich der Rat, über Initiativen und Stellungnahmen des Europäischen Parlaments zu beraten und ihm innerhalb einer verbindlichen Frist über die Verwirklichung zu berichten. Um die Beschluß-

¹⁴³⁸ SPE 1999: 2; vgl. auch: SPE 2004: 6.

¹⁴³⁹ Vgl.: Krippendorff 1962: 65.

¹⁴⁴⁰ SPE 2004: 1.

¹⁴⁴¹ SPE 2004: 1f.

¹⁴⁴² Vgl.: Bund 1977: 2.

¹⁴⁴³ Bund 1977: 2.

¹⁴⁴⁴ Bund 1977: 2.

fähigkeit der Gemeinschaft zu verbessern, weicht der Rat – außer den in den Verträgen vorgesehenen Fällen – nur ausnahmsweise vom Prinzip der Mehrheitsentscheidungen ab.¹⁴⁴⁵

Diese Vorstellungen sollten unter der Prämisse umgesetzt werden, daß „[d]ie Übertragung neuer Befugnisse auf europäische Organe [...] die Verwirklichung eines sozialistischen Programms auf nationaler Ebene nicht behindern“¹⁴⁴⁶ würde. Gleichzeitig zeigte sich das Bureau jedoch von der vornehmlich akademischen Debatte der damaligen Zeit um die Legitimation der EG beeinflusst: „Eine durch und durch demokratische Mitbestimmung und Kontrolle in den Organen der Europäischen Gemeinschaft muß gewährleistet sein, und Befugnisse, die die nationalen Parlamente verlieren, müssen auf das Europäische Parlament übertragen werden.“¹⁴⁴⁷ Damit ging das Bureau des Bundes weiter als die meisten Wissenschaftler, deren Hauptforderung damals mit der unmittelbaren Wahl des Europäischen Parlaments erfüllt worden war und die daraufhin bis Mitte der 1980er Jahre die Legitimation der Europäischen Gemeinschaft als ausreichend bewerteten.¹⁴⁴⁸ (II.1.3.)

Die von den Parteivorsitzenden und dem Kongreß des Bundes 1978 und 1979 verabschiedeten Programme blieben hinter den Vorschlägen und dem Legitimationsbewußtsein des Bureaus jedoch weit zurück. Sie konnten sich lediglich auf folgende – an Charles de Gaulle erinnernde (II.1.2.) – Passage verständigen: „Das direkt gewählte Europäische Parlament wird sich zunächst im Rahmen der bestehenden Verträge entwickeln müssen. Wir erkennen an, daß jede weitere Übertragung von Befugnissen von nationalen Regierungen auf die Gemeinschaftsinstitutionen oder von den nationalen Parlamenten auf das Europäische Parlament nur aufgrund eindeutiger Zustimmung der nationalen Regierungen und Parlamente stattfinden kann.“¹⁴⁴⁹

Nachdem sich das Europäische Parlament in seiner ersten Legislaturperiode (insb. anlässlich der Debatte um den Spinelli-Entwurf im Februar 1984) wiederholt mit der institutionellen Entwicklung im allgemeinen und seiner eigenen Kompetenzerweiterung im besonderen befaßt hatte, (II.1.3.) äußerten sich die im Bund zusammengeschlossenen Parteien in Teil V ihres Wahlprogramms von 1984 ausführlicher zu den Gemeinschaftsorganen. Sie waren sich darin einig, daß das Europäische Parlament „den politischen Willen der Völker Europas im europäischen Einigungsprozeß zum Ausdruck bringen“¹⁴⁵⁰ müsse. Damit haben sie dem parlamentarischen Gemeinschaftsorgan die gleiche Rolle zugestanden, die im nationalen Rahmen die Parlamente (mit den politischen Parteien, I.3.4.) wahrnehmen. In diesem Sinne sollte das EP „als demokratische Institution neben den einzelstaatlichen Parlamenten eine Schlüsselrolle bei der demokratischen Kontrolle der EG spielen“,¹⁴⁵¹ wobei es sich zunächst auf seine Kompetenzen im Haushaltsverfahren und in der Gesetzgebung zu konzentrieren habe. Darüber hinaus wurde ihm vom Bund die „Kontrolle über die Kommission und die anderen Institutionen“¹⁴⁵² zugedacht.

Soviel zu dem von allen Mitgliedsparteien des Bundes 1984 angenommenen Text. Mit Ausnahme der britischen Labour Party und der dänischen Socialdemokratiet konnten sich die übrigen Parteien darüber hinaus darauf verständigen, daß „Verbesserungen im Bereich der Institutionen zugunsten des Europäischen Parlaments [...] wünschenswert“¹⁴⁵³ seien: Es „muß durch die Erweiterung des Konzertierungsverfahrens [II.1.2.] direkter an der gesetzgebenden Tätigkeit durch die Zubilligung des Initiativrechts beteiligt werden. Auch das Parlament sollte Vorschläge unterbreiten können, die mit einer Stellungnahme der Kommission versehen – wie

¹⁴⁴⁵ Bund 1977: 2.

¹⁴⁴⁶ Bund 1977: 2.

¹⁴⁴⁷ Bund 1977: 2.

¹⁴⁴⁸ Vgl.: Höreth 1999: 38.

¹⁴⁴⁹ SPD 1978: 4; ebenso: Bund 1979: 6.

¹⁴⁵⁰ Bund 1984: 33.

¹⁴⁵¹ Bund 1984: 33.

¹⁴⁵² Bund 1984: 33.

¹⁴⁵³ Bund 1984: 34.

die Vorschläge der Kommission – vom Rat zu prüfen sind.“¹⁴⁵⁴ Mit Ausnahme der zwei benannten Mitglieder forderte der Bund ferner eine Vereinfachung des Haushaltsverfahrens, ohne sich allerdings den Forderungen der anderen Parteienföderationen nach einer Ausweitung der Haushaltskompetenzen für das Europäische Parlament anzuschließen¹⁴⁵⁵ oder sich auf ein anderes Verfahren zu verständigen.¹⁴⁵⁶ Hinsichtlich der institutionellen Weiterentwicklung der Kommission und des Ministerrates konnte sich der Bund 1984 nur auf vage Aussagen einigen.¹⁴⁵⁷

Entsprechend dem dieser Arbeit zugrundeliegenden nationalstaatlichen Maßstab für die Legitimation der Europäischen Union beschloß der Bund 1989: „Wir wollen ein demokratisches Europa mit Institutionen, die in Übereinstimmung mit den grundlegenden Werten der parlamentarischen Demokratie stehen.“¹⁴⁵⁸ Und mit demokratiethoretischem Anspruch führt das Programm aus: „Die politische Wirklichkeit der europäischen Institutionen geht von einer zweifachen demokratischen Legitimation aus: der nationalen, die sich im Rat darstellt, und der gemeinschaftlichen in Gestalt des Parlaments und der Kommission. Das Fortschreiten im Prozeß der Europäischen Union muß von der Anerkennung und dieser zweifachen Legitimation ausgehen.“¹⁴⁵⁹

Vor diesem Hintergrund setzten sich die Sozialdemokraten für die Arbeit des im Juni 1989 zu wählenden Parlaments zwei „grundlegende institutionelle Ziele: [Erstens die] Stärkung der Macht und der demokratischen Legitimation der Kommission als Kollegium durch eine Investitur durch das Europäische Parlament[, und zweitens die s]chrittweise Einführung eines Beteiligungs-Systems, in dem Parlament und Ministerrat tatsächlich gemeinsam Entscheidungen in allen Bereichen der Gemeinschaftsgesetzgebung treffen“.¹⁴⁶⁰ Zu diesem Zweck sollte das im Jahr zuvor mit der Einheitlichen Europäischen Akte begründete Verfahren der Zusammenarbeit (II.1.4.) über den Bereich des Binnenmarktes ebenso ausgeweitet werden wie Mehrheitsentscheidungen im Rat. Gleichzeitig sahen die Mitgliedsparteien des Bundes für das Europäische Parlament die Komplettierung der Trias der grundsätzlichen Rechte der nationalen Parlamente¹⁴⁶¹ (II.1.3.) vor: die Mitwirkung am Haushalt über die Budgetgesetzgebung.¹⁴⁶²

Damit entsprach der Bund den damals weitgehend unumstrittenen Legitimationsanforderungen an die Europäische Union im Werden: Nachdem das Europäische Parlament durch die EEA genuine Legislativkompetenzen erlangt hatte, erhöhte sich der Legitimationsbedarf unmittelbar darauf nicht zuletzt durch die bevorstehende Errichtung der Europäischen Union. Die sich abzeichnende Übertragung von Politikfeldern, die zuvor zum Kernbestand staatlicher Souveränität zählten, auf die europäische Ebene verdeutlichte die Problematik der Entscheidungsrückbindung an den Willen der Bürger. Wie oben ausgeführt und von dem Bund aufgegriffen, verlor die bis *dato* vorherrschende Ansicht vom funktionalen „Zweckverband“¹⁴⁶³ infolgedessen an empirischer Erklärungs- und normativer Überzeugungskraft. (II.1.4.)

In der Post-Maastricht-Debatte konzentrierte sich die SPE ebenfalls auf die Legitimation der Europäischen Union. Dem Befund, daß „[d]er Maastrichter Vertrag über die Europäi-

¹⁴⁵⁴ Bund 1984: 34.

¹⁴⁵⁵ Vgl.: Bund 1984: 34; ELD 1977: 18; EVP 1984: 25.

¹⁴⁵⁶ Vgl.: Bund 1984: 34.

¹⁴⁵⁷ Die übrigen Passagen zu diesen beiden Organen zeugen aufgrund ihrer Unbestimmtheit von den verschiedenen Vorstellungen der Mitgliedsparteien des Bundes: „Die Kommission, ‚Hüterin der Verträge‘, muß ihre Aufgabe bei der Vorbereitung und Umsetzung von Gemeinschaftsentscheidungen voll und ganz wahrnehmen. Sie muß ein anregendes Element für die Gemeinschaft sein und darf nicht zum Sekretariat des Rates werden. [...] Der Ministerrat hat zu gegebener Zeit Beschlüsse zu fassen.“ Bund 1984: 33.

¹⁴⁵⁸ Bund 1989: 31.

¹⁴⁵⁹ Bund 1989: 33.

¹⁴⁶⁰ Bund 1989: 33f.

¹⁴⁶¹ Vgl.: Scheuner 1972: 500.

¹⁴⁶² Vgl.: Bund 1989: 34.

¹⁴⁶³ Ipsen 1972: 197; ebenso: Wieland 1991: 430.

sche Union [...] ein Schritt in die richtige Richtung¹⁴⁶⁴ sei, folgten im Manifest für die EP-Wahlen 1994 vereinzelt konkrete Reformvorschläge: Das Europäische Parlament sollte „über ein Initiativrecht“¹⁴⁶⁵ verfügen, „Einfluß auf die Wahl der Kommission [...] nehmen und sie demokratisch [...] kontrollieren“.¹⁴⁶⁶ Zudem forderte sie, daß „die Abstimmung mit qualifizierten Mehrheiten im Rat die Regel sind.“¹⁴⁶⁷ *In memoriam* des zwei Jahre zuvor verstorbenen Willy Brandt haben die europäischen Sozialdemokraten diese Forderungen mit „Mehr Demokratie wagen“¹⁴⁶⁸ überschrieben.

In ihrem Wahlmanifest von 1999 sprach die SPE die „left-overs“ von Amsterdam an: „die Größe der Kommission, die Gewichtung der Stimmen und die Anwendungsbereiche für Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit.“¹⁴⁶⁹ Ebenso wie sie auf diese Reformprojekte lediglich aufmerksam machte, forderte sie das Europäische Parlament allgemein nur dazu auf, „von seinen gewachsenen Legislativ- und Kontrollrechten vollen Gebrauch“¹⁴⁷⁰ zu machen; und kam anschließend zu weiteren vagen Feststellungen wie: Die „Europäische Kommission muß besser organisiert und einer höheren Rechenschaftspflicht unterworfen werden. Der Europäische Rat sollte die strategischen Leitlinien für die Europäische Union entwerfen. Der Ministerrat muß besser koordiniert werden.“¹⁴⁷¹

Diese Allgemeinplätze zeugen davon, daß sich die Mitgliedsparteien der Sozialdemokratischen Partei Europas nach ihren konkreten Vorstellungen hinsichtlich institutioneller Reformen in den neunziger Jahren auf keine gemeinsamen Reformvorschläge mehr verständigen konnten. Dies ist unter Legitimationsaspekten auch weniger notwendig gewesen als in früheren Jahre: Wie oben festgestellt wurde, ist das Europäische Parlament „als der Gewinner der Amsterdamer Regierungskonferenz“¹⁴⁷² anzusehen; die institutionellen Mängel sind weitgehend aufgehoben worden, wenngleich das Mitentscheidungsverfahren weiterhin nicht in allen Politikbereichen Anwendung findet. (II.1.5.)

Ohne diesbezügliche Forderungen aufzustellen, betonte die SPE 1999 die Bedeutung der Bürgerbeteiligung an der Willensbildung und verpflichtete sich, „das Subsidiaritätsprinzip zu respektieren, indem wir Integration überall, wo sie notwendig, und Dezentralisierung überall, wo sie möglich ist, sichern.“¹⁴⁷³

Das jüngste Programm der SPE aus dem Jahr 2004 widmete sich in Kapitel 5 der „Förderung Europas als Raum der Demokratie und Gleichberechtigung“.¹⁴⁷⁴ Die Mitgliedsparteien forderten in Fortschreibung des 99er-Programms zur Verwirklichung dieses Ziels die „Verstärkung der Rolle des Europäischen Parlaments als demokratische Willensäußerung der europäischen Bürger“.¹⁴⁷⁵ Auch wenn hierin ein Bewußtsein für das Demokratiedefizit der EU zu erkennen ist, folgten keine konkreten Vorschläge bezüglich entsprechender Maßnahmen: „Wir werden nach wie vor auf weitere Reformen der EU-Institutionen drängen“,¹⁴⁷⁶ heißt es in dem Wahlmanifest lediglich.

¹⁴⁶⁴ SPE 1993: 3.

¹⁴⁶⁵ SPE 1993: 14.

¹⁴⁶⁶ SPE 1993: 3.

¹⁴⁶⁷ SPE 1993: 14.

¹⁴⁶⁸ SPE 1993: 14.

¹⁴⁶⁹ SPE 1999: 25.

¹⁴⁷⁰ SPE 1999: 25.

¹⁴⁷¹ SPE 1999: 25.

¹⁴⁷² Dies wird zum einen im wissenschaftlichen Schrifttum konstatiert: Dehousse 1998: 7; Nentwich/Falkner: 1997: 20; Weidenfeld/Giering 1998: 70f. Zum anderen schätzen auch die Mitglieder des EP selbst die Regierungskonferenz als gewinnbringend für die Belange des Parlamentes ein. Vgl. hierzu die Resümees von Brok 1997a: 211; Brok 1997b: 505.

¹⁴⁷³ SPE 1999: 18.

¹⁴⁷⁴ SPE 2004: 7.

¹⁴⁷⁵ SPE 2004: 7.

¹⁴⁷⁶ SPE 2004: 7.

Zusammenfassend ist festzuhalten, daß die Ausdifferenzierung der Konzepte des Bundes bzw. der SPE zur Fortentwicklung der Gemeinschaftsorgane unmittelbar davon abhing, wer seine Zustimmung geben mußte: Während sich das Bureau, dessen Mitglieder durch die dauerhafte Zusammenarbeit mutmaßlich europhiler als ihre nationalen Genossen waren, auf konkrete Forderungen zur Weiterentwicklung der EG verständigen konnte, legten mehrere Mitgliedsparteien gegen die föderale Anlage des ersten Programms 1977 ihr Veto ein. Da alle Mitgliedsparteien zu den beiden 1978/79 verabschiedeten Dokumenten ihre Zustimmung geben mußten, finden sich dort nur zwei Sätze ohne substantielle Aussagen über die Fortentwicklung der Gemeinschaftsorgane.

Erst nachdem sich die Europaparlamentarier der im Bund zusammengeschlossenen Parteien in der ersten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments auf gemeinsame Positionen zu Fragen der institutionellen Entwicklung verständigt hatten, nahmen auch die Parteien in ihrem zweiten Wahlprogramm von 1984 zu diesem Themenkomplex Stellung. Hier wird der maßgebliche Einfluß der EP-Fraktion auf den Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG deutlich. Von der damaligen Diskussion um die Legitimation der Gemeinschaft ange-regt, forderte der Bund bereits 1984, den politischen Willen der Völker Europas im europäischen Einigungsprozeß durch das EP zum Ausdruck zu bringen.

Fünf Jahre später griff dieser Parteienzusammenschluß die Legitimationsdebatte im Gefolge der Einheitlichen Europäischen Akte und im Vorfeld von Maastricht auf. Daß sich einzelne Parteien von Passagen der Wahlprogramme distanzieren konnten, nutzen die übrigen Mitgliedsparteien des Bundes und insbesondere ab 1993 die Sozialdemokratische Partei Europas: In den neunziger Jahren begleiteten sie die institutionelle Weiterentwicklung der Gemeinschaftsorgane mit konkreten Vorschlägen (die von den Briten und Dänen in der Regel nicht unterstützt wurden).

Parallel zum weitgehenden Abbau des Legitimationsdefizits der EU durch den Vertrag von Amsterdam stellten auch die Sozialdemokraten weniger Forderungen hinsichtlich der Reform der Gemeinschaftsorgane auf. 2004 appellierten sie nur noch daran, daß die Verabschiedung der europäischen Verfassung „den europäischen Regierungen eine Priorität sein“¹⁴⁷⁷ sollte und hoben die Bedeutung der demokratischen Repräsentation der europäischen Bürger hervor.

In diesem Zusammenhang sprach die SPE allerdings lediglich das Europäische Parlament an. Zur Konzeption einer europäischen Parteiendemokratie bezog sie keine gemeinsame Position. Im Anhang zu dem jüngsten Wahlmanifest wird allerdings auf das im April 2004 von SPE-Schatzmeister Ruairi Quinn und Generalsekretär Antony Beumer vorgelegte Papier mit dem Titel „Das Statut der Europäischen Parteien: Die Stärkung der Sozialdemokratischen Partei Europas“¹⁴⁷⁸ verwiesen.

2.3.3. Europapolitische Akzente

Alle Wahlmanifeste des Bundes wie der SPE sprechen neben Reformvorschlägen zur institutionellen Weiterentwicklung auch andere Politikbereiche an, die entweder bereits Bestandteil des *acquis communautaire* waren oder nach Ansicht der Mitglieder dorthin überführt werden sollten. Durch ihre diesbezüglichen Forderungen setzten die Sozialdemokraten und Sozialisten europapolitische Akzente, die wie im vorstehenden Abschnitt über die Organe die Frage aufwerfen, ob ihr Parteienverbund den im II. Teil dieser Arbeit aufgezeigten Legitimationsdefiziten Antworten entgegen setzte.

Ende der siebziger Jahre wandten sich die im Bund der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft zusammengeschlossenen Parteien gegen die damalige

¹⁴⁷⁷ SPE 2004: 5.

¹⁴⁷⁸ SPE: Homepage. Das Papier ist nicht mehr verfügbar.

Konzeption der Integration. Ihrer Ansicht nach brachte die Gemeinschaftspolitik „wenig Fortschritte hinsichtlich eines größeren regionalen und sozialen Gleichgewichts [...] und daher] sollte „das Schwergewicht der Politik und des Handelns von der Verfolgung wirtschaftlicher Interessen auf menschliche Ziele und auf die Vertiefung der Zusammenarbeit verlagert“¹⁴⁷⁹ werden. Daraus leiteten die Bund-Mitglieder ihre Forderung nach einer Umsetzung des Gleichheitsgrundsatzes in horizontaler und vertikaler Hinsicht ab: „Wir fordern eine konsequente Regionalpolitik, die dazu beiträgt, die Unterschiede im Lebensstandard zwischen den verschiedenen Regionen in der Gemeinschaft zu verringern. Gleichzeitig fordern wir eine wirksame Sozialpolitik, die imstande ist, die zahlreichen Ungleichheiten zwischen den verschiedenen Schichten in unserer Gesellschaft zu beseitigen.“¹⁴⁸⁰ In diesem Zusammenhang unterstrichen die Mitglieder des Bundes, daß „[d]as Recht auf Arbeit [...] eine Grundforderung der Sozialdemokratie“¹⁴⁸¹ ist und setzten „sich für ein gerechteres Bildungssystem ein, das allen gleiche Chancen und optimale Entfaltungsmöglichkeiten bietet.“¹⁴⁸²

Gemäß dieser Prioritäten stellte der Bund 1979 seine Forderungen „Für die Sicherung des Rechts auf Arbeit“¹⁴⁸³ an den Anfang seines Wahlaufs. Es folgten Kapitel „B. Für die Demokratische Steuerung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung“, „C. Für die Erhaltung unserer Umwelt“, „D. Beseitigung der Diskriminierung, besonders der der Frauen“, „E. Für die Interessen der Verbraucher“, „F. Für Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit“ sowie „G. Für die Erweiterung und Verteidigung der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten.“ Hinsichtlich des letzten Punktes knüpfte der Bund an das Engagement von Politiker seiner Mitgliedsparteien, insbesondere der SPD, an: „Wir setzen uns für die volle Anwendung der Vereinbarungen von Helsinki“¹⁴⁸⁴ ein. Und vor dem Hintergrund der von Willy Brandt geleiteten Nord-Süd-Kommission¹⁴⁸⁵ hieß es weiter: „Mittel- und langfristig werden die reichen Länder ein langsames Ansteigen ihres Wohlstandes akzeptieren müssen, um den Nord-Süd-Konflikt zu bewältigen.“¹⁴⁸⁶

1984 richtete der Bund erneut sein Hauptaugenmerk auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, zu deren Zweck er „[e]ine Europäische Lösung zur Überwindung der Krise“ entwickelte. Diese „Wirtschaftsstrategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit basiert auf drei sich gegenseitig verstärkenden Grundlagen“:¹⁴⁸⁷ Wiederaufschwung, Umstrukturierung und Umverteilung. Zum letzten Bereich führte das Wahlprogramm aus: „[W]enn sich der wirtschaftliche Aufschwung in einer Verringerung der Arbeitslosenzahl niederschlagen soll, ist eine Umverteilung der Arbeit und der Einkommen unerlässlich.“¹⁴⁸⁸ Zu diesem Zweck schrieb man in das Programm „[e]ine koordinierte europäische Wiederbelebung“,¹⁴⁸⁹ „[e]ine Strukturpolitik für das Europa der 80er Jahre“¹⁴⁹⁰ (darunter: Forschungspolitik, Industriepolitik, eine sozialistische Energiepolitik, Regionalpolitik sowie den Ausbau der Hilfe für Kooperativen und Genossenschaften) und Maßnahmen „[f]ür eine aktive Beschäftigungspolitik“,¹⁴⁹¹ die insbesondere auf die Einstellung von Jugendlichen, Frauen und ausländischen Arbeitnehmern

¹⁴⁷⁹ SPD 1978: 2; vgl. auch: Bund 1979: 2.

¹⁴⁸⁰ SPD 1978: 3.

¹⁴⁸¹ Bund 1979: 3. „Unsere Parteien betonen nachdrücklich, daß der EGB (Europäische Gewerkschaftsbund) bei der Verteidigung der ideellen und materiellen Interessen der europäischen Arbeitnehmer ebenso wie bei der Verwirklichung des sozialen Fortschritts und bei der Demokratisierung der Wirtschaft eine zunehmende Rolle spielen muß.“ Bund 1979: 3.

¹⁴⁸² SPD 1978: 3.

¹⁴⁸³ Bund 1979: 2.

¹⁴⁸⁴ Bund 1979: 5; vgl. auch: SPD 1978: 3.

¹⁴⁸⁵ Vgl.: Nord-Süd-Kommission 1981.

¹⁴⁸⁶ SPD 1978: 3; ebenso: Bund 1979: 5.

¹⁴⁸⁷ Bund 1984: 9.

¹⁴⁸⁸ Bund 1984: 9.

¹⁴⁸⁹ Bund 1984: 10.

¹⁴⁹⁰ Bund 1984: 10.

¹⁴⁹¹ Bund 1984: 14.

abzielten. Die weiteren Teile des zweiten Wahlmanifests entwickelten „[e]ine neue Gemeinsame Agrarpolitik“¹⁴⁹² und Möglichkeiten der Gemeinschaft, ein „Faktor für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit in der Welt“ durch die Erweiterung der EG und den Ausbau der Nord-Süd-Beziehungen zu werden.

In ihrem Manifest für die dritten Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1989 stellte der Bund seinen Willen, an der Einigung Europas mitzuwirken, an den Anfang. Nach der Vollendung des Binnenmarktes und der Gewährleistung von wirtschaftlichem und sozialem Zusammenhalt kam es ihm in diesem Zusammenhang vor allem auf die „Solidarität zwischen den Staaten und Regionen der Gemeinschaft durch Angleichung des Entwicklungsstandes“,¹⁴⁹³ den Umweltschutz und die Einbindung der Bürger an.¹⁴⁹⁴ In dieser Reihenfolge spiegeln sich die sozialdemokratischen Grundwerte wider – auf die damalige (akademische wie öffentliche) Diskussion über die Legitimation der Gemeinschaft reagierten die Sozialdemokraten jedoch nur mit dem zuletzt genannten Ziel. Ebenfalls mit der Intention, Solidarität und Gleichheit zu verwirklichen, plädierten sie für „ein wirtschaftliches starkes Europa[, ...] dessen Wirtschafts- und Finanzkraft ausreicht, um das Wirtschaftswachstum zu gewährleisten, das für die Erzielung von Vollbeschäftigung und sozialer Absicherung erforderlich ist.“¹⁴⁹⁵ Dabei legten sie ein weiteres Mal ein besonderes Augenmerk auf die gerechte Verteilung von Arbeit und Wohlstand bei Frauen und Jugendlichen. Wie bereits erörtert, ging der Bund im Kapitel über „ein demokratisches Europa“ auf die institutionellen Reformen unter Berücksichtigung der Legitimationsanforderungen ein. Das 1989 verabschiedete Programm schloß mit Überlegungen zu Europas Rolle in der Welt, die der Bund aktiv gestalten und dabei Schwerpunkte auf Entwicklungshilfe und die Friedensordnung im Rahmen des KSZE-Prozesses legen wollte.¹⁴⁹⁶

Anfang der neunziger Jahre barg die Verdichtung der Integration durch die Wirtschafts- und Währungsunion nach Auffassung des Bundes vermehrt die Gefahr einer Vergrößerung der Ungleichheiten zwischen den Regionen in der EG. Als Abhilfe empfahl er einen stärkeren Gebrauch der Möglichkeiten zur Förderung des Zusammenhalts im Rahmen der Regionalpolitik und der EG-Strukturfonds.¹⁴⁹⁷ In diese Richtung zielte auch das Programm für die Wahlen EP-1994: Dem ersten Kapitel „Europa steht am Scheideweg – Herausforderung für die Sozialdemokratie“¹⁴⁹⁸ folgten ausführliche Überlegungen, „Arbeit [zu] schaffen, [zu] den sozialen Fortschritt [zu] sichern und den Zusammenhalt [zu] fördern“¹⁴⁹⁹ Das Wahlmanifest beschäftigte sich darüber hinaus mit der Gleichstellung von Frauen und Männern, dem Umwelt- und Verbraucherschutz, der Schaffung von Frieden und Sicherheit, sowie der Bekämpfung von Rassismus und Organisiertem Verbrechen. Das bereits erwähnte Kapitel „Mehr Demokratie wagen“ wurde erst vor das Schlußkapitel „Von Europa reden alle – den Fortschritt gibt es nur mit uns“¹⁵⁰⁰ gestellt.

Als Mitte der neunziger Jahre Mitgliedsparteien der SPE die Regierungsverantwortung in mehreren EU-Staaten übernehmen konnten, nutzten ihre Regierungschefs (wie vor Maastricht diejenigen der EVP) ihren europäischen Dachverband zur Positionsabstimmung vor und während der Amsterdamer Revisionskonferenz über den EU-Vertrag. Unter diesen Treffen hatte insbesondere das Madrider vom 14. Dezember 1995 eine nachhaltige Wirkung: In

¹⁴⁹² Bund 1984: 21.

¹⁴⁹³ Bund 1989: 6.

¹⁴⁹⁴ Vgl.: Bund 1989: 7.

¹⁴⁹⁵ Bund 1989: 9; vgl. auch: Bund 1989: 19. Die Sozialdemokratische Partei Dänemarks sah sich „in Anbetracht einiger föderalistischer Vorschläge und der ausdrücklichen Forderung nach sozialer und steuerlicher Harmonisierung gezwungen, allgemeine Vorbehalte gegen das Manifest zu äußern.“ Bund 1989: 48.

¹⁴⁹⁶ Vgl.: Bund 1989: 35ff.

¹⁴⁹⁷ Vgl.: Piepenschneider 1991: 255.

¹⁴⁹⁸ SPE 1993: 2.

¹⁴⁹⁹ SPE 1993: 4.

¹⁵⁰⁰ SPE 1993: 16.

einer Erklärung der SPE war dort die (später in das Vertragswerk eingebrachte) Verankerung der Beschäftigungspolitik in den *acquis* gefordert worden.¹⁵⁰¹

Mit diesem Themenbereich eröffnete die Sozialdemokratische Partei Europas auch ihr Wahlmanifest 1999, indem sie sich selbst dazu verpflichtete, „[d]ie Beschäftigung in den Mittelpunkt [zu] rücken [und] die Beschäftigungsmöglichkeiten für diejenigen, die ohne Arbeit sind, insbesondere durch Programme für Jugendliche und Langzeitarbeitslose, zu fördern.“¹⁵⁰² Die nachfolgenden Abschnitte zielten in dieselbe Richtung: „Das Wirtschaftswachstum sichern“,¹⁵⁰³ „[e]in soziales Europa schaffen“,¹⁵⁰⁴ mittels der Vollendung des Binnenmarktes „die Beschäftigung durch wachsenden Handel ankurbeln“¹⁵⁰⁵ und den Menschen in einem „Europa des Wissens“ die Möglichkeiten geben, „zukunftsorientierte Fähigkeiten“¹⁵⁰⁶ zu erwerben, waren die folgenden Abschnitte betitelt. Im weiteren Verlauf dieses Programms widmete sich die SPE Fragen der Bürgerrechte,¹⁵⁰⁷ der Chancengleichheit insbesondere für Jugendliche¹⁵⁰⁸ und Frauen,¹⁵⁰⁹ der Bekämpfung von Rassismus,¹⁵¹⁰ der Umweltpolitik¹⁵¹¹ und der Verbrechensbekämpfung.¹⁵¹² Schließlich schrieb sie die außenpolitischen Passagen der bisherigen Programme im Kontext der Situation am Ende der neunziger Jahre dadurch fort, daß sie sich verpflichtete, „eine enge Zusammenarbeit in der Außenpolitik aufzubauen und Europas Fähigkeiten der Konfliktvorbeugung und des Krisenmanagements zu verbessern und den Katalog der Maßnahmen in diesem Bereich zu erweitern.“¹⁵¹³

Wie schon erwähnt, verabschiedete die Sozialdemokratische Partei Europas im April 2004 ein Wahlmanifest, in dem sie „den Wählern fünf Zusagen für die kommenden fünf Jahre“¹⁵¹⁴ machte. Erstens versprach sie „[d]ie Steigerung des Wirtschaftswachstums in Europa, die Armutsbekämpfung und die Schaffung von neuen und qualifizierteren Arbeitsplätzen.“¹⁵¹⁵ Zu diesem Zweck strebte sie mit etatistischem Ansatz u.a. die Bereitstellung von EU-Fonds zur Arbeitsplatzbeschaffung und die „Entwicklung einer europäischen Finanzpolitik zur Förderung von Wachstum, nachhaltiger Entwicklung und Beschäftigung in einer sozialen Marktwirtschaft“¹⁵¹⁶ an. Zweitens wollte sie „[d]ie Europäische Union den Bürgern und Bürgerinnen näher bringen“¹⁵¹⁷ und führte als entsprechende Maßnahmen die „Annahme einer europäischen Verfassung, die die EU den Bürgern näherbringt“¹⁵¹⁸ (aber kein Plebiszit über die Verfassung!), die Bekämpfung des Terrorismus, die Verbesserung des Zugangs zur Informationstechnologie einschließlich einer Garantie von Breitband-Internetzugang für alle Bürger bis 2012 an. Der dritte Themenbereich dieses SPE-Programms widmete sich der Zuwanderung und Integration,¹⁵¹⁹ während „4. Der Aufbau einer sichereren, nachhaltigeren, friedlicheren und gerechteren Welt“¹⁵²⁰ proklamiert wurde. Unter dem Eindruck des Irakkrieges strebte die SPE außerdem „[e]ine Verstärkung der UN und ihrer Institutionen und

¹⁵⁰¹ Vgl.: Jansen 1996b: 265.

¹⁵⁰² SPE 1999: 5.

¹⁵⁰³ SPE 1999: 5.

¹⁵⁰⁴ SPE 1999: 7.

¹⁵⁰⁵ SPE 1999: 9.

¹⁵⁰⁶ SPE 1999: 10.

¹⁵⁰⁷ Vgl.: SPE 1999: 11.

¹⁵⁰⁸ Vgl.: SPE 1999: 12.

¹⁵⁰⁹ Vgl.: SPE 1999: 13.

¹⁵¹⁰ Vgl.: SPE 1999: 14.

¹⁵¹¹ Vgl.: SPE 1999: 15.

¹⁵¹² Vgl.: SPE 1999: 17.

¹⁵¹³ SPE 1999: 21.

¹⁵¹⁴ SPE 2004: 1f.

¹⁵¹⁵ SPE 2004: 2.

¹⁵¹⁶ SPE 2004: 3.

¹⁵¹⁷ SPE 2004: 3.

¹⁵¹⁸ SPE 2004: 4.

¹⁵¹⁹ Vgl.: SPE 2004: 4.

¹⁵²⁰ SPE 2004: 5.

Verbesserung der Zusammenarbeit[, ... d]ie Verbesserung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei Konfliktverhütung und Krisenmanagement“¹⁵²¹ an. Der fünfte Abschnitt behandelte „[d]ie Förderung Europas als Raum der Demokratie und Gleichberechtigung“ und wurde anlässlich der Untersuchung der Konzepte zur Fortentwicklung der Gemeinschaftsorgane bereits erörtert. (III.2.3.2.)

Rückblickend fallen bezüglich der europapolitischen Akzente der Wahlprogramme des Bundes und der SPE in erster Linie zwei Themenbereiche auf: die Beschäftigungspolitik und der (soziale) Ausgleich unter den Regionen innerhalb der EG/EU. Andere Komplexe wie die Außenbeziehungen wurden zwar ebenfalls in jedem Manifest angesprochen, erfuhren aber zu keiner Zeit eine prioritäre Behandlung.

Als die SPE nach der Regierungsübernahme in zahlreichen EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit zur Politikgestaltung hatte, nutzte sie diese im Bereich der Beschäftigungspolitik: Ihre Regierungschefs vereinbarten im Dezember 1995 die Verankerung dieses Politikbereichs in der Gemeinschaft und setzten damit die Absichtserklärungen ihres europäischen Parteienzusammenschlusses um.

Insgesamt gibt die SPE in programmatischer Hinsicht ein geschlossenes Bild ab: Sie proklamiert seit Ende der siebziger Jahre in Ableitung ihrer Grundwerte konsequent die Ziele der Vollbeschäftigung und des sozialen Ausgleichs in der Gemeinschaft und ergriff entsprechende Möglichkeiten. Hierin ist eine legitimationsfördernde Interessenrepräsentation der Bürger (I.2.2.) zu erkennen, denen die Sozialdemokraten und Sozialisten ihr Eintreten für ihre Belange vermitteln wollen.

2.3.4. Zusammenfassung

Als Maßstab für die Ermittlung des Legitimationspotentials der europäischen Parteien liegt dieser Arbeit das entsprechende Niveau der nationalen Parteiensysteme in den Staaten der 15er-EU zugrunde. Bei deren Untersuchung hatte sich als wesentliche Funktion der nationalen Parteien – nach der Personalrekrutierung – die Herausbildung des politischen Willens der Bürger durch die Formulierung von Programmen herauskristallisiert. (I.2.4.)

Wie im Kapitel über die Organisationsform der Sozialdemokratischen Partei Europas festgestellt wurde, verfügt diese nur über geringe Möglichkeiten zur Politikgestaltung. (III.2.2.6.) Zwar sind die Gremienstruktur und die Verfahren zur Willensbildung seit der Gründung des Zusammenschlusses 1974 sukzessive mit einigen demokratischen Entscheidungsmechanismen ausgestattet worden. Über genuine Kompetenzen zur Durchsetzung ihrer Politik verfügt die SPE jedoch weiterhin nicht, da die Mitgliedsparteien nicht zur vollständigen Übertragung ihrer Souveränität auf ihren europäischen Zusammenschluß bereit sind. Vor dem Hintergrund dieser organisatorischen und verfahrenstechnischen Konstellation sind die programmatischen Konzepte der SPE nun zusammenzufassen und ihr Potential zum Abbau von Legitimationsdefiziten der Europäischen Union einzuschätzen.

Aufgrund der Definition ihres Mitgliederkreises über die Sozialistische Internationale gehören seit dem EG-Beitritt von Dänemark und Großbritannien zu Beginn des Jahres 1973 Parteien aus Ländern, die grundsätzlich andere Integrationskonzepte verfolg(t)en als die übrige Gemeinschaft, dem europäischen Parteienzuschluß der Sozialdemokraten, Sozialisten und Arbeiterparteien an. Dies wirkte sich unmittelbar auf die Programmatik des Verbindungsbureaus und später auch diejenige des Bundes und der SPE dadurch aus, daß Forderungen nach einer föderalen Integrationsentwicklung nicht mehr (wie zuvor) zur einvernehmlichen Beschlußlage aller Mitgliedsparteien werden konnten. Anstelle dessen befaßten sich Bund und SPE hauptsächlich mit einem Thema, das seit Ende der neunziger Jahre mit

¹⁵²¹ SPE 2004: 6.

geringen Kompetenzen zum gemeinsamen Besitzstand der Gemeinschaft zählt und zuvor vollständig im nationalen Bereich angesiedelt war: die Arbeitsmarktpolitik.

Diesbezügliche Forderungen stellten sie als Alternative zwischen einer reinen Ausrichtung der EG auf die Wirtschaft und dem sozialen Ausgleich sowohl zwischen den Regionen innerhalb der Gemeinschaft wie auch in den einzelnen Mitgliedstaaten dar. Dabei betonte der Bund in den achtziger Jahren unter dem damals auch von den anderen beiden Parteienzusammenschlüssen mitgetragenen Ziel der Vollbeschäftigung die Forderung nach dem „Recht auf Arbeit“.¹⁵²² Der Ruf nach einer „aktiven Arbeitsmarktpolitik“¹⁵²³ und der „Umverteilung der Arbeit und der Einkommen“¹⁵²⁴ wurden 1984 durch die Forderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche, Herabsetzung des Rentenalters und einer Verlängerung des Jahresurlaubs ergänzt.¹⁵²⁵ Diese Ausdifferenzierung des Forderungskatalogs läßt auf eine zunehmende Konsensbildung innerhalb des Bundes in diesem Politikbereich schließen.

Mit den Außenbeziehungen der Gemeinschaft befaßte sich dieser Parteienzusammenschluß ebenfalls in jedem Wahlprogramm. Sie wurden von den Sozialdemokraten und Sozialisten (anders als von der EVP und ELDR) in zwei Koordinatensystemen betrachtet, die sich zeitlich ablösten: Mitte der achtziger Jahre verschob sich das Interesse an den „Beziehungen zu den Großmächten“¹⁵²⁶ von der Ost-West-Achse quasi um 90 Grad zum Nord-Süd-Dialog, welcher vom Bund im Unterschied zur EVP nicht bei der Wirtschafts-, sondern bei der Außenpolitik angesiedelt wurde.¹⁵²⁷

In einem Zwischenresümee läßt sich die Zeit des Bundes als konsensbildend charakterisieren. Von neun Parteien¹⁵²⁸ mit teilweise widersprüchlichen Ansichten wurde nach und nach ein gemeinsamer Nenner erarbeitet, der programmatisch in doppelter Hinsicht mit der EVP und der ELDR vergleichbar ist: Einerseits aufgrund der Stellungnahmen zu den gleichen Politikbereichen und andererseits von den inhaltlichen Standpunkten her. Die Mitgliedsparteien des Bundes waren jedoch nicht zur Aufgabe ihrer Souveränität bereit, so daß eine supranationale Beschlußfassung nicht eingeführt werden konnte.

Ab Ende der achtziger Jahre bis zum Vertrag von Amsterdam begleiteten jedoch die Mitgliedsparteien des Bundes bzw. der SPE (mehrheitlich) die Novellierungen der Verträge mit eigenen Positionspapieren und machten diese in den Wahlmanifesten den Bürgern bekannt. Da sich lediglich die Mitgliedsparteien aus Dänemark und Großbritannien (bis 1999)¹⁵²⁹ von der Verfolgung der gemeinsamen Ziele lossagten, wirkte die Arbeit der großen Mehrheit der nationalen Parteien in der SPE auf deren europapolitische Konzeptionen konsensbildend.

Die Sozialdemokratische Partei Europas zeigte seit ihrer Gründung ein hohes Maß an Bewußtsein für die problematische Legitimation der Europäischen Union. Aus ihren Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität leitete sie nicht nur die Forderung nach einheitlichen Lebensstandards unter den Mitgliedstaaten (und deren Regionen) ab, sondern sah sich auch gegenüber den Bürgern in der Pflicht zur Vertretung ihrer Anliegen auf der europäischen Ebene. Nachdem die Wahlprogramme bis 1994 dieses Politikverständnis in einzelnen Forderungen zum Ausdruck gebracht hatten, beschloß die SPE in den beiden jüngsten Manifesten explizit Kataloge mit Selbstverpflichtungen. Auch wenn im Bereich der Umsetzung nur ge-

¹⁵²² Bund 1977: 4; ebenso: Bund 1979: 2; Bund 1989: 10.

¹⁵²³ Bund 1984: 14f.

¹⁵²⁴ Bund 1984: 9.

¹⁵²⁵ Vgl.: Bund 1984: 14.

¹⁵²⁶ Bund 1977: 9.

¹⁵²⁷ Vgl.: Bund 1984: 8; Bund 1989: 9f.; vgl. hierzu auch das Engagement von Willy Brandt: Brandt 1991; Nord-Süd-Kommission 1981.

¹⁵²⁸ Dies waren: PS (Belgien), Socialdemokratiet (Dänemark), SPD (Bundesrepublik Deutschland), PS (Frankreich), Labour (Irland), PSDI und PSI (Italien), LSAP (Luxemburg), PvdA (Niederlande) und Labour (Verinigtes Königreich). Nach: Das Parlament 1976: 9.

¹⁵²⁹ Vgl.: SPE 1999: 33.

ringe Möglichkeiten ausgemacht werden konnten, sind die programmatischen Konzepte als Beitrag zum Abbau des Demokratiedefizits der Europäischen Union positiv zu bewerten.

2.4. Das Legitimationspotential der SPE

Die Geschichte der SPE-Vorläuferorganisationen reicht in die Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts zurück. Nur wenige Jahre, nachdem in den europäischen Nationalstaaten (sozialdemokratische) Parteien als Antwort auf die Legitimationskrise der damaligen monarchischen Herrschaftssysteme gegründet worden waren, (I.2.1.) schlossen sich einige von ihnen 1864 zur Internationalen Arbeiterassoziation zusammen. Die supranationale Kooperation dieser politischen Bewegung führte – nach Spaltungen, Wiederbelebungen und Neugründungen – 1951 zur III. Sozialistischen Internationale. (III.2.1.1.)

Mit dem Klassengegensatz von Arbeit und Kapital geht die Gründung sozialdemokratischer Parteien und ihrer Kooperationen in den SI ebenso auf externe Impulse zurück, wie die Entwicklungsfortschritte der europäischen Einigung die Zusammenarbeit dieser Parteien auf der europäischen Ebene prägten.

Die westeuropäische Sektion der Sozialistischen Internationale bildete während der Verhandlungen über den EGKS-Vertrag den Rahmen für die „Arbeitsgruppe über die europäische Einheit“, aus der (während der EWG-Verhandlungen) 1957 das sogenannte „Verbindungsbüro“ hervorging. Die Integrationsdynamik nach 1967 führte zu mehreren Umgestaltungen Anfang der siebziger Jahre. (III.2.1.2.) Auf deren Grundlage wurde angesichts der bevorstehenden unmittelbaren Wahl des Europäischen Parlaments im April 1974 der „Bund der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft“ errichtet. Dessen Zeit (1974-1992) ist hinsichtlich einer Einschätzung des heutigen Legitimationspotentials der SPE jedoch nur für historische Erklärungen von Nutzen, da sowohl die Struktur als auch die Programmik zwischenzeitlich grundlegenden Veränderungen unterworfen worden sind. (III.2.1.3.)

Während die Umwandlung in den Bund vornehmlich „kosmetische Veränderungen“¹⁵³⁰ brachte, handelte es sich bei der Gründung der Sozialdemokratischen Partei Europas im November 1992 tatsächlich um eine neue Organisationform. (III.2.1.4.) Den Impuls hierfür gab die wiederholt zitierte Passage des Maastrichter Vertragswerks, die den supranationalen Parteien eine wichtige Rolle dabei zuschrieb, „ein europäisches Bewußtsein herauszubilden und den politischen Willen der Bürger der Union zum Ausdruck zu bringen.“¹⁵³¹ Vermag dies der Zusammenschluß aus sozialdemokratischen, sozialistischen und Arbeiterparteien, obwohl er den Einigungsprozeß ganz überwiegend reaktiv begleitete und ihn nicht mitzugestalten suchte?

Aus ihrer Vergangenheit folgt nicht zwangsläufig, daß die Sozialdemokratische Partei Europas keinen Beitrag zur europäischen Willensbildung erbringt: Für die Gründung ihrer nationalen Mitgliedsparteien waren ebenfalls externe Faktoren maßgeblich, die heute nur noch vereinzelt (im Bereich der Mitgliedschaftstypologien; I.3.2.) negative Auswirkungen auf die Legitimationsvermittlung haben. Folglich kann die SPE mittlerweile Organisationsmerkmale und Verfahren eingerichtet haben, die zur Minderung des eingangs postulierten Demokratiedefizits der Europäischen Union geeignet sind.

Um dem nachzugehen, sind nun die Zwischenergebnisse der SPE-Studie auf die Ausgangsfragestellung zurückzuführen. Dabei treffen alle europäischen Parteien auf die gleichen, im II. Teil dieser Arbeit aufgezeigten, institutionellen Voraussetzungen, deren Auswirkungen auf und Wahrnehmung durch die SPE noch abschließend zu beurteilen sind. Im folgenden wird die segmentierte Untersuchung der Parteifunktionen wieder zusammengeführt, um spe-

¹⁵³⁰ Hix 1995: 11: “much of the changes were cosmetic”.

¹⁵³¹ EGV Art. 191.

ziell für die Sozialdemokratische Partei Europas einschätzen zu können, welches Potential zur Legitimationsvermittlung sie besitzt.

Dabei sind zunächst die beiden maßgeblichen Aspekte der Legitimationsgrundlagen aller westeuropäischen Staaten zu betrachten: Dort gründet die Herrschaftsausübung stets auf Normen, ist also legitim, und gewährleistet die gleichberechtigte Partizipation aller Herrschaftsbetroffenen an der Herrschaftsausübung (d.h. sie ist demokratisch). (I.1.2.)

Die Sozialdemokratische Partei Europas gab sich am 9. Mai 2001 (zum zweiten Mal nach 1992) eine neue Satzung, die von ihrem höchsten Gremium, dem Kongreß, verabschiedet worden ist. In ihr sind hauptsächlich zwei Bereiche geregelt: die Mitgliedertypen sowie die Zusammensetzung und Verfahren der Parteigremien. Änderungen bedürften einer Dreiviertelmehrheit (bei Anwesenheit von Zweidritteln der Mitgliedsparteien).¹⁵³² Da alle Entscheidungen der SPE auf diesen rechtlichen Grundlagen basieren, ist sie als *legitim* zu kennzeichnen.

An ihren Mitgliederkreis, der neben der EP-Fraktion und Vereinigungen nur aus nationalen Parteien besteht, stellt die SPE zwei Anforderungen: Sie müssen der Sozialistischen Internationale angehören und in Mitgliedstaaten der Europäischen Union beheimatet sein. Diese historisch gewachsenen und normativ verankerten Kriterien¹⁵³³ gewährleisten weitgehend die *demokratische Partizipation aller Beteiligten*: Mit Ausnahme norwegischer DNA-Mitglieder sind alle an der Herrschaftsausübung der SPE Mitwirkenden aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit in einem EU-Mitgliedsland auch von ihrer Herrschaftsausübung betroffen. (Interessanterweise sind es auch Mitgliedsparteien der SPE, die auf der nationalen Ebene in diesem Bereich kleinere Defizite aufzuweisen haben; I.3.2.)

Auf den Grundlagen der Legitimität und demokratischen Partizipation ist die Vermittlung demokratischer Legitimation wiederum an Werte und Verfahren gebunden. Dabei wurden zunächst die Organe der SPE und deren Willensbildungsverfahren vor allem auf folgende Bedingungsfaktoren untersucht: allgemeine, gleiche, freie und periodische Wahlen, das Mehrheitsprinzip und die fortlaufende Kontrolle der Herrschaft. (I.1.4.)

Die *Willensbildung der SPE-Organe* entspricht nur teilweise den Anforderungen, die anhand der nationalstaatlichen Parteifunktionen an sie zu stellen sind. Im Kongreß als oberstem Organ sind zwar die Mitgliedsparteien nach einem (am Rat der EU orientierten) gewichteten Schlüssel vertreten und nehmen dort die beiden Hauptfunktionen politischer Parteien wahr: die oberste Personalentscheidung (Wahl des Vorsitzenden) und die Programmformulierung (u.a. Beschluß von Wahlmanifesten). Vergleichbar ist der Parteirat organisiert, der in den Jahren stattfindet, in denen sich kein Kongreß versammelt und alle personellen Entscheidungen (insb. die Wahl des Präsidiums außer dem Vorsitzenden) in demokratischen Wahlen trifft.¹⁵³⁴

Die programmatischen Entscheidungsverfahren dieser beiden Gremien genügen jedoch nicht den demokratischen Grundsätzen für die Vermittlung von Legitimation. Da den Parteien der Sozialistischen Internationale in der Europäischen Union stets ihr Zusammenhalt wichtiger war als eine ausdifferenzierte Programmatik, haben sie sich in der Satzung nicht nur verpflichtet, „eine umfassende Übereinstimmung zwischen allen Mitgliedsparteien anzustreben“.¹⁵³⁵ In organisationsrechtlicher Hinsicht wurden zwei Möglichkeiten geschaffen, um ihre Souveränität zu bewahren und damit diejenige ihres europäischen Zusammenschlusses zu verhindern: Erstens haben sich die Mitgliedsparteien mit dem Letztentscheidungsrecht des Kongresses die Kontrolle insbesondere hinsichtlich der endgültigen Aufnahme neuer Parteien

¹⁵³² Vgl.: SPE-Satzung Art. 29 i.V.m. Art. 7 Abs. 4.

¹⁵³³ „Die SPE besteht aus den Mitgliedsparteien mit vollem Recht [...]. Die Mitgliedsparteien der Sozialistischen Internationale in den EU Mitgliedstaaten sind, sofern sie die Statuten der SPE akzeptieren, ex officio Mitglieder.“ SPE-Satzung Art. 2.

¹⁵³⁴ Vgl.: SPE-Satzung Art. 8 Abs. 1.

¹⁵³⁵ SPE-Satzung Art. 7 Abs. 1.

in ihren Kreis vorbehalten. (III.2.2.3.) Zweitens ist eine Dreiviertelmehrheit für die Verabschiedung von politischen Beschlüssen notwendig, von denen sich Parteien zudem distanzieren können ("opt out"). Nachdem der Bund Anfang der achtziger Jahre kurzzeitig verbindliche Beschlüsse fassen konnte, ist der SPE (wie auch der SI) keine Souveränität übertragen worden. Im Gegensatz zur Europäischen Union kann damit keine supranationale Herrschaftsausübung durch die Sozialdemokratische Partei Europas erfolgen. Die SPE-Gremien sind folglich keine geeigneten Instrumente zur Legitimationsvermittlung.

Diesen Weg hat die SPE allerdings nach dem Muster der Europäischen Union gewählt, die Fortschritte nur einem Teil integrationsbereiter Mitglieder ermöglicht. In programmatischer Hinsicht entstand dadurch eine „Kern-SPE“, von der sich regelmäßig die dänische Sozialdemokratie und gelegentlich auch die britische Labour Party distanzieren. Auch wenn die Sozialdemokratische Partei Europas durch diese Lösung ihre programmatische Ausdifferenzierung steigern konnte, verlor sie infolgedessen ihre Handlungsfähigkeit: Durch die "opt out"-Option besitzt sie kein wirkungsvolles Mittel zur Durchsetzung ihrer Politik gegenüber ihren Mitgliedern. Aufgrund der unterschiedlichen Auffassungen über die europäische Integration kam daher der Konferenz der Parteivorsitzenden wiederholt eine zentrale Rolle zu; mit gleicher Intention bildete die SPE 2001 zur Vorbereitung von Sitzungen das Koordinierungskomitee.

Zur gesamthaften Einschätzung des Legitimationspotentials der SPE wurde im nächsten Untersuchungsschritt der *Finanzierung und Infrastruktur* nachgegangen. Die diesbezüglichen Satzungsbestimmungen weisen durchgehend demokratische Verfahren und Kontrollmöglichkeiten auf. Positiv hervorzuheben sind darüber hinaus die im Haushalt eindeutig ausgewiesenen Ausgaben für die politischen Aktivitäten. Im Gegensatz zu den anderen europäischen Parteien lassen sich daher die Schwerpunkte der SPE-Politik auch an ihren finanziellen Prioritäten aufzeigen: Fast ein Drittel der gesamten politischen Projektmittel (255.888 € einschließlich eines Kongresses und der Sommer Universität) gab sie 2003 für die Thematisierung der Globalisierung aus. Die anderen Projekte hingegen wurden mit jeweils ca. 10.000 € gleichberechtigt behandelt: ökonomische Fragen, Innen- und Justizpolitik und Dialoge mit Moslems und den US-Demokraten. Projekte zu Rechtsextremismus hingegen waren der SPE zwar einen eigenen Haushaltsposten, jedoch nur halb soviel Geld wert. Alle diese Mittel wurden explizit gemäß dem SPE-Arbeitsplan ausgegeben, der sich lediglich mit der Innen- und Justizpolitik in einem Bereich unmittelbar mit der Europäischen Union beschäftigt hat.

Für die Vermittlung ihrer Politik hat die SPE hauptsächlich auf das Internet gesetzt. Ihre informative Homepage war bis zum Sommer 2004 stets aktuell. Die logistischen Schwierigkeiten der Sozialdemokratischen Partei Europas bei der Umsetzung des Parteienstatuts spiegeln sich jedoch nicht nur darin wieder, daß sie im März 2005 z.B. immer noch nicht ihre neuen Kommissionsmitglieder über dieses Medium präsentierte. Schwerer wiegt, daß sie erst zu diesem Zeitpunkt eigene Büroräume angemietet hat (obwohl sie bereits 2003 eine diesbezügliche Rücklage gebildet hatte), nachdem sie zwischenzeitlich bei einer ihrer belgischen Mitgliedsparteien untergebracht worden war.

Als wechselseitige Transmitter zwischen der SPE und den Bürgern dienen neben den Mitgliedsparteien und den Medien auch ihre *Vereinigungen*. Die Einbindung der beiden großen Unterorganisationen (ECOSY, der Ständige Frauenausschuß und zunehmend auch die Regionale und Lokale Sozialistische Vereinigung) zeigt die hohe Bedeutung, die ihnen beigemessen wird: Sie dienen der SPE einerseits für die Repräsentation dieses Klientels innerhalb des Verbundes, andererseits tragen sie zur Verbreitung seiner Positionen in diesen beiden Bevölkerungsgruppen bei. (Um letzteres zeigt sich der Frauenausschuß nicht bemüht, dafür aber die Seniorenorganisation.) Mit Blick auf die Legitimationsvermittlung ist hervorzuheben, daß die Jugend- und Frauenvereinigungen vom Mitgliederkreis her an der SPE orientiert und föderaler als diese organisiert sind. Während sich die Regionale und Lokale Sozialistische Vereinigung und seit 2001 auch die Föderation der Pensionär/innen ebenfalls in diese Rich-

tung entwickeln, sind die nicht genannten SPE-Vereinigungen regional begrenzte Organisationen, die hauptsächlich der Zusammenarbeit unter den beteiligten Parteien dienen.

Nachdem bislang hauptsächlich die Wirkungsweise der SPE innerhalb ihrer Parteienfamilien betrachtet worden ist, soll nun das Legitimationspotential aufgrund ihrer *Möglichkeiten zur Politikgestaltung* eingeschätzt werden. Als maßgebliche Funktionen aus der nationalstaatlichen Parteienanalyse sind dabei erstens die Personalrekrutierung und zweitens die Programmformulierung ausgemacht worden.

Im II. Teil dieser Arbeit konnten für die europäischen Parteien nur wenige Wirkungsmöglichkeiten bei personellen Entscheidungen in den Gemeinschaftsorganen festgestellt werden: Der Rat wird bekanntlich national bestellt und ist somit dem Einflußbereich der SPE vollständig entzogen. Sie kann auf die Zusammensetzung ihrer Fraktion auch nur einen mittelbaren Einfluß dadurch ausüben, daß sie auf das Interesse der nationalen Parteien an einer erneuten Nominierung des von der SPE gewählten Führungspersonals oder dessen öffentliche Wahrnehmung baut. Hinsichtlich der Besetzung des dritten Hauptorgans der EU, der Kommission, ist die SPE in einer prekären Situation: Nachdem sie zwanzig Jahre lang die Mehrheitsfraktion im Europäischen Parlament bildete, verlor sie diese an die EVP gerade zu dem Zeitpunkt, als die europäischen Parteien aufgrund des Amsterdamer Vertrages auf diese Personalentscheidung erstmals Einfluß ausüben konnten. Aufgrund ihrer Definition über die Sozialistische Internationale hat die SPE jedoch keinen so großen Spielraum wie EVP, ihren Mitgliederkreis zu erweitern. Da die beiden großen europäischen Parteien generell auf die gleichen institutionellen Voraussetzungen treffen verwundert es nicht, daß an dieser Stelle wie bei der EVP zu schlußfolgern ist, daß die Einflußmöglichkeiten der SPE auf die Personalrekrutierung in der EU in keiner Weise mit denjenigen ihrer Mitgliedsparteien korrespondieren und aufgrund des Verlustes der relativen Mehrheit im EP sogar geringer einzuschätzen sind.

Die Möglichkeiten der europäischen Parteien zur Personalrekrutierung hängen in erster Linie von den institutionellen Gegebenheiten ab. Für die Vermittlung von Legitimation hinsichtlich der Programmatik sind hingegen die funktionalen Eigenschaften einer politischen Partei bezüglich der beiden Hauptadressaten ihrer Beschlüsse vordergründig: ihren Mitgliedern und ihrer Fraktion. Daß ihre diesbezüglichen Handlungsmöglichkeiten auf dem selben Niveau wie der personelle Einfluß anzusiedeln sind, resultiert aus der mangelnden Bereitschaft ihrer Mitglieder, auf ihre Souveränität zu verzichten. Weder gegenüber den nationalen Parteien noch gegenüber ihrer EP-Fraktion kann die Sozialdemokratische Partei Europas ihre politischen Entscheidungen durchsetzen. Daher dient dieser Parteienzusammenschluß der Zusammenarbeit und Integration seiner Mitglieder, aber nur punktuell in den hervorgehobenen Bereichen der Vermittlung demokratischer Legitimation.

Vor dem Hintergrund der dargestellten Entscheidungsverfahren und Wirkungsmöglichkeiten soll nun trotz der Defizite zusammengefaßt werden, welche Substanz die Programmatik der Sozialdemokratischen Partei Europas hat. Dies ist u.a. relevant, weil Legitimation nicht alleine über Verfahren gewonnen werden kann, sondern Werte die Grundlage politischen Handelns bilden müssen. (I.1.3.)

Alle Programme des Bundes und der SPE nennen in unterschiedlicher Reihenfolge die Grundwerte Freiheit, (soziale) Gerechtigkeit und Solidarität, wobei diese 1999 und 2004 um das Bürgerrecht zur Partizipation an der Gemeinschaftspolitik ergänzt wurden. Hierin ist das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer Legitimation der Europäischen Union, die von den Bürgern ausgeht, zu erkennen.

Auf dieser gemeinsamen Grundlage gestaltete sich die Ausformulierung politischer Programme schwierig, wie bereits die Möglichkeit zur Distanzierung von Beschlüssen vermuten läßt. Die Konzepte des Zusammenschlusses zur Fortentwicklung der Gemeinschaftsorgane waren unmittelbar davon abhängig, wer seine Zustimmung geben mußte: Seitdem 1973 die britischen und dänischen SI-Mitglieder mit dem Beitritt ihrer Länder zur Europäischen Ge-

meinschaft auch dem europäischen Zusammenschluß ihrer Parteienfamilie beitraten, konnte keine gemeinsame Position zur Finalität des europäischen Einigungsprozesses mehr gefunden werden.

Weil sich bekanntlich jede Partei in der SPE von einzelnen Passagen der Programme distanzieren kann, formulierte die Mehrheit der Mitgliedsparteien trotz der reservierten Haltung der Briten und Dänen Reformvorschläge hinsichtlich der Gemeinschaft, die sich an den im II. Teil herausgestellten Einschätzungen orientierten. Nachdem die materielle Substanz in der Post-Maastricht-Zeit einen Höhepunkt erreicht hatte, stellte die SPE nach Amsterdam keine konkreten Forderungen mehr auf, sondern beschränkte sich auf Appelle zur Verabschiedung der europäischen Verfassung.

Vergleicht man die Positionen in zeitlicher Abfolge, ist eine zunehmende Kongruenz in zwei Dimensionen auffällig: Einerseits innerhalb des Zusammenschlusses selber, andererseits im Vergleich zu den anderen europäischen Parteien. Für die gut zehnjährige Periode des vergleichsweise heterogenen Bundes waren unterschiedliche Faktoren verantwortlich: Zunächst behinderte das Vetorecht aller Mitglieder eine einheitliche Beschlußfassung über kontroverse Themen. Daneben blieb aufgrund der geringen Präsenz hochrangiger Parteivertreter und der hohen Fluktuation der Delegationen der nationalen Parteien¹⁵³⁶ beim Bund ein dauerhafter, konsensbildender Dialog aus. Des weiteren sorgte die bescheidene Finanzausstattung¹⁵³⁷ dafür, daß es ihm gegenüber der eigenen Fraktion im Europäischen Parlament an Einfluß mangelte. Dem versuchte der Bund durch programmatische Vorgaben entgegen zu treten, die er 1989 noch verklausuliert,¹⁵³⁸ fünf Jahre später sogar ausdrücklich¹⁵³⁹ an seine Fraktion adressierte. Schließlich war der Bund mit dem Problem konfrontiert, daß die sozialistische Fraktion im Parlament durch die Notwendigkeit, ständig Mehrheitsvoten für verbindliche Äußerungen zu den Tagesgeschäften produzieren zu müssen, einen deutlich höheren Integrationsgrad als der Bund selber erreichte.¹⁵⁴⁰ Die SPE griff allerdings den Impuls der Maastrichter Regierungskonferenz auf und konnte, weitgehend ohne ihre Mitglieder aus Dänemark und Großbritannien, eine mit der EVP vergleichbare Ausdifferenzierung ihrer Programmatik erreichen.

Programmatische Akzente setzte die SPE auf gemeinsame Maßnahmen, die zur Umsetzung der Grundwerte hauptsächlich auf die Beschäftigungspolitik und den (sozialen) Ausgleich unter den Regionen innerhalb der EG/EU abzielten. Daß sie sich vornehmlich mit diesen Themen und weniger mit Politikbereichen des gemeinsamen Besitzstands der EU befaßte, hatten auch ihre finanziellen Prioritäten unterstrichen. Da der Zusammenschluß aber seit Ende der siebziger Jahre konsequent seine Ziele proklamiert und seine Regierungschefs auch geeignete Maßnahmen ergriffen, ist hierin eine legitimationsfördernde Interessenrepräsentation der Bürger zu erkennen.

Festzuhalten ist, daß die Sozialdemokratische Partei Europas zwar auf den gleichen Legitimationsgrundlagen wie ihre Mitgliedsparteien basiert, mit ihrer Gremienstruktur nationale Parteien auf europäischer Ebene fortschreibt und ihren Mitgliederkreis (beinahe vollständig) auf die Europäische Union und damit auf ihren Entscheidungsbereich begrenzt hat. Ihr Manko liegt jedoch darin, daß ihre Supranationalität nicht auf der generellen Übertragung von Souveränität (und den damit verbundenen Durchsetzungsmöglichkeiten) basiert, sondern sie wegen der Gelegenheit zum "opt out" stets auf Einzelermächtigungen angewiesen ist. Nach der zu Beginn des II. Teils dieser Arbeit gegebenen Definition ist die SPE damit als internationale, und nicht als supranationale Partei zu charakterisieren. (II.1.1.)

¹⁵³⁶ Vgl.: Hrbek 1984: 270.

¹⁵³⁷ Vgl.: Hrbek 1982: 351f.

¹⁵³⁸ „Wir Sozialdemokraten setzen uns für die Arbeit des nächsten Parlaments folgende grundlegende institutionellen Ziele[: ...].“ In: Bund 1989: 33f.

¹⁵³⁹ „In diesem Sinne schlagen wir als Leitlinie für Aktionen der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments drei Themen vor: [...]“. In: Bund 1984: 5.

¹⁵⁴⁰ Vgl.: Hrbek 1982: 351; Hrbek 1986: 280.

Auch wenn die Mitgliedsparteien die Handlungsfähigkeit der SPE limitiert haben, versuchten ihre Funktionäre dies wettzumachen. Eine derartige Konstellation zieht sich als roter Faden durch die Geschichte der europäischen Kooperation dieser Parteienfamilie, wobei sich mit der niederländischen PvdA zumindest eine nationale Partei ebenfalls konstant europophil zeigte. Diese Seite erhielt durch die europäische Integration und ihre Auswirkungen auf das Parteiensystem innerhalb der Europäischen Union Ende der neunziger Jahre Auftrieb: In der EU hatte sich mit dem Vertrag von Amsterdam und der verstärkten Konkurrenz unter den europäischen Parteien eine Form von parlamentarischer Demokratie etabliert.

In ihren Manifesten für die Europawahlen der Jahre 1994, 1999 und 2004 brachte die SPE dies dadurch zum Ausdruck, daß sie sich direkt mit der EVP auseinandersetzte. Nachdem die beiden großen Parteienverbände zuvor im wesentlichen gemeinsam für eine Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlaments gestritten hatten, demonstrierten die jüngsten SPE-Programme, daß die europäischen Parteien mittlerweile in die zweiten Entwicklungsphase nach Triepel eingetreten sind: Sie sind untereinander zu Konkurrenten geworden,¹⁵⁴¹ die nach parlamentarischen Mehrheiten streben. (I.2.3.)

Der Sozialdemokratischen Partei Europas eröffnet dies die Perspektive, für ihre Mitgliedsparteien an Bedeutung zu gewinnen. Ihre bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß es nicht am Willen der Funktionäre auf europäischer Ebene mangelte, weitere Integrationsschritte zu gehen. Vielmehr waren es die nationalen Parteiführungen, die dies verhinderten. Ebenso wie die Maastrichter Regierungskonferenz den (externen) Impuls zur Gründung der SPE gab, ist zu vermuten, daß die Institutionalisierung genuiner Parteifunktionen (z.B. durch eine EP-Wahlrechtsreform) auf der europäischen Ebene die Bereitschaft der SPE-Mitglieder zur Abgabe von Souveränität und Übertragung von Handlungsmöglichkeiten auf ihren Parteienverbund bewirken würde. Erst dann hätte die SPE – vergleichbar nationalen Parteien – das Potential, den Willen der Bürger herauszubilden und diesen zu den Entscheidungsakteuren zu transferieren bzw. deren Auswahl zu beeinflussen.

¹⁵⁴¹ Vgl.: Krippendorff 1962: 65.